

ao

aktuelle
ostinformationen



Deutsch-polnische Schulpartnerschaftsbörse

Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

das vorliegende Heft der „aktuellen ostinformationen“ steht ganz im Zeichen der deutsch-polnischen Beziehungen und unseres Nachbarlandes Polen. Dies ist sicherlich der Tatsache geschuldet, dass in Polen am 9. Oktober 2011 gewählt und die Regierung Donald Tusk bestätigt wurde. Hierüber berichtet Theo Mechtenberg ausführlich in seinem einführenden Beitrag.

Unsere „Polenlastigkeit“ ergibt sich aber auch aus dem Umstand, dass das Thema deutsch-polnischer Partnerschaft und Kooperation im April und September dieses Jahres mittels zweier Fachtagungen im GESW intensiv behandelt und diskutiert wurde. Im Rahmen dieser Tagungen haben wir uns ausführlich mit der Thematik deutsch-polnischer Gedächtnisorte und mit der Frage des politischen Stellenwerts von Schulpartnerschaften (Hubert Luszczynski) beschäftigt. Beiden Fragestellungen sind deshalb zwei ausführliche Beiträge gewidmet. Zu den deutsch-polnischen Gedächtnisorten gehört zweifelsohne auch die gemeinsame, wenn auch weiterhin geteilte Erinnerung an den Märtyrertod Maximilian Kolbes sowie an die sog. Lemberger Professorenmorde, die sich Anfang Juli 2011 zum 70. Mal jäherten. Sie sind deshalb entsprechend gewürdigt worden.

Dem Thema der globalen wirtschaftlichen Verwerfungen, das die öffentliche und veröffentlichte Meinung Europas seit einigen Jahren beherrscht, ist der Beitrag Elżbieta Mączyńskas sowie meine „deutsch-polnische“ Würdigung des Essays von Gerald A. Cohen „Why not socialism?“ gewidmet. In beiden Texten wird nicht nur nach der Zukunft eines wie auch immer gearteten Kapitalismus gefragt, sondern auch nach einem sozial vertretbaren sowie humanen Menschenbild und Wertesystem.

Ferner dokumentieren wir ein, mit dem polnischen Extremismus-Experten Rafał Pankowski in der „Polityka“ durchgeführtes und veröffentlichtes Interview, in dem das aus Anlass der rechtsextremistischen Massenmorde in Oslo und Utøya nach den Ursachen, Erscheinungsformen und (medialen) Strategien des europäischen Neofaschismus gefragt wird.

Dass es im Kontext mit dem Komplex Migration und Integration immer wieder um einen menschenwürdigen Umgang mit dem/n Fremden geht, wird in unserem Sachbericht über die im April 2011 durchgeführte Tagung mit syrischen Kurden dokumentiert, die ganz im Zeichen des „arabischen Frühlings“ und des demokratischen Aufbruchs in Ägypten und Syrien stand.

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

Theo Mechtenberg

Polen hat gewählt 4

Zbigniew Wilkiewicz

Geschichtspolitik, Gedächtnisorte und europäische Erinnerung im deutsch-polnischen Kontext..... 15

Elżbieta Maćczyńska

Wenn der Diener zum Herrn wird. Die Dysfunktion der Bemessung des Geschäftswerts und der Ergebnisse wirtschaftlichen Handelns..... 32

Hubert Luszczynski

Der politische Stellenwert von Schulpartnerschaften..... 46

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

Sachbericht zur Tagung „Die Integration von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland“ 60

Zbigniew Wilkiewicz

Deutsch-polnische Partnerschaft? Was ist das? 64

Zbigniew Wilkiewicz

Sachbericht zur deutsch-polnischen Partnerschaftsbörse 67

Michael Wiersing-Sudau

Bauen im Bestand: Kirgistan..... 71

Zbigniew Wilkiewicz

Europäischer Rechtsextremismus..... 77

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

Gerald A. Cohens Essay „Why not socialism?“ 84

Gerhard Schüsselbauer

Mittel-, ost- und südosteuropäische Literatur 2011 89

Deutsch-polnische Gedenkort

Theo Mechtenberg

Ein Jahr des Gedenkens an Maximilian Kolbe 94

Theo Mechtenberg

70. Jahrestag der Lemberger Professorenmorde 97

Beiträge

Theo Mechtenberg

Polen hat gewählt

Der 9. Oktober 2011 nimmt als Wahltag in der über zwanzig jährigen Geschichte des postkommunistischen Polens einen besonderen Platz ein. Während sich bislang kaum einmal eine Regierung die gesamte Legislaturperiode an der Macht halten konnte, geschweige denn, dass jemals eine amtierende Regierung wiedergewählt worden wäre, schaffte es *Donald Tusk* mit seiner Koalitionsregierung aus Bürgerplattform (PO) und Bauernpartei (PSL) seine vierjährige Amtszeit unbeschadet zu überstehen und für die kommenden vier Jahre erneut das Vertrauen der Wähler/innen zu gewinnen. Bei einer Wahlbeteiligung von lediglich 48,92% ging seine Partei mit 39,18% der abgegebenen Stimmen als Sieger aus dem Wahlkampf hervor. *Donald Tusks* Erzrivale *Jarosław Kaczyński* konnte für seine politische Kraft Recht und Gerechtigkeit (PiS) lediglich 29,89% verbuchen und musste sich, weit abgeschlagen, mit dem zweiten Platz begnügen. *Tusks* alter und wohl auch neuer Koalitionspartner, die als traditionelle Mehrheitsbeschafferin bekannte, von *Waldemar Pawlak* angeführte Bauernpartei, überwand auch bei dieser Wahl die 5%-Hürde und vereinte auf sich einen Stimmenanteil von 8,39%. Auf die Parlamentssitze umgerechnet ergibt sich für eine Koalition aus PO und PSL eine Mehrheit von neun Abgeordneten. Das ist zwar kein ganz so starkes Übergewicht wie nach der Wahl am 21. Oktober 2007, als die Bürgerplattform gut zwei Prozentpunkte mehr aufwies, sollte aber für eine ungestörte Regierungsarbeit ausreichend sein, zumal die ideologischen und politischen Gegensätze der drei Oppositionsparteien Recht und Gerechtigkeit, Bewegung Palikot (RP) und Linksbündnis (SLD) kaum ein geschlossenes Auftreten erlauben dürften. Hinzu kommt, dass Präsident *Bronisław Komorowski* gleichfalls der Bürgerplattform angehört und daher aus seiner Kanzlei wohl kein Störfeuer zu erwarten ist, wie dies zu Lebzeiten von *Lech Kaczyński* der Fall war. Zudem sind die zeitgleich erfolgten Senatswahlen, bei denen PO 63 und PiS lediglich 31 Sitze errang, im Vergleich zu den Sejmwahlen noch deutlicher zugunsten der Bürgerplattform ausgefallen.

Ein so nicht erwartetes Wahlergebnis

Zu den Überraschungen des 9. Oktobers zählt an erster Stelle der deutliche Wahlsieg der Bürgerplattform, der in dieser Höhe nicht erwartet worden war. Noch kurz vor dem Wahltag zeigten Prognosen ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden rivalisierenden Parteien PO und PiS. Eine weitere Überraschung ist der gleichsam aus dem Stand geschaffte Einzug ins Parlament der erst seit einem Jahr existierenden antiklerikalen Bewegung von *Janusz Palikot* mit 10,1% der Stimmen und 40 Abgeordneten.

Neben PiS, die ihr erklärtes Ziel verfehlte, eine Wiederwahl von Donald Tusk als Regierungschef zu verhindern, erscheint das Linksbündnis unter seinem Vorsitzenden Grzegorz Napieralski als Wahlverlierer. Nur 8,24% der Wähler/innen votierten für SLD. Vor vier Jahren waren es immerhin noch 13%. Bedenkt man, dass Napieralski im

Vorjahr bei der durch den Unfalltod von Lech Kaczyński notwendig gewordenen Präsidentschaftswahl 13,7% der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte und das Linksbündnis im Vorfeld der Wahlen zeitweilig sogar bei 15% lag, dann kommt das Ergebnis vom 9. Oktober einem Erdbeben gleich. Der Partei war es weder gelungen, in die Mitte der Gesellschaft vorzustoßen, noch eine breite, bei PiS beheimatete Schicht von Transformationsverlierern für sich zu gewinnen. Und ihr antiklerikales Potential wanderte zur Palikot-Bewegung ab. Nach diesem Misserfolg zog denn auch Napieralski unmittelbar nach der Wahl für sich die Konsequenz und kündigte seinen Rücktritt vom Parteivorsitz an.

Bilanz nach vier Regierungsjahren

Vor vier Jahren waren die Erwartungen der Gesellschaft an die neue Regierung nach dem deutlichen Wahlsieg der „Bürgerplattform“ mit 41,51% der abgegebenen Stimmen sowie nach den enttäuschenden Erfahrungen mit der von PiS angeführten und durch vorgezogene Neuwahlen abgelösten Koalitionsregierung reichlich hoch gesteckt. Ihnen wurde Premier *Donald Tusk* mit seiner Koalitionsregierung aus Bürgerplattform und Bauernpartei nur bedingt gerecht.

Der deutliche Wahlsieg von *Donald Tusk* und seiner Bürgerplattform ist sicher wie vor vier Jahren auch als Wahl des geringeren Übels zu verstehen, erklärt sich aber wohl vor allem aufgrund der Bilanz seiner vierjährigen Amtszeit. Es war eine schwierige Zeit, in der *Donald Tusk* die politische Verantwortung für sein Land übernahm. In der ersten Phase hatte er es mit *Lech Kaczyński* als Präsidenten zu tun, der – im Geiste der in den Sejmwahlen unterlegenen PiS – die Regierungsarbeit mit seinen Vetos und Kompetenzgerangel nicht gerade erleichtert hat. Dann überschattete der als nationale Katastrophe empfundene Absturz der Präsidentenmaschine beim Anflug auf den Flughafen von Smolensk das politische Geschehen und zog *Tusk* in den Sog der von PiS gestreuten Schuldzuweisungen. Und schließlich hatte die Regierung mit den Auswirkungen der globalen, die EU-Staaten besonders betreffenden Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen.

Außenpolitisch erfolgreich

Was die Außenpolitik der *Tusk*-Regierung betrifft, so kann hier ein durchaus positives Fazit gezogen werden. In kurzer Zeit gelang es, das unter der von *Jarostaw Kaczyński* angeführten Vorgängerregierung gestörte deutsch-polnische Verhältnis zu normalisieren und den beiderseitigen Beziehungen entsprechend dem Vertrag vom 17. Juli 1991 wieder den Charakter „guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit“ zu verleihen. Im Gegensatz zur Skepsis der *Kaczyński*-Brüder und ihrer politischen Formation gegenüber der angeblich die Identität Polens bedrohenden Europäischen Union erwies sich *Donald Tusk* als uneingeschränkter Befürworter der EU und verhalf Polen im Rahmen der Gemeinschaft zu neuem Ansehen und stärkerem politischen Gewicht. Zudem unterließ er, anders als sein Vorgänger, jede antirussische Polemik und war stattdessen bemüht, das polnisch-russische Verhältnis, zumindest in Ansätzen, zu entkrampfen. Mit dem Rückzug des polnischen Militärkontingents aus dem Irak entsprach er dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit, ohne dass dieser Schritt die polnisch-amerikanischen Beziehungen getrübt hätte. Durch eine geduldige und

geschickte Verhandlungsführung durch Außenminister *Radosław Sikorski* und Verteidigungsminister *Bogdan Klich* vermochte es die Regierung, das Hin und Her um eine von der *Bush*-Regierung zugesagte, von Präsident *Barack Obama* mit Rücksicht auf den russischen Widerstand wieder abgesagte, in der polnischen Gesellschaft zudem umstrittene Installierung eines Raketenabwehrschildes zu einem guten Ende zu führen. An ihrer Stelle erhält Polen, nun im Rahmen der NATO, ein mobiles Raketenabwehrsystem mittlerer Reichweite, das von der amerikanischen Armee betrieben wird und damit die dem polnischen Sicherheitsinteresse dienende Präsenz amerikanischen Militärs garantiert.

Innenpolitische Ziele nur teilweise erreicht

Innenpolitisch fällt allerdings die Bilanz der *Tusk*-Regierung weniger positiv aus. Zwar überstand sie im Unterschied zu allen übrigen EU-Mitgliedstaaten ohne Konjunkturprogramme, doch dank eines weitgehend liberalisierten Arbeitsmarktes, die beiden Finanz- und Wirtschaftskrisen ihrer Amtszeit erstaunlich gut. Die Maastricht-Kriterien konnte allerdings auch Polen nicht einhalten. Immerhin reagierte die Regierung noch vor der Bundesrepublik mit Einführung einer verfassungsmäßig garantierten Schuldenbremse, um die Staatsverschuldung unter die Grenze von 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) halten zu können. Doch konnte sie ein Anwachsen der Inflation und den dadurch bedingten Anstieg der Preise nicht verhindern. Zudem vergrößerte sich aufgrund der liberalen Wirtschaftspolitik die Schere zwischen arm und reich, so dass nach Schätzungen des Statistischen Hauptamtes (GUS) über zwei Millionen Haushalte unter der Armutsgrenze leben und der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft gefährdet erscheint. Es zeigte sich zudem, dass sich auch diese Regierung als korruptionsanfällig erwies, hatten doch einige Minister versucht, im Interesse der Glückspielbranche Einfluss auf die Steuergesetzgebung zu nehmen und mussten nach Aufdeckung dieser Affäre durch entschlossenes Handeln des Premiers ihren Hut nehmen. Ein weiteres Negativum dieser Regierung bestand darin, dass auch ihr die Kraft zu notwendigen Reformen, zumal des Gesundheits- und Rentensystems, fehlte und sie sich dadurch der Kritik aus den eigenen Reihen, vor allem seitens des Wirtschaftsflügels von PO unter Wortführung von *Leszek Balcerowicz*, ausgesetzt sah. Zumal die mit der Entlastung des Staatshaushaltes begründete Entscheidung der Regierung, den Anteil des „offenen“, von privaten Versicherungen verwalteten Rentenfonds (OFE) an den von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erbringenden Rentenbeiträgen in Höhe von 19,5% von bislang 7,3% auf nur mehr 2,3% zu senken, rief den entschiedenen Widerspruch des Vaters des polnischen Transformationsprozesses hervor.

Modernisierung der Infrastruktur weit hinter Plan

Den stärksten Gegenwind erfuhr die Regierung seitens der Opposition wegen deutlicher Versäumnisse und Pannen bei der notwendigen Modernisierung der Infrastruktur. So konnte der Zeitplan der mit den mit der Fußballeuropameisterschaft 2012 verbundenen Bauvorhaben nicht erfüllt werden. Am 6. September 2011 sollte beispielsweise mit einem Freundschaftsspiel gegen die deutsche Nationalmannschaft das Warschauer Nationalstadion feierlich eröffnet werden. Doch die Austragung des Spiels musste nach Danzig verlegt werden, weil das Stadion der polnischen Hauptstadt noch nicht

beispielbar war. Gleiches gilt für die Fertigstellung der Autobahn von Berlin nach Warschau. Hier hatte eine chinesische Firma den Zuschlag erhalten, ohne in der Lage zu sein, die Arbeiten ordnungsgemäß auszuführen. Auch sonst konnte die Regierung ihre hoch gesteckten Ziele im Straßenbau nur zum Teil erfüllen.

Doch es geht nicht nur um Probleme bei den Stadien und beim Autobahnbau. Auch der Zustand der polnischen Bahn bietet reichlich Stoff für Kritik. Dabei hatte *Donald Tusk* zu Beginn seiner Amtszeit einen Modernisierungsschub in Aussicht gestellt: „Die Infrastruktur der polnischen Bahn verlangt eine umfassende Modernisierung. Die Passagiere haben Anspruch auf saubere Bahnhöfe sowie auf pünktliche und schnelle Züge.“ Die Wirklichkeit ist eine andere: Keine Hochgeschwindigkeitszüge; kaum mehr tolerierbare Verspätungen. Ein überaltertes, störanfälliges Schienennetz. Ein unzureichend erneuerter Bestand an Zugmaschinen und Waggons.

Wie überall in der EU trat im Dezember 2010 der neue Fahrplan in Kraft. Doch die Informationen im Internet und auf den Bahnhöfen stimmten nicht überein. Züge sollten von Bahnsteigen abfahren, die es gar nicht gab. Die Folge war ein Chaos, das an den Feiertagen noch dadurch verstärkt wurde, dass für den Andrang der Passagiere nicht genügend Züge bereit standen und sich Szenen wiederholten, die an kommunistische Zeiten erinnerten. Angesichts dieser Zustände forderte die Opposition Anfang des Jahres den Rücktritt des für die Infrastruktur zuständigen Ministers *Cezary Grabarczyk*. Der Antrag wurde zwar mit den Stimmen der Regierungsmehrheit abgelehnt, doch nach Umfragen vom Januar 2011 sank unter dem Eindruck dieser Erfahrungen die Zustimmung für die Bürgerplattform von 54 auf nur noch 38%.

Auswirkungen auf die Wahlprognosen

Alle diese Faktoren bestimmten das Stimmungsbild der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zur Regierung. Es spiegelte sich in den Umfragen, die – ausgehend von einer über fünfzig prozentigen Zustimmung unmittelbar nach Regierungsantritt – bei deutlichen Schwankungen eine fallende Tendenz aufwiesen. Sie lagen aber unter Berücksichtigung eines beträchtlichen Anteils unentschiedener Meinungen in den Monaten vor den Parlamentswahlen mit einer Quote zwischen 35 und 40% immer noch deutlich über dem Zuspruch des Teils der Bevölkerung, der sich für die oppositionelle PiS aussprach. Entsprechend sagten einen Monat vor dem Wahltag die Prognosen einen deutlichen Wahlsieg der Bürgerplattform voraus, verbunden allerdings mit schwierigen Koalitionsverhandlungen. So schien es fraglich, ob die Bauernpartei als bisheriger Partner aus den Wahlen stark genug hervorgehen würde, um eine Neuauflage der Regierungskoalition zu ermöglichen.

Der Kampf um Stimmen

Wer den polnischen Wahlkampf beobachtete, der konnte den Eindruck gewinnen, dass er sich recht müde dahin schleppte. Wahlplakate mit den Gesichtern der Kandidaten waren nur wenige auszumachen, und die gerieten angesichts der allgegenwärtigen Reklame kaum in den Blick. Doch dieser Eindruck war trügerisch, spielte sich der Wahlkampf doch hauptsächlich in den täglichen Geplänkeln und Querschüssen im Fernsehen und in den Printmedien ab.

In der Öffentlichkeit fiel besonders die *Kaczyński*-Partei durch spektakuläre Aktivitäten auf. Ihre Kampfansage galt verständlicherweise der regierenden PO und ihrer unangefochtenen Führungspersönlichkeit *Donald Tusk*. So verglich *Jarosław Kaczyński* seinen Rivalen auf dem Kongress der Jugendorganisation von PiS mit dem Kapitän der untergehenden Titanic. Seine Partei bestehe aus „satten und faulen Leuten, die gleichermaßen vor dem Osten wie vor dem Westen buckeln würden und über ihre eigene Nasenspitze nicht hinauszuschauen vermögen.“

Recht und Gerechtigkeit – betonte Kirchnähe

Im Übrigen präsentierte sich PiS als alleinige Anwältin für „Wahrheit und Würde“ sowie als Verteidigerin bedrohter national-religiöser Werte, wie sie von der katholischen Kirche vertreten werden, und der sich die Partei denn auch in besonderer Weise verbunden weiß. Zu ihren Wahlveranstaltungen bediente sich PiS sogar kirchlicher Räume, und ihre Kandidaten warben vereinzelt selbst von der Kanzel herab um Stimmen. Der Beobachter fühlte sich angesichts solcher Vorgänge an die überwunden geglaubte Praxis der 1990er Jahre erinnert. Doch damit nicht genug: Die Parteiführung von PiS forderte ihre Kandidaten auf, für den Wahlsonntag Messen zur Heiligsprechung von *Johannes Paul II.* zu bestellen, und dies in der Erwartung, dass die Spender während des Gottesdienstes namentlich genannt würden.

Polens katholische Kirche hat ihre politische Indienstnahme durch PiS zwar nicht direkt gefördert, wohl aber geduldet. Eine direkte Wahlbeeinflussung durch den Klerus gab es, von Einzelfällen abgesehen, jedoch nicht. Selbst der aus früheren Jahren wegen seiner massiven Wahleinmischung bekannte Erzbischof *Józef Michalek* begnügte sich unter Anspielung auf den Wahlkampf mit der bloßen Feststellung, die Parteien hätten das Blaue vom Himmel versprochen und konzentrierten sich nun auf einen ideologischen Kampf, statt sich mit konkreten Problemen zu befassen. Eine Kritik, die nicht ganz zu Unrecht alle Parteien betraf.

Janusköpfige Wahlkampfstrategie von PiS

Eine besonders auffällige von PiS am 10. eines jeden Monats organisierte Aktion betraf die Erinnerung an die Flugzeugkatastrophe vom 10. April 2010. Diese nutzte die Partei zu scharfen Attacken gegen Premier *Donald Tusk*, den im Verein mit *Putin* die Hauptschuld an dieser nationalen Tragödie treffe. Zu diesen Anlässen und auch bei ihren sonstigen öffentlichen Veranstaltungen zeichneten die Kandidaten von PiS ein Bild von Polen unter der Regierung von *Tusk*, das mit der Realität kaum etwas gemein hat: Kritiker würden mundtot gemacht, und in Zukunft könne ihnen noch Schlimmeres drohen. Das Land bewege sich unter dieser Regierung auf einen Totalitarismus zu, da die Bürgerplattform danach strebe, alle Bereiche der Gesellschaft unter ihre Kontrolle zu bringen.

Doch *Jarosław Kaczyński* zeigte im Wahlkampf auch noch ein anderes Gesicht: das eines milde lächelnden Politikers, vor dem man sich nicht zu fürchten brauche. So präsentierte er sich, umgeben von einer Gruppe junger Parteimitglieder, die sich um ein Abgeordnetenmandat bewarben und dazu aufriefen, ihnen zu folgen. Umfragen zeigten, dass PiS mit dieser Werbung um die Stimmen jugendlicher Neuwähler durchaus erfolgreich war.

Wirbel um Äußerungen über Angela Merkel

Wenige Tage vor dem 9. Oktober sorgte *Jarosław Kaczyński* mit der Veröffentlichung seines Buches „Das Polen unserer Träume ist möglich“ für Aufregung. Darin charakterisiert er mitunter recht despektierlich eine ganze Reihe polnischer Politiker. Doch das Buch enthält auch ein Kapitel „Angela Merkel oder eine spezielle Nachbarschaft“. Gleich im ersten Satz äußert der Chef von PiS die Meinung, *Angela Merks* Kanzlerschaft sei „nicht das Ergebnis reinen Zufalls“ – eine an sich banale Feststellung, die wohl für jeden gilt, der ein hohes Führungsamt bekleidet. Doch weil es *Kaczyński* unterließ und sich auch auf spätere Nachfragen weigerte, seine Aussage zu konkretisieren, bot sie reichlich Anlass zu allerlei zum Teil absurden Spekulationen. So legte etwa *Konrad Schuller* in der FAZ vom 5. Oktober 2011 die Deutung nahe, die „Stasi“ solle nun „offenbar *Kaczyński* zum Sieg verhelfen“.

In der Tendenz zielt das Kapitel darauf ab, *Angela Merkel* in ein wenig polenfreundliches Licht zu rücken. Sie verlange „von Polen vor allem Unterordnung, wenn auch vielleicht eine weiche“.

Um derlei Aussagen gab es dann für einige Tage einen reichlichen Wirbel. Präsident *Komorowski* forderte *Kaczyński* zu einer Distanzierung seiner Äußerungen auf, was dieser ablehnte. Einige ehemalige polnische Außenminister wandten sich in einem gemeinsamen Schreiben an die deutsche Kanzlerin entschieden gegen *Kaczyński*s „für Polen schädliche“ Aussagen zu den deutsch-polnischen Beziehungen. 150 polnische Intellektuelle dagegen warnten in einem offenen Brief vor einer Überinterpretation des *Merkel*-Kapitels. Sie sahen nicht in *Kaczyński*s Aussagen, sondern in deren Überinterpretation die deutsch-polnischen Beziehungen gefährdet. Ob dieser Wirbel die Wahlen entscheidend beeinflusst hat, sei dahin gestellt. Das Wahlergebnis lässt eher die Vermutung zu, dass PiS aus dem Ausspielen der „deutschen Karte“ keinen Nutzen ziehen konnte.

Nicht die Machtübernahme, sondern die Schwächung einer von Tusk geführten Regierung als Wahlziel von PiS?

Angeichts der gegenwärtigen europäischen Staatsschuldenkrise mit ihren finanzpolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen hätte man von einer Partei, die an die Macht kommen möchte, eine klare Programmatik für den Fall einer Regierungsübernahme erwartet. Daran aber fehlte es. Beobachter bezweifelten sogar, dass die *Kaczyński*-Partei ernsthaft die Macht anstrebe. Sie würde – so die verbreitete Meinung – mit einer Schwächung der jetzigen Regierung durchaus zufrieden sein und darauf setzen, dass *Tusk* zu einer Dreierkoalition gezwungen werde. Mit einer starken Opposition und den zu erwartenden internen Spannungen im Regierungslager könne PiS jederzeit für einen vorzeitigen Regierungswechsel bereit stehen oder sich für die nächsten Wahlen in vier Jahren eine Chance ausrechnen, selbst die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Diese Hoffnung musste die *Kaczyński*-Partei allerdings mit dem Ausgang der Wahlen begraben.

Familienpolitische Forderung als Stimmenfang

Es spricht nicht gerade für eine Regierungskompetenz von PiS, wenn die Partei drei Wochen vor den Wahlen noch in der zu Ende gehenden Legislaturperiode ein Gesetz zur völligen Befreiung von Zuzahlungen für Kindergartenplätze verlangte und diese Forderung zum Hauptthema in der Endphase des Wahlkampfes erhob. Es macht sich immer gut, ohne nach den Kosten zu fragen kurz vor den Wahlen familienpolitische Segnungen in Aussicht zu stellen, weil damit die Breite der Gesellschaft erreicht wird. Doch es fragt sich, ob derlei soziale Segnungen nach den Wahlen umgesetzt werden, oder sich lediglich als wahltaktische Manöver erweisen. Zudem war die Regierung auf dem Feld der Familienpolitik nicht untätig gewesen. Sie hat die Errichtung von Kinderkrippen und Kindergärten gefördert und die finanziellen Zuzahlungen für die Kinderbetreuung begrenzt, den Vaterschaftsurlaub eingeführt und die Straftaten für Gewalttaten in der Familie verschärft.

Reaktion der Bürgerplattform auf die Wahlstrategie von PiS

Wie reagierte die Bürgerplattform auf die Wahlmanöver von Recht und Gerechtigkeit? Zunächst eigentlich kaum. *Tusk* gab sich, dazu noch als EU-Ratspräsident, in der Öffentlichkeit vornehmlich als Staatsmann und nicht als Wahlkämpfer. Seine Kompetenz sollte für sich sprechen. Nachdem es *Jarosław Kaczyński* in Erinnerung an sein misslungenes Duell vor vier Jahren abgelehnt hatte, erneut im Fernsehen mit *Donald Tusk* die Klängen zu kreuzen, legte es PO offenbar darauf an, PiS mit ihren Attacken ins Leere laufen zu lassen. Aber die gegenüber PiS wenig wahlkämpferische PO offenbarte damit auch ihre mangelnde Motivationskraft. Man gab sich offensichtlich mit der Gewissheit zufrieden, dass sich *Donald Tusk* der erstarkten Mittelschicht in den großen Städten sicher sein konnte und es daher keiner besonderen Anstrengung bedürfe, um ihm zum Wahlsieg zu verhelfen.

Doch je mehr sich der Wahlkampf dem Ende zuneigte und laut Umfragen der Vorsprung von PO gegenüber PiS dahin zu schmelzen schien, erkannten die Wahlstrategen der Bürgerplattform die Gefahr, am Ende als Wahlverlierer dazustehen. Es war höchste Zeit, dass *Donald Tusk* seine bisherige Zurückhaltung aufgab und mit vollem Einsatz in den Wahlkampf eingriff. In Anlehnung an westliche Vorbilder zog er in der Endphase des Wahlkampfes in einem „Tuskobus“ durch die Lande, suchte in seiner freundlich gewinnenden Art den direkten Kontakt zu den Menschen, stellte sich ihren Fragen, zeigte Verständnis für ihre Nöte und erklärte seine Politik. Dieses wahltaktische PR-Unternehmen war, wie das Wahlergebnis zeigt, offenbar sehr erfolgreich.

Tusks EU-Ratspräsidentschaft als Teil des Wahlkampfes

Am 1. Juli 2011 übernahm *Donald Tusk* vom ungarischen Premier *Viktor Orban* für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union. Sie fiel damit in die Zeit des Wahlkampfes und der Regierungsbildung nach dem 9. Oktober. Diese Überlappung – darin waren sich die politischen Beobachter einig – würde den Ausgang der Wahlen beeinflussen. Es fragte sich nur, ob diese Konstellation der Bürgerplattform oder der *Kaczyński*-Partei nutzen würde, die in ihrem Wahlkampf darauf abzielte, mit ihrer Kritik an der EU-Ratspräsidentschaft von *Donald Tusk* für sich Punkte zu sammeln.

Aus Sicht der Europäischen Gemeinschaft ist ein Zusammenfallen von EU-Ratspräsidentschaft und Parlamentswahlen alles andere als wünschenswert. Es bindet die Kräfte der die Ratspräsidentschaft ausübenden Regierungspartei allzu sehr im nationalen Wahlkampf, so dass eine Vernachlässigung der von ihr zu erfüllenden Aufgaben auf EU-Ebene zu befürchten ist. Zudem birgt diese Überlagerung zum Schaden der Funktionsfähigkeit einer EU-Ratspräsidentschaft das Risiko eines Regierungswechsels in sich – und damit auch eines Wechsels in der Person des Ratspräsidenten. Um die halbjährige EU-Ratspräsidentschaft aus nationalen Wahlkämpfen heraus zu halten und um das Risiko einer durch einen Machtwechsel bedingten personellen Veränderung in diesem Amt zu verhindern, sieht die EU-Agenda eigentlich eine von derlei Unwägbarkeiten freie Abfolge der EU-Ratspräsidentschaften vor. Dass im Falle Polens diese Regel durchbrochen wurde, war dem vorzeitigen Ende der von *Jarosław Kaczyński* geführten Koalitionsregierung und den daraus resultierenden vorgezogenen Neuwahlen von 2007 geschuldet. Durch diese Verschiebung kam es zu der Doppelung von Wahlkampf und Ratspräsidentschaft.

Die Bewertung der polnischen EU-Ratspräsidentschaft war nach Lage der Dinge davon abhängig, ob es *Donald Tusk* gelingen würde, trotz der für ihn persönlich wie für seine Partei verbundenen Doppelbelastung die sich aus seinem Präsidentenamt ergebenden Pflichten und Aufgaben erfolgreich zu erfüllen – und dies nach seinem Wahlsieg über den 9. Oktober hinaus. Nicht minder bedeutsam war das Gelingen eines solchen Spagats für den Ausgang der Wahlen und eine Wiederwahl von *Donald Tusk* als Regierungschef. Der PO musste daher daran gelegen sein, die EU-Ratspräsidentschaft ihres Vorsitzenden in einem möglichst günstigen Licht erscheinen zu lassen. Entsprechend wurde denn auch den Wählerinnen und Wählern *Donald Tusk* als eine Persönlichkeit vorgeführt, die auf europäischer Ebene eine bedeutende Rolle spielt und der das Prestige und Gewicht Polens innerhalb der Europäischen Gemeinschaft entscheidend aufzubessern vermag. Zudem konnte sich die Bürgerplattform als eine ausgesprochen europafreundliche Partei präsentieren und dies im Gegensatz zu *Jarosław Kaczyński* und seiner Partei Recht und Gerechtigkeit, die für ihre Europaskepsis allseits bekannt ist. So konnte PO davor warnen, dass bei einem etwaigen Regierungswechsel der gegenüber der Europäischen Union überaus kritisch eingestellte Vorsitzende von PiS die Ratspräsidentschaft für die restlichen drei Monate übernehmen müsste. Zu einer solchen Situation dürfe es sowohl im Interesse der Europäischen Union als auch im Eigeninteresse Polens nicht kommen. *Tusks* Rivale *Jarosław Kaczyński* und seine PiS konterten im bewussten Missverständnis der Pflichten und Aufgaben einer nicht nationalen Interessen dienenden EU-Ratspräsidentschaft, indem sie diese ausschließlich an einem konkreten Nutzen für Polen maßen, wobei *Donald Tusk* vorgeworfen wurde, gegenüber Brüssel allzu nachgiebig zu sein und die Interessen Polens nicht entschieden genug zu vertreten.

Es zeigte sich, dass *Donald Tusk* seiner Ratspräsidentschaft gegenüber seinem persönlichen Engagement im Wahlkampf den Vorrang einräumte. Er war mit einem großen Stab an Beamten und Mitarbeitern bestens darauf vorbereitet, die in seine Amtszeit fallende Agenda mit ihren zahlreichen Begegnungen, Treffen und Konferenzen reibungslos zu erfüllen. Leider scheiterte die für den 29. und 30.

September der Östlichen Partnerschaft gewidmete und als Höhepunkt seiner EU-Ratspräsidentschaft gedachte Warschauer Konferenz: Die weißrussische Delegation hatte noch vor Konferenzbeginn die Rückreise angetreten, nachdem sich *Angela Merkel* am Vorabend mit Vertretern der Opposition getroffen und mit deutlichen Worten eine Demokratisierung Weißrusslands angemahnt hatte. Und die Ukraine war nicht bereit gewesen, trotz des Drucks der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten auf den politisch motivierten Prozess gegen das Idol der Orangen Revolution, die einstige Ministerpräsidentin *Julia Timoschenko*, zu verzichten, die denn auch wenig später zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Ein herber Rückschlag für die vor allem von Polen favorisierte Östliche Partnerschaft. Allerdings hatte das Scheitern dieser Konferenz keine erkennbaren negativen Auswirkungen auf die Wahlaussichten von *Donald Tusk*.

Überraschender Erfolg einer antiklerikalen Formation

Einer besonderen Erklärung bedarf der überraschende Wahlerfolg einer neuen politischen Gruppierung, der Bewegung Palikot. Ihr Gründer *Janusz Marian Palikot* ist im politischen Leben Polens kein Unbekannter. Er hat ein Philosophiestudium absolviert, war zeitweise als Dozent an der Polnischen Akademie der Wissenschaften tätig, nutzte nach der politischen Wende die Gunst der Stunde, wandelte sich zum Unternehmer und wurde als Produzent von Alkoholika zum Multimillionär. Politisch aktiv wurde er ab 2005 als Mitglied der Bürgerplattform und Abgeordneter des Sejm. Aufsehen erregte er als politisches *enfant terrible* durch skandalöse Äußerungen und Handlungen. So bezichtigte er Präsident *Lech Kaczyński* des übermäßigen Alkoholgenusses und demonstrierte dies in seinem Wahlkreis Lublin durch ein Happening, was ihm eine Strafe für Alkoholgenuss auf öffentlichen Plätzen eintrug. In einem T-Shirt mit der Aufschrift „Ich bin schwul“ wandte sich der zweimal verheiratete Vater von vier Kindern gegen eine Diskriminierung von Homosexuellen. Diese und andere Aktionen machten ihn für die Bürgerplattform untragbar. Er verließ denn auch die Partei von *Donald Tusk*, zu dem ihm gute persönliche Beziehungen nachgesagt werden, und gründete eine eigene Bewegung. Den äußeren Anlass dazu boten ihm die Ereignisse nach dem Absturz der Präsidentenmaschine. Die feierliche Bestattung des Präsidentenpaares unter der Assistenz höchster Kirchenvertreter fand damals in der Bevölkerung keine ungeteilte Zustimmung. Es regte sich in Teilen der Bevölkerung Widerstand gegen eine übermäßige Präsenz der katholischen Kirche bei nationalen Staatsakten. Zu einem öffentlichen Konflikt kam es dann, als sich nach Ablauf der offiziellen Trauerphase eine PiS nahe stehende Gruppe selbst ernannter „Verteidiger des Kreuzes“ und „wahrer Patrioten“ der Übertragung eines von Pfadfindern als Ausdruck unmittelbarer Trauer vor dem Präsidentenpalast errichteten Holzkreuzes in eine nahe gelegene Kirche monatelang widersetzte. Damals kam es als Gegenreaktion zu Protesten zumeist jugendlicher Bürger und zu einem wachsenden Antiklerikalismus in der Gesellschaft. Diese Kräfte sammelte *Palikot* in der von ihm gegründeten und auf ihn zugeschnittenen Bewegung und verlieh ihr mit dem Einzug in den Sejm politisches Gewicht. Allerdings gingen seine Gewinne zu Lasten des Linksbündnisses, dessen Forderungen nach einer deutlicheren Trennung von Staat und Kirche, einer Neuverhandlung des Konkordats, einer Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung

sowie einer gesetzlichen Freigabe der von der Kirche abgelehnten künstlichen Befruchtung und Präimplantationsdiagnostik *Palikot* übernahm und ihnen ein stärkeres Gewicht verlieh. Damit geht sein Wahlerfolg vor allem zu Lasten des Linksbündnisses, dessen erdrutschartige Verluste bei seiner Bewegung positiv zu Buche schlugen. Nun muss sich zeigen, ob es *Palikot* gelingt, die Rolle eines Politikclowns abzulegen und aus seiner Bewegung eine Partei von dauerhafter Existenz zu formen. Auch darf man gespannt sein, wie sich diese neue politische Kraft im Sejm positioniert. Erste Äußerungen von *Palikot* lassen vermuten, dass er gewillt ist, die Politik der Regierung mehr zu unterstützen als gegen sie zu opponieren.

Weit gesteckte Ziele nach der Neuwahl der Regierung

„Polen im Aufbau“ – so lautete einer der Wahlslogans der „Bürgerplattform“. Gemeint war, die Regierung habe zwar in den vergangenen vier Jahren eine Modernisierung Polens mutig in Angriff genommen, doch diese Arbeit sei noch längst nicht beendet und müsse fortgeführt werden. In dieser Situation sei es nur vernünftig, die „Architekten“ und „Bauleute“ nicht auszutauschen, also die Regierung wieder zu wählen.

Eben dies ist am 9. Oktober 2011 geschehen, so dass der geplante Aufbau Polens weiter gehen kann. Und es sind viele halb fertige oder noch gar nicht begonnene Projekte, die der Vollendung harren: der Ausbau der Infrastruktur, eine Gesundheits- und Rentenreform, die soziale Einschnitte, zumal bei den bislang privilegierten „Uniformträgern“ erfordern, Subventionskürzungen für die Landwirtschaft, bei der die Beschäftigungsrate immer noch weit über dem europäischen Durchschnitt liegt. Interessenkonflikte, zumal mit dem wahrscheinlichen Koalitionspartner, der Bauernpartei, sind damit vorprogrammiert. Und weil *Donald Tusk* kein Politiker großer Umwälzungen, sondern ein Mann kleiner Schritte ist, werden wohl auch in der vor ihm liegenden Legislaturperiode keine allzu schmerzhaften Reformen zu erwarten sein.

Doch es geht *Donald Tusk* und seiner Bürgerplattform nicht nur um die kommenden vier Jahre, sondern um die Vision eines künftigen Polens. *Michał Boni*, Chef eines bei der Regierungskanzlei angesiedelten Beratergremiums, vertritt in einem der Krakauer Wochenzeitung „*Tygodnik Powszechny*“ erteilten Interview vom 2. Oktober 2011 die These, man habe in der letzten Legislaturperiode die Phase der nach 1989 einsetzenden Transformationsprozesse beendet und jetzt käme es darauf an, alle Kräfte darauf zu richten, „zivilisatorisch“ weiter zu kommen. In diesem Zusammenhang verweist Boni auf ein bildungspolitisches Vorhaben der Regierung mit dem Ziel, in den Gemeinden kulturelle Zentren mit Internetanschluss, Bibliotheken und Kulturprogrammen einzurichten. Sollte ein derartiges Programm tatsächlich in den nächsten vier Jahren verwirklicht werden, dann käme es zu einer Verringerung des immer noch bestehenden zivilisatorischen Abstandes zwischen den Großstädten und den westlichen Gebieten einerseits und den Kleinstädten sowie dem ländlichen Ostpolen andererseits, wovon nicht zuletzt auch die Bürgerplattform durch die Erweiterung der Basis potentieller PO-Wähler profitieren würde.

Eine von der Beratergruppe erstellte Expertise „Polen 2030“ enthält auch langfristige Projekte. Das fraglos bedeutendste zielt auf eine energiepolitische Unabhängigkeit Polens. Diese soll durch die Erschließung der in Polen reichlich vorhandenen

Schiefergasvorkommen erreicht werden. Erste Versuchsbohrungen lassen den Schluss zu, dass es sich um etliche Billionen Kubikmeter Erdgas handelt, ausreichend, um nicht nur den eigenen Bedarf zu decken, sondern auch in den Rang der Erdgasexporteure aufzusteigen. Sollte diese Projektplanung in Erfüllung gehen, dann würde Polen in etwa 15 Jahren mit Russland konkurrieren, dessen Gasexport in die EU-Staaten gegenwärtig bei 40% liegt.

„Polen 2030“ entwirft eine äußerst optimistische Zukunftsperspektive Polens, von der man nur hoffen kann, dass sie nicht durch externe Faktoren wie die gegenwärtige europäische Staatsschulden- und Eurokrise eingetrübt wird. Das Wahlergebnis vom 9. Oktober jedenfalls erlaubt einer von *Donald Tusk* geführten Regierung in der Verwirklichung ihrer Vorhaben weitreichende Handlungsmöglichkeiten.

Zbigniew Wilkiewicz

Geschichtspolitik, Gedächtnisorte und europäische Erinnerung im deutsch-polnischen Kontext

Einleitung

Als Ausgangspunkt für das zunehmende Interesse an Formen geschichtlicher Erinnerung wird gerne die Mitte der 1980er Jahre einsetzende Diskussion um das Ende der Moderne betrachtet.¹

Durch die Erschöpfung „utopischer Energien“ und den Verlust der Zukunftsgewissheit und des Fortschrittglaubens kam es zu einer Verlagerung des gesellschaftlichen Normen- und Wertesystems auf die Vergangenheit.²

1988 trat *Jan Assmann* mit seiner Theorie des kulturellen Gedächtnisses hervor, in der das Gedächtnis als normative Instanz eines Kollektivs definiert wird. Wichtig ist in diesem Kontext, dass *Assmann* – ähnlich wie *Maurice Halbwachs* – die Vergangenheit als soziale Konstruktion betrachtet. Vergangenheit wird also nicht „wiedergefunden“, sondern rekonstruiert.³ Die Besonderheit des *Assmannschen* Ansatzes liegt aber darin, dass hierin die Begriffe „Gedächtnis“ und „Identität“ miteinander verbunden werden. Das kulturelle Gedächtnis mit seinen vielfältigen Gegenständen ist im Sinne von Einschluss („das sind wir“) und Ausschluss („das ist unser Gegenteil“) identifikatorisch besetzt.

Assmann hebt ihrerseits hervor, dass die Verbindung zum Konzept der Identität die Grundlage für die Karriere des Gedächtnisbegriffs geschaffen habe. In den 1980er Jahren gewannen diese Aspekte durch die öffentlichen Diskussionen um zentrale Themen der nachkriegsdeutschen Erinnerung an Bedeutung.⁴ So warf etwa *Tony Judt* die Frage nach dem Ort des Nationalsozialismus in der jeweiligen nationalen Geschichtsschreibung Europas auf und *Richard von Weizsäcker* setzte sich 1985 mit seiner berühmt gewordenen Rede vor dem deutschen Bundestag mit der Frage auseinander, wie der 8. Mai – vierzig Jahre nach der deutschen Kapitulation – adäquat zu begehen sei. Durch den durch die Thesen *Ernst Noltes* eingeleiteten Historikerstreit ging es überdies in einer Grundsatzdebatte um die Bewertung der jüngsten totalitären Vergangenheit in Deutschland und in Europa.

Relativierung der Opfermythen

Ab diesem Zeitpunkt beginnen auch europäische Nachkriegsmythen zu bröckeln, etwa im Verhältnis zum eigenen nationalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder den Stalinismus. Zuvor war die Schuldfrage in diesem Kontext auf Deutschland projiziert und gleichsam externalisiert worden.⁵

Einen besonderen Schub bekamen diese Diskurse nach der Wende des Jahres 1989 und nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. In den ostmitteleuropäischen Staaten rückte

1 Habermas, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit. F/M 1985, S. 141-163

2 Herbert Uhl: Erinnerungskultur – Gedächtnispolitik. Einige Überlegungen zu Gedächtnis und Gesellschaft. In: www.forum-masonicum.de/downloads/freiburg-dr-uhl-pdf

3 Assmann, Jan: Gedächtnis. In: Stefan Jordan (Hg.): Lexikon Geisteswissenschaft. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart 2002, S. 97-101

4 Judt, Tony: Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa. In: Transit 6 (1993), S. 87-120

5 Judt, S. 91 f.

zunehmend eine revidierte Beschreibung und Interpretation der sowjetischen Besetzung und der sozialistischen Machtübernahme in den Mittelpunkt. Die zuvor schon im Westen und in Exilkreisen betriebene Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur, die mit der offiziell verordneten konkurrierte, wurde nun dominant und eroberte die Deutungsmacht. Nicht selten leistete dies ausgesprochen nationalen bis nationalistischen Geschichtsbildern und Interpretationsmustern Vorschub.

Nun ging es aber auch um die Vergangenheitsaufarbeitung im Hinblick auf die beiden totalitären Diktaturen und die Haltung der eigenen nationalen Eliten gegenüber Nationalsozialismus und Stalinismus. Fragen der Kollaboration, der bereitwilligen Unterstützung der Besatzer und des nationalen Widerstands wurden neu gestellt und öffentlich diskutiert. Eine kritische Geschichtsschreibung sowie die Infragestellung gängiger nationaler Mythen setzten erhitze wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskussionen über den Umgang mit der Vergangenheit frei. Exemplarisch sei hier der in Polen lang anhaltende Disput um die Bewertung des Massakers von Jedwabne genannt.⁶ Die neue Kultur des Erinnerns versteht sich als kritisches Korrektiv bisheriger nationaler Erinnerungstraditionen und impliziert unter anderen den von *Volkhard Knigge* geprägten Begriff des „negativen Gedenkens“. In dessen Mittelpunkt steht der Holocaust als Leitmotiv der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Es geht darum, an das zu erinnern, was „wir“ anderen angetan, und nicht – wie in der nationalen Geschichtspolitik üblich – an das, was andere „uns“ angetan haben.⁷ Diese Entwicklung vollzieht sich auch in Gesellschaften, die sich traditionell als „Opfationen“ verstehen, weil im wissenschaftlichen und veröffentlichten Diskurs zunehmend festgestellt wird, dass sie in Teilen auch zu den „Tätern“ gehörten, also willige Helfer der Nationalsozialisten oder Stalinisten waren. Die lange tragenden, großen nationalen Mythen werden dadurch in Ansätzen dekonstruiert und in Frage gestellt.⁸

Konstruktion und Dekonstruktion

In den Arbeiten von *Aleida* und *Jan Assmann* wurde ein kulturorientierter Gedächtnisbegriff entwickelt, in dem danach gefragt wird, wie Gesellschaften über Jahrhunderte „Fixpunkte“ eines kollektiv geteilten Wissens über die Vergangenheit tradieren. Die Rede ist von Ritualisierung und Institutionalisierung gesellschaftlicher Erinnerung, die einer kontinuierlichen Pflege bedürfen. Einen ähnlichen Ansatz mit einem Kanon historischer Bezugspunkte der gesellschaftlichen Erinnerung bildet das Konzept der „Gedächtnisorte“ von *Pierre Nora*. Während *Nora* aber traditionell von „Nation“ spricht, verwendet Assmann die Termini „Gruppen“ und „Gesellschaft“. *Nora*, der die Gedächtnisorte Frankreichs rekonstruiert, geht es um die Eigentümlichkeit eines

6 Wilkiewicz, Zbigniew: Das Massaker von Jedwabne – der polnische Historikerstreit und die Last der Verantwortung. In: deutsche studien (2001)145/146, S. 20-37

7 Uhl, S. 3

8 Flacke, Monika (Hg.): Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. München 1998. Picht, Robert, Hoffmann-Martinot, Vincent, Lassere, René, Theiner, Peter (Hg.): Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert. 2. Aufl. München Zürich 2002. Citron, Suzanne: Le mythe national. L'histoire de France revisitée. Paris 2008. Wilkiewicz, Zbigniew: Die großen nationalen Mythen Polens. In: Bizeul, Yves (Hg): Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen. Berlin 2000, S. 59-72

Landes. Gedächtnisorte seien „Orte“, in denen sich das Gedächtnis der Nation Frankreich in besonderem Maße kondensiert, verkörpert oder kristallisiert habe.⁹

In diesem Kontext sollte hervorgehoben werden, dass die Funktionalisierung von Gedächtnis für nationale Identitätsfindung vielfach kritisiert wurde. Die Aufgabe des Historikers bestehe nicht in der Mitwirkung an der Konstruktion eines nationalen Gedächtnisses, sondern in der Dekonstruktion des damit verbundenen Mythenrepertoires, zumal Gedächtnis und Erinnerung mehrdeutige Größen seien.¹⁰ Dennoch bleiben Erinnerungsorte häufig an nationale Geschichtsschreibungen gebunden. Zwar wehrt man sich gegen nationale Vereinnahmungen, aber sie finden immer wieder statt, wobei Exklusions- und Inklusionsmechanismen aus der „Wir-Gesellschaft“ bedient werden.¹¹

Gedächtnis erfüllt aber auch häufig eine zutiefst politische Funktion. Hier steht die Frage der Verhandlungen über das Geschichtsbild eines Kollektivs im Zentrum. Die historischen Bezugspunkte sind dabei keine stabilen Fixpunkte kollektiver Identität. Vergangenheit kann sehr unterschiedlich inszeniert werden. Die bisherigen Traditionen können reproduziert und gestärkt werden, es kann aber auch zu mehr oder minder starken Veränderungen kommen. Die Diskussionen über die Vergangenheit sind immer partikular, sie entsprechen der Sichtweise und den Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, die mit jeweils unterschiedlicher Definitionsmacht ausgestattet sind und die ihre Vorstellungen über die Vergangenheit in Konkurrenz zu anderen Gruppen durchsetzen wollen. Laut *Oliver Marchart* heißt das, dass das „kollektiv geteilte Wissen“ über die Vergangenheit keine neutrale Erzählung sein kann, vielmehr sei sie immer „situierendes Wissen“.¹²

Geschichtspolitik

In diesem Zusammenhang nähern wir uns dem Begriff der Geschichtspolitik, die von Staaten, Parteien, Verbänden oder einzelnen Personen betrieben werden kann. Unter „Geschichtspolitik“ soll dabei ein politisches Gedächtnis als politisch gewolltes Gedächtnis verstanden werden, das instrumentalisiert wird, um Gruppenidentitäten und Ideologien „top-down“ zu entwerfen.¹³ Oder, um sich einer noch kürzeren Definition zu bedienen, kann man sie als „Streit um das richtige Gedächtnis“ umschreiben.¹⁴ Hier sind Wendungen wie „Kampf um die Erinnerung“, „Konkurrenz um die Deutungsmacht“ sowie die Floskel von der „wahren Geschichte“ gang und gäbe. Und hier gibt es besonders viel Raum für Mythenbildungen und Konstruktionen. Hingegen besteht die

9 Nora, Pierre: Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Berlin 1990, S. 7

10 Csáky, Moritz: Die Mehrdeutigkeit von Gedächtnis und Erinnerung. Ein kritischer Beitrag zur historischen Gedächtnisforschung. In: Digitales Handbuch zur Geschichte Russlands und Osteuropas, S. 1-30

11 Uhl, S. 5

12 Marchart, Oliver: Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung. In: Gerbel, Christian u.a. (Hg.): Transformationsgesellschaftliche Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik. Wien 2005, S. 21-49

13 Assmann Aleida: Four Formats of Memory: From Individual to Collective Constructions of the Past. In: Emden, Christian, Midgley David (Hg.): Cultural Memory and Historical Consciousness in the German-Speaking World Since 1500. Bern 2004, S. 35

14 Winkler, August: Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland. Göttingen 2004, S. 7

Aufgabe einer kritischen Geschichtsforschung gerade darin, diese Mythen zu dekonstruieren.

Innerhalb der einzelnen nationalen Gesellschaften gibt es eine Vielzahl von Narrationen, die um die Deutungsmacht konkurrieren. Jüngstes Beispiel in der Bundesrepublik, bei dem es ebenfalls um die Inklusion oder die Exklusion einer Minderheit geht, ist die Debatte darum, ob der Islam zu Deutschland gehöre oder nicht. Indem sich einzelne dabei recht einseitig auf die Geschichte berufen und konstatieren, dass es für die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland keine Hinweise gebe, schmälern sie auf der Gegenwartsebene den Anspruch der türkisch-deutschen bzw. türkischen Gruppe in Deutschland nach größerer Teilhabe. Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Gleichzeitig gibt es eine von der Staatsmacht oder von der jeweils regierenden Gruppierung vertretene offizielle Geschichtspolitik mit entsprechenden Gedächtnisorten. Es gibt die an Schulen und Universitäten verbindlichen Lehrpläne, in denen die neueste Geschichte entsprechend unterrichtet und interpretiert wird. Es gibt die Medien, die sich zum Beispiel weiterhin sehr intensiv mit dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen beschäftigen. Es gibt entsprechende Gedenkstätten und Gedenkort und schließlich gibt es die von einer auf die andere Generation überlieferte mündliche Narration, die gerade in totalitär oder autoritär regierten Gesellschaften eine erhebliche Rolle spielt, weil hier Gegenentwürfe bzw. Dekonstruktionen offiziell betriebener Geschichtspolitiken formuliert werden.

Welche Objekte und Institutionen der Erinnerungskultur sich in einem gesellschaftlich ausgehandelten und akzeptierten Konsens durchsetzen, ist von den jeweiligen politischen Machtverhältnissen abhängig. Von ihnen ist ableitbar, welchen Gruppen es gelungen ist, ihr partikulares Geschichtsbild als universales, verbindliches Gedächtnis eines Kollektivs oder einer Nation zu verankern.¹⁵ Aufgabe einer kritischen Gedächtnistheorie ist es indessen festzustellen, welche Erzählungen dabei ausgeblendet und welche ethischen, sozialen und religiösen Gruppen keinen Eingang in die Wissensbestände des „kollektiven Gedächtnisses“ gefunden haben.¹⁶

Geschichtspolitik nach 1989: Der polnische Streit über Geschichte und Gedächtnis

Die Geschichte und ihre Auslegung hatten schon immer auch eine funktionale Funktion; sie dienten entweder einer Sache, einer Ideologie oder bestimmten Parteien, Gruppen und Personen. Die sich nach der Wende des Jahres 1989 entwickelnde polnische Debatte, die sich aufgrund ihrer politischen Aufladung Anfang des 21. Jahrhunderts außerordentlich zuspitzte, soll hier in angemessener Kürze rekonstruiert werden.¹⁷

Nach der Ära einer eindimensionalen, ideologisch verbrämten Geschichtspolitik in der VR Polen förderte die demokratische Wende in Ostmitteleuropa durch die Pluralisierung der Gesellschaft eine Vielzahl von Geschichtsbildern zutage. Zugleich wuchs das Bedürfnis nach neuen Gründungsmythen und die von der Zensur befreite Gesellschaft revidierte die zuvor verpflichtende Geschichtsschreibung. Für die Gesellschaften des

¹⁵ Uhl, S. 7

¹⁶ Ibd

¹⁷ Wolff-Powęska, Anna: Geschichte und Erinnerung. In: Transodra Online, <http://www.transodra-online.net/de/print/book/export/html/1255>

durch die Sowjetunion dominierten Ostmitteleuropas spielte nunmehr das lange unterdrückte nationale Moment eine wichtige Rolle. So hoben die von der Sowjetunion direkt inkorporierten baltischen Staaten nun sehr energisch ihren Opferstatus hervor. Das Trauma der sowjetischen Besetzung rückte in den Vordergrund, Kooperation und Kollaboration mit den nationalsozialistischen Besatzern, die nach der ersten sowjetischen Okkupation des Baltikums nicht selten als „Befreier“ wahrgenommen wurden, rückten in den Hintergrund. Es entwickelte sich ein Selbstverständnis, bei dem man sich als Opfer zweier totalitärer Diktaturen verstand. Ähnlich in Polen, wo man den eigenen Nationalstolz aus dem Mythos des durchgängigen Widerstands gegen Nazis und Sowjets ableitete. Auch hier herrschte das große Bedürfnis, die neueste Geschichte des Landes zu „entlügen“ (odkłamać). Erstaunt musste man allerdings feststellen, dass die neuen westlichen Verbündeten, darunter Deutschland als größter und bedeutendster Nachbar, mit dessen Hilfe man sich auf den Weg in die NATO und die EU machte, nur wenig Interesse an den historischen Verdiensten und Gedenkorten der Polen zeigten. Ihre Rückwärtsgewandtheit wurde den Polen vielmehr zum Vorwurf gemacht, ähnlich wie ihr Beharren auf der Rolle des „tapferen Opfers“. Diese Auseinandersetzung verschärfte sich gerade in jener Zeit, als sich das kollektive historische Selbstverständnis der Deutschen änderte und als man in Deutschland begann, sich im öffentlichen Diskurs, in der Publizistik und Literatur, aber auch in der wissenschaftlichen Literatur ebenfalls zu Opfern des Zweiten Weltkriegs zu stilisieren.

Dies ist deshalb wichtig, weil in Polen nicht selten die These aufgestellt wird, dass die polnische Geschichtspolitik lediglich eine Reaktion auf die Neuformulierung der deutschen und russischen Geschichtspolitiken sei.

Der seit 2004 intensiv und kontrovers diskutierte Begriff der Geschichtspolitik wurde in Polen allem Anschein nach aus der deutschen Publizistik übernommen.¹⁸ Er funktioniert als Schlagwort, wird als Argument in historisch-politischen Kontroversen benutzt und hebt stärker auf Emotionen, denn auf echtes Erkenntnisinteresse ab. Offenbar fällt es schwer, sich damit abzufinden, dass das historische Gedächtnis im Staat und in der Massengesellschaft vielstimmig, dynamisch und kommerzialisiert ist.¹⁹

Nationalkonservative polnische Historiker wie *Dariusz Gawin* und *Piotr Kowal* interpretierten diese Entwicklung aus Anlass der Eröffnung des Warschauer Aufstandsmuseums im Jahre 2006 wie folgt: „Die polnische Geschichtspolitik befindet sich ohne zu übertreiben zwischen der Geschichtspolitik Deutschlands und Russlands. Die historische Dimension der Beziehungen mit unseren größten Nachbarn hat den gleichen Charakter, wie die geopolitische Dimension unserer Außenpolitik. Die Vorschläge *Erika Steinbachs*, die zum Ziel hatten, dem Schicksal der nach dem Krieg aus dem östlichen Europa ausgesiedelten Deutschen zu gedenken, rief in Deutschland zunächst kein lebhaftes Echo hervor. In Polen riefen sie dagegen viele Kontroversen hervor und richteten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs. In Russland ist in letzter Zeit die Rückkehr zur sowjetischen Historiographie feststellbar, eine Verfälschung der Geschichte Ostmitteleuropas mit

18 Szaruga, Leszek: Polityka historyczna. In: Forum Akademickie, Mai 2006; [www://http.forumakad.pl/arcium/2006/05/64_polityka_historyczna.html](http://www.forumakad.pl/arcium/2006/05/64_polityka_historyczna.html)

19 Wolff-Powęska, ibd

dem Ziel, den Machtapparat zu stärken und eine Staatsideologie aufzubauen. Den Höhepunkt dieser Aktivitäten stellte im letzten Jahr der August dar, ein Monat, in dem man in Polen den Jahrestag des Warschauer Aufstands beging. Die Offensive einer Neuinterpretation der russischen Geschichte hält weiter an: 2005 konzentriert sie sich auf den 60. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs. Ihre wichtigsten Symptome sind u.a. die Nicht-Veröffentlichung der das Verbrechen von Katyn betreffenden Dokumente, die offiziellen Erklärungen des russischen Innenministeriums hinsichtlich der Interpretation der neuesten Geschichte (samt der These über die Rechtmäßigkeit des Ribbentrop-Molotov-Paktes, die in Polen für viel Aufregung sorgte) sowie die Einladung von General Wojciech Jaruzelski nach Moskau, um an den Feierlichkeiten teilzunehmen.²⁰

Kritisch merkten die Autoren allerdings an, dass die neue polnische Geschichtspolitik nicht an die aus der Zeit des Kommunismus bekannte Staatspropaganda anknüpfen dürfe, die die Vergangenheit verlogen darstellte und instrumentalisierte. Die Erfolgsvoraussetzung für eine moderne Geschichtspolitik sei die Sensibilität angesichts der Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten in der Kultur und der gesellschaftlicher Kommunikation vollzogen hätten. Geschichtspolitik sei gesellschaftspolitisch notwendig. Sie solle neben der Wirtschafts-, Sozial-, und Außenpolitik zu einem gleichberechtigten Element der polnischen Politik werden und ihren Ausdruck in Parteiprogrammen, Regierungsplänen und gesellschaftlichen Projekten finden. Dies sei eine Herausforderung, der sich Polen stellen müsse, wenn es im vereinten Europa nicht nur Nutznießer der Hilfe seiner Partner sein will, sondern sich ebenfalls aktiv am Aufbau der gemeinsamen europäischen Identität beteiligen möchte.²¹

Dem wurde von anderen polnischen Historikern zum Teil heftig widersprochen, zumal die Debatte keinen wissenschaftlichen, sondern einen explizit tagespolitischen Zuschnitt annahm und zu einem festen Bestandteil des Kampfes um die sog. IV Republik wurde.²²

In diesem Zusammenhang sei auf die eindeutigen Repliken von *Marcin Kula* zu verwiesen, der sich in einem in „Mówią wieki“ veröffentlichten Streitgespräch im August 2007 mit mehreren Befürwortern der Geschichtspolitik (u.a. *Marek Cichocki*) heftig auseinandersetzte und die in Polen betriebene Geschichtspolitik in Frage stellte. *Kulas* Kritik an der in Polen betriebenen Geschichtspolitik lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Historiker sollten nicht zulassen, dass Geschichte und Geschichtswissenschaft politisiert werden.

Die aktuell betriebene Geschichtspolitik gehe von einem festgelegten, einzig korrekten Geschichtsbild aus. (...) Geschichte sei indessen ein ständiges Suchen und Recherchieren.

Die Geschichtspolitik habe ein instrumentelles Verhältnis zur Geschichte zur Voraussetzung. Im heutigen Diskurs werde zu viel Wert auf das Eigene gelegt, wobei man ganz offensichtlich die nationalen Komplexe übertünchen wolle. Kontraproduktiv

20 Gawin, Dariusz, Kowa, Pawel: Polska polityka historyczna.

In: Polityka historyczna. Historycy - politycy - prasa, Muzeum Powstania Warszawskiego 2006, S. 3-5

21 ibd

22 Wilkiewicz, Zbigniew: Gibt es eine IV Republik Polen. In: aktuelle ostinformationen, 1-2 (2007), S. 4-17

sei auch die Abkehr von der Universalgeschichte, die notwendig bleibe, um die Geschichte Polens verstehen zu können.

Echte Geschichtspolitik bedeute hingegen die Verbesserung des Geschichtsunterrichts an den Schulen. Auch sollten die Arbeitsmöglichkeiten für junge Historiker abgesichert werden, die – nach zum Teil hervorragenden Abschlüssen – keine Anstellung fänden.²³

In Polen wurde seitens konservativer Sozialwissenschaftler und Politiker zu Beginn der Debatte hingegen behauptet, dass bis zur Machtübernahme von PiS im Jahre 2005 alle Regierungen und Eliten die Tradition vernachlässigt und die Beschäftigung mit der Geschichte abgelehnt hätten.

Auf der anderen Seite wurde hervorgehoben, dass sich die Eliten der III Republik sehr wohl mit den inneren und äußeren Fährnissen der Vergangenheit auseinandersetzen hatten. Der Bruch mit der VR Polen bedeutete nämlich das Anknüpfen an die staatliche Tradition der II Republik aus der Zwischenkriegszeit. Dies implizierte eine Änderung des Staatsnamens und Staatswappens, die Übergabe der Staatsinsignien durch den letzten Staatspräsidenten im Londoner Exil und die gesamte Reorganisation staatlicher Institutionen bis zur Verkündung einer neuen Verfassung.

Hingegen forderte die von den *Kaczyński*-Brüdern geleitete und ideologisch instrumentalisierte PiS die Vereinheitlichung der Inhalte einer patriotischen Erziehung, lancierte die Idee eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Erziehung zum Patriotismus“ und erwog zudem, die Geschichte Polens im Unterricht von der Universalgeschichte zu lösen. Das Streben, Ursachen und Umstände von Ereignissen zu untersuchen, Mythen zu entlarven und das Bild der Geschichte zu verifizieren wurde in Frage gestellt, die polnischen historischen Erfahrungen sollten auf ein affirmatives Gedächtnis reduziert werden, auf die Idee der Freiheit.

Kritiker dieser engen Auslegung hoben indessen hervor, dass sich die polnische Geschichte nicht nur auf Freiheitskämpfe und romantische Helden reduzieren lasse. Es stelle sich die Frage, ob negative empfundene Sachverhalte wie die Pogrome an Juden und Deutschen, die Fälle von Kollaboration und nationalem Verrat patriotische Gefühle schwächen können.

Die Auseinandersetzungen um die polnische Täterschaft beim Judenpogrom in Jedwabne führten zu einer tiefen Verunsicherung und lieferten den Verfechtern einer aktiven Geschichtspolitik ein zusätzliches Argument, um Polen und seinen guten Namen nach Außen hin zu verteidigen. Auf konservativer Seite führte man solche Kategorien wie Katholizismus, nationale Gemeinschaft, Solidarismus und Staatsräson ins Feld. Man verwies auch auf die enormen Wissenslücken des Auslands im Hinblick auf die neueste Geschichte Polens: Verwechslung des Ghettoaufstands mit dem Warschauer Aufstand, Bezeichnung von Auschwitz als „polnischem Konzentrationslager“. Die Geschichtspolitik spielte nunmehr auch im Europakontext eine nicht unerhebliche Rolle. Der in Bremen lehrende konservative Soziologe *Zdzisław Krasnodębski* hob zum Beispiel hervor, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht bedeute, dass nationale

²³ Polityka historyczna – za i przeciw. In: *Mówią wieki*, 17. 08. 2007. In: <http://portalwiedzy.onet.pl/4869,11581,135288,4czasopisma.html>

Interessen sowie die Notwendigkeit, die eigene Souveränität zu stärken, verschwunden seien.²⁴

Nicht gefragt wurde allerdings nach der Qualität polnischen Wissens über die Geschichte unserer Nachbarn, typisch war – wie *Wolff-Powęska* treffend ausführt – eine eigenartige Mischung aus Größenwahn und Minderwertigkeitskomplexen.²⁵

Hieraus lässt sich wohl auch ansatzweise erklären, warum die Erinnerung der Deutschen an ihre eigenen Tragödien in Polen kaum auf Empathie stößt. Vielmehr ruft der Anstieg des deutschen Interesses am alliierten Bombenkrieg und an der Vertreibung in Polen Besorgnis hervor. Die Auseinandersetzung im Rahmen einer auf beiden Seiten mit unterschiedlicher Intensität betriebenen neuen Geschichtspolitik führte dazu, dass zwischen beiden Staaten zeitweise neue Mauern errichtet wurden. Der Regierungswechsel in Polen brachte im Jahre 2007 allerdings einen Kurswechsel in der offiziellen Geschichtspolitik des Landes, der neue Kulturminister *Bogdan Zdrojewski* sprach sich dagegen aus, aus Polen „ein Land der Nekropolen und Museen“ zu machen.²⁶ Der namhafte Historiker *Tomasz Nałęcz*, der im Sommer 2010 zum Berater des polnischen Präsidenten *Komorowski* ernannt wurde, bemerkte zudem in einem Ende August 2010 veröffentlichten Interview mit der „Polityka“, dass Geschichte nicht als Droge und als Nahrung für negative Gefühle benutzt werden dürfe, vielmehr seien ein maßvoller Umgang und gesunder Menschenverstand gefragt, um neue Brücken zu bauen.²⁷

Deutsch-polnische Diskurse zur Geschichtspolitik

Der Geschichtspolitik in beiden Ländern waren seit dem Machtantritt der nationalkonservativen Regierung in Polen, der zu einer massiven Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen führte und darüber hinaus die polnische Gesellschaft spaltete, zahlreiche Konferenzen, Seminare und Podiumsdiskussionen gewidmet, in denen über eine adäquate Bewertung und einen angemessenen Umgang mit dem deutschen und dem polnischen historischen Gedächtnis diskutiert wurde. So fand zum Beispiel parallel zu einer hochrangigen deutsch-polnischen Expertentagung, die am 17. und 18. Februar 2006 in Genshagen durchgeführt wurde, ein deutsch-polnisches Jugendseminar statt, in dem Fragen des kollektiven Gedächtnisses und der individuellen Erinnerung im Hinblick auf die gemeinsame Geschichte behandelt wurden. Sinnvollerweise wurden die Ergebnisse des deutsch-polnischen Jugendseminars mit denen der Expertentagung verknüpft, und zwar anlässlich einer Podiumsdiskussion zwischen *Bronisław Geremek* und *Richard von Weizsäcker*. Dieses intergenerative Gespräch steht auch am Anfang einer Dokumentation des Konferenzverlaufs und vermittelt einen guten Eindruck von der Diskrepanz zwischen erlebter und erzählter Geschichte, wobei – unabhängig von den Generationen – deutlich wird, dass historische

24 Krasnodębski, Zdzisław: Pożegnanie z III Rzeczypospolitą. In: Rzeczpospolita, 10. 09. 2005

25 Wolff-Powęska, ibd

26 Szeligowska, Dorota: Vergangenheitsbewältigung und Geschichte in Polen – zur Frage der

„Geschichtspolitik“. In: <http://www.qete.tv/de/lm-Spiegel-derZeitschriften-Nr--9/1966274.html>, 13. 03. 2008

27 Władyka, Wiesław: Rozmowa z Tadeuszem Nałęczem o historii i polityki historycznej. In: Polityka, 27. 08.

2010: http://www.polityka.pl/kraj/rozmowy/1508272_1

Erinnerungen – selbst wenn sie binational erarbeitet werden – weiterhin national geprägt bleiben.²⁸

Immerhin macht *Markus Meckel* in seinem Beitrag den Vorschlag, die Erinnerung und Aufarbeitung von Geschichte als europäische Aufgabe zu begreifen und zu postulieren. Dabei geht es ihm nicht nur um die damals wie heute aktuelle und kontrovers diskutierte Aufarbeitung der deutschen/europäischen Vertreibungsgeschichte, sondern ebenfalls um eine grenzüberschreitende Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Den kontroversen historischen Debatten sowie der ebenso kontroversen Geschichtspolitik der damals regierenden nationalkonservativen Regierung in Polen sind die Beiträge von *Andrzej Przewoźnik*, *Marcin Kula*, *Feliks Tych* und *Leon Kieres* gewidmet. *Przewoźnik* postuliert, dass sich das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ mit der Dokumentation und Analyse der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts befassen und die Vertreibungsproblematik nicht überbewerten sollte. *Kula* gibt in seinem Beitrag – wie gewohnt – zu bedenken, dass Politiker einen utilitaristischen Bezug zur Geschichte hätten, während Historiker Erkenntnisziele realisieren sollten. Insofern empfiehlt er den Historikern hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Rolle den „goldenen Mittelweg“. Mit polnischen Geschichtsdebatten, „die es nicht gibt“, beschäftigt sich der Beitrag von *Feliks Tych*. Im Zusammenhang mit dem Problemkomplex Jedwabne wird verdeutlicht, dass die Erinnerungskultur in Polen äußerst selektiv ist und dass eine Geschichtsschreibung dominiere und gefördert werde, in der recht einseitig das Heldentum und Martyrium der Nation im Mittelpunkt stehe. *Leon Kieres*, von 2000 bis 2005 Präsident des Instituts für Nationales Gedenken, betont in seinem programmatischen Aufsatz, dass sich der polnische Staat in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Vergangenheit nur dadurch als Rechtsstaat erweise, indem er alle Opfer gleich und unabhängig von ihrer Nationalität behandle. *Hermann Schäfer* fordert in seinem Beitrag hingegen „gegenseitige Anteilnahme“ und erinnert in diesem Kontext an das „Europäische Netzwerk“, durch das ein „sichtbares Zeichen“ der Erinnerung an Flucht und Vertreibung geschaffen werden soll. Die Aufarbeitung von Geschichte müsse frei sein von gegenseitigen Schuldzuweisungen, die dunklen Seiten der eigenen wie der bi- und multilateralen Geschichte seien vorbehaltlos in den Blick zu nehmen. Nur so könne man Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft eröffnen. Mit aktuellen Geschichtsdebatten in Deutschland und Polen beschäftigt sich *Matthias Weber* und kommt zum Ergebnis, dass es nicht darum gehen könne, europaweit normierte Geschichtsbilder zu entwickeln. Vielmehr solle man sich darum bemühen, unterschiedliche Geschichtsbilder zu vergleichen und zu ergänzen. Zu vermeiden seien Pauschalisierungen, zu fördern sei hingegen die Bereitschaft zuzuhören. In dem sich anschließenden Beitrag bezeichnet *Irena Lipowicz* das Zentrum gegen Vertreibungen als eine Sackgasse. Ihre Kritik richtet sich dabei in erster Linie gegen das Konzept von

28 Pięciak, Wojciech: Niemiecka pamięć. Współczesne spory w Niemczech o miejsce III Rzeszy w historii, polityce i tożsamości (1989-2001). Kraków 2002; ders: Historische Diskussionen und ihre Rolle in der kollektiven Erinnerung und in den deutsch-polnischen Beziehungen. In: Wolff-Powęska, Anna, Bingen, Dieter: Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004. Wiesbaden 2005, S. 315-343. Hofmann, Anna, Kerski, Basil (Hg). Deutsche und Polen. Erinnerung im Dialog. Osnabrück: 2007. Vgl. meine Rezension: In: osteuropa 6(2008), S. 436-438. Wóycicki, Kazimierz: Europejski konflikt pamięci. In: Studio opinii, 20. 02. 2009. <http://alfaomega.webnode.com/news/kazimierz%20woycicki>

Erika Steinbach, da ein eigenständiges Zentrum ohne adäquate historische Einbettung die Geschichte verfälschen könnte.

Abgeschlossen wird die Dokumentation durch einen Aufsatz von *Rudolf von Thadden*, in dem der Tagungsleiter zu folgendem Fazit kommt: „Wenn wir gelernt haben, dass wir den anderen brauchen, um ein und dieselbe Sache in ihrem ganzen Gehalt zu erfassen und deutlich zu machen, haben wir viel geschafft. Keiner von uns kann die Vergangenheit alleine bewältigen.“²⁹

Die Problematik deutscher und polnischer Geschichtspolitik wurde immer wieder intensiv diskutiert und fand ihren Niederschlag in weiteren gemeinsam durchgeführten Kongressen, gemeinsam herausgegebenen Sammelbänden sowie beachtenswerten Einzeluntersuchungen.³⁰ Die Zeitschrift „osteuropa“ widmete dem Thema der Geschichtspolitik und Gegenerinnerung im Osten Europas im Jahre 2008 einen umfangreichen, sehr lesenswerten Dreifachband.³¹ Gedenkort- und Geschichtspolitik gewidmete Themen kehrten immer wieder auf die Tagesordnung der deutsch-polnischen Beziehungen zurück und sind auch heute noch durchaus präsent: besonders im Kontext der Diskussion über den Sinn und Zweck deutscher und polnischer Gedenkstätten sowie einer entsprechenden nationalen, zunehmend aber auch transnationalen Gedenkstättenpädagogik.³² Die Frage nach der europäischen Dimension gemeinsamen Erinnerns wird dabei nicht selten aufgegriffen, gleichzeitig wird betont, dass man diesbezüglich noch ganz am Anfang stehe. Im Rahmen dieser Debatte wird häufig darauf hingewiesen, dass sich das historische Gedächtnis im Westen auf die Verbrechen der NS-Diktatur, weniger auf die kommunistischen Diktaturen konzentriert habe. Wünschenswert sei hingegen, dass beide totalitären Systeme für das Gedächtnis der Europäer konstitutiv wären. Es gebe zwischen Deutschland und Polen auch deshalb noch immer Probleme, weil das Gedenken der Deutschen an ihre eigenen Kriegsoffer in Polen als eine Form des Revisionismus wahrgenommen werde. Dies – so *Manfred Wilke* – sei aber geradezu absurd, da in Deutschland niemand an Grenzrevisionen interessiert sei. Im Hinblick auf die kollektive Erinnerung der Europäer – so Wilke – habe das Europäische Parlament (EP) allerdings einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, als es am 02. 04. 2009 eine Resolution verabschiedete, in der gefordert wurde, dass der 23. August, der Tag, an dem im Jahre 1939 der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet wurde, zu einem Gedenktag werde, an dem den Opfern totalitärer Diktaturen gedacht werden solle. Diese Resolution bilde einen wichtigen Brückenschlag zwischen Westeuropa und

²⁹ *Ibid.*, S.158

³⁰ Barbian, Jan-Pieter, Zybura Marek (Hg.): Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Erlebte Nachbarschaft. Wiesbaden 1999. Bingen, Dieter, Wóycicki, Kazimierz (Hg.): Die Kopernikus-Gruppe. Wiesbaden 2007. Bingen, Dieter, Loew, Peter Oliver Wóycicki, Kazimierz (Hg.): Die Destruktion des Dialogs. Wiesbaden 2007. Strobel, Thomas, Maier, Robert (Hg.): Das Thema Vertreibung und die deutsch-polnischen Beziehungen in Forschung, Unterricht und Politik. Hannover 2008, S. 93-94. Gauger, Jörg-Dieter: Deutsche und Polen im Unterricht. Eine Untersuchung aktueller Lehrpläne/Richtlinien und Schulbücher für Geschichte. Schwalbach/Ts. 2008. Mazurek, Kamila, Mehlhausen, Thomas: Między sceptyzmem a zaufaniem. Zwischen Skepsis und Vertrauen. Kraków/ Berlin 2009; Jaworski, Rudolf, Loew, Peter Oliver Pletzing, Christian: Der genormte Blick aufs Fremde. Reiseführer in und über Ostmitteleuropa. Wiesbaden 2011

³¹ Geschichtspolitik und Gegenerinnerung. Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas. *Osteuropa* 6 (2008)

³² Reichling, Norbert: Tagungsbericht. Europäische Perspektiven der Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit – ein deutsch-polnischer Austausch. In: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3738>

Ostmitteleuropa. Wichtig sei auch, dass sich das EP nicht nur für einen Gedenktag, sondern für die Schaffung eines europäischen Dokumentationszentrums ausgesprochen habe, das für die Vernetzung jener Institutionen sorgen solle, die sich mit dem historischen Gedächtnis in den einzelnen Nationalstaaten beschäftigen. In dem von *Joachim Trenkner* und *Wojciech Pięciak* im *Tygodnik Powszechny* vom 03. 06. 2009 abgedruckten Interview kommt *Wilke* schließlich zu folgendem Ergebnis: „Europa wird erst dann geeint sein, wenn es in der Lage ist, gemeinschaftlich auf seine Geschichte zurückzuschauen, wenn es den Kommunismus, Nationalsozialismus und Faschismus als ‚gemeinsames Erbe‘ anerkennt, mit dem man sich auseinander setzen muss, und wenn es in der Lage sein wird, eine einheitliche und tiefgehende Debatte über die totalitären Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts zu führen.“³³

Pädagogische Ansätze

Es wird also deutlich, dass im Rahmen der deutsch-polnischen historischen Forschung viel getan wird, um sich über die weiterhin anstehenden Probleme zu verständigen. Hierzu gehört auch der rege Austausch von Wissenschaftlern sowie die Durchführung ehrgeiziger Gemeinschaftsprojekte, die zum Teil auf mehrere Jahre ausgelegt sind.³⁴ Die nur schwer lösbare Problematik der Voraussetzungen für gemeinsames Erinnern steht allerdings auch im Zentrum eines praxisorientierten pädagogischen Diskurses, besonders im Hinblick auf entsprechende Angebote in der außerschulischen politischen Jugendbildung. Hierbei fließen – wie in unserem Fall – Seminarerfahrungen aus zahlreichen, selbst durchgeführten deutsch-polnischen Begegnungsseminaren ein, in denen der jeweiligen nationalen historischen Erinnerung und den hieraus resultierenden Konsequenzen inklusive den entsprechenden Selbst- und Fremdbildern nachgegangen wird.³⁵ In diesem Zusammenhang sollte darauf hingewiesen werden, dass das DPJW mit finanzieller Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung zur Veröffentlichung hervorragender Materialien in deutscher und polnischer Sprache beigetragen hat, mit deren Hilfe die Problematik von Geschichte und Erinnerung sehr gut behandelt werden kann.³⁶ Sie eignen sich für den Einsatz in deutsch-polnischen Begegnungsseminaren, bei denen in gemischten Arbeitsgruppen zwei- oder mehrsprachig gearbeitet wird.³⁷

33 Europa der unterschiedlichen Gedächtnisse. Interview von Joachim Trenkner und Wojciech Pięciak mit Manfred Wilke. In: *Tygodnik Powszechny*, 03. 06. 2009, <http://tygodnik.onet.pl/1.27914>

34 Erinnerungspolitik und Geschichtspolitik in Polen. Studienreise. Veranstalter: Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten NRW und Bildungswerk der Humanistischen Union. 08.-14.10. 2006 in Warschau. Tagungsbericht von Stephanie Kowitz-Harms. In: *H-Soz und Kult*, 15. 11. 2006

Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Polen und Deutschland im Jahre 2009. Von der KAS und der Wochenzeitschrift „Polityka“ am 8. Mai 2009 in Warschau organisierte Konferenz. In: <http://www.kas.de/polen7de/publications/16447/>

35 Wilkiewicz, Zbigniew: Empathisch und multiperspektivisch Erinnern – Erfahrungen aus deutsch-polnischen Seminaren. Thesenpapier, siehe Fußnote 32

36 Lawaty, Andreas, Orłowski, Hubert (Hg.): *Deutsche und Polen. Geschichte Kultur Politik*. München 2003. Kochanowski, Jerzy, Kosmala, Beata: *Polska-Niemcy. Wojna i pamięć*. Warszawa/Pozdam 2009; dies.: *Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung*. Potsdam/Warschau 2009

37 Wilkiewicz, Zbigniew: Aufgaben gesamteuropäischer Bildungsarbeit. „Jugend für Gesamteuropa – ein Bildungs- und Begegnungsprogramm. In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hg.): *Werkstatt der Demokratie. 50 Jahre Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten*. Essen 2009, S. 163-167

Empathisches und multiperspektivisches Erinnern

Im Gesamteuropäischen Studienwerk (GESW) in Vlotho werden seit vielen Jahren deutsch-polnische Begegnungsseminare mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen angeboten, die produktorientiert sind und die regelmäßig im Internet dokumentiert werden.

Ziel ist es, Informationen über die jeweiligen Partnerländer zu vermitteln, sich mit Vorurteilen auseinander zu setzen und Empathie zu ermöglichen. Gefragt ist nicht abrufbares Wissen, sondern die Kreativität der Teilnehmenden, die weitgehend selbstständig in Workshops arbeiten.

Kommunikation und Meinungs austausch stehen im Vordergrund, wobei außer Polnisch und Deutsch auch andere Sprachen zum Einsatz kommen können. Bei Bedarf wird von den Seminarleitern konsekutiv übersetzt.

Angesichts der Spannungen auf zwischenstaatlicher Ebene sowie vermehrter Geschichtsdebatten und unterschiedlicher Gedächtniskulturen scheint es notwendig, den deutsch-polnischen Jugendaustausch – auch hinsichtlich der historischen Dimension – besonders zu pflegen. Gerade im Hinblick auf die gemeinsame, zum Teil tragische Geschichte beider Völker und Staaten. Dabei wird der Versuch unternommen, zumindest in Ansätzen empathisches und multiperspektivisches Erinnern zu fördern. Ebenso wichtig scheint es kritisch zu hinterfragen, was europäische Partnerschaft eigentlich bedeutet und was die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit – gerade auch bei bi- oder multinational besetzten Seminaren – sind, wobei einer auf den Markt und das allfällige „do ut des“ reduzierten „Partnerschaft“ eine klare Absage erteilt wird.³⁸

Der Begriff der Empathie steht für eine Wahrnehmung, die auch die Sichtweise einer anderen/fremden Gruppe einbezieht. Dies setzt die Fähigkeit voraus, die Perspektive zu wechseln. Und dazu sollen die Jugendlichen in Workshops angeregt, eventuell befähigt werden.

Denkt man an das im deutsch-polnischen Kontext sehr gängige Opfer-Täter-Schema, dann heißt das, dass man zumindest ansatzweise in die Lage versetzt wird, sich mit beiden Perspektiven auseinanderzusetzen oder (zeitweise) sogar die Perspektive der anderen einzunehmen. Insofern kann man von multiperspektivisch sprechen. Voraussetzung hierfür sind allerdings Neugier und ein zumindest elementares Interesse für beziehungs geschichtliche und gesellschaftliche Kontexte. Ähnlich wie bei trilateralen Jugendbegegnungen, in denen Geschichte, Gegenwart und Zukunft der gegenseitigen Beziehungen behandelt werden, geht es in binationalen deutsch-polnischen Seminaren darum, nach der Relevanz historischer Entwicklungen für die Gegenwart und Zukunft zu fragen. Angesichts einer besonders bei jungen Menschen spürbaren Desinteresse an Geschichte, der Skepsis im Hinblick auf die Frage, ob die Menschheit aus der Historie entsprechende Lehren zieht, geht es in erster Linie darum,

³⁸ Wilkiewicz, Zbigniew: Bildungsaufgaben für ein friedliches und solidarisches Europa angesichts sozialpolitischer und wirtschaftlicher Konfliktlagen (Schwerpunkt Ostmitteleuropa). In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (2010), S. 4-8; ders: Zadania edukacyjne dla przyjaznej i solidarnej Europy w świetle społeczno – politycznych i gospodarczych konfliktów. In: www.pte.pl/pliki/2/12/GESW_20Vlotho.pdf

entsprechende methodische Instrumentarien zu entwickeln, um dem Vergessen entgegenzuwirken.³⁹

Im Hinblick auf die eigenen Nationalgeschichten kann man davon ausgehen, dass es weder *die* deutsche noch *die* polnische Perspektive gibt, sondern vielleicht so etwas wie einen deutschen und einen polnischen Erinnerungskanon, und in diesem Kanon wiederum Gedächtnisorte, die einen gefestigten Platz haben.

Aufgrund einer kritischen Geschichtsschreibung, die sich in Deutschland weitgehend durchgesetzt hat und sich auch in Polen allmählich durchsetzt, und in der in erster Linie danach gefragt wird, was wir den anderen angetan haben, und erst danach, was uns von anderen angetan wurde, werden überkommene Rollen, Selbstbilder und Mythen in Frage gestellt, differenziert, zuweilen dekonstruiert. Dies vollzieht sich natürlich nicht ohne Widerstände, denn im deutsch-polnischen Kontext liegt die eindeutige Teilung in „Täter“ und „Opfer“ seit langem fest, zumal sie auch durch die historische Faktizität belegen lässt.

Ähnlich wie lange gehegte deutsche Mythen (Rolle der Wehrmacht im 2. Weltkrieg, Befehlsnotstand im 3. Reich, Unwissen über den Holocaust) erst nach Jahrzehnten erfolgreich in Frage gestellt werden konnten, befreite sich die polnische historische Erzählung ebenfalls erst spät von tradierten Vorstellungen über die Rolle des durchgängig heroischen polnischen Widerstands oder des nicht existenten polnische Antisemitismus.

Themen des deutschen Widerstands im Dritten Reich oder der Umsiedlung (Vertreibung) deutscher Bevölkerung, in der Deutsche die Opfer sind, waren auf polnischer Seite weniger bekannt oder wurden entsprechend schwach exponiert. Das beginnt sich erst in den letzten Jahren zu ändern. Inzwischen ist das Thema Vertreibung durch eine entsprechende deutsche Geschichtspolitik und eine intensive öffentliche Diskussion über die deutschen Kriegsoffer (Vertreibung und Bombenkrieg) wieder zu einem zentralen deutschen Gedächtnisort geworden. Damit wurde in den letzten Jahren auch das lange, spätestens seit 1968 verbindliche eineindeutige Opfer-Täter-Schema durchbrochen.

Bei deutschen und polnischen Jugendlichen liegen allerdings sehr unterschiedliche Wissensstände und Geschichtsbilder über die eigene nationale Geschichte und die Geschichte des Nachbarlandes vor. In der Regel kennen die Deutschen weder ihre eigene Geschichte noch die Geschichte Polens besonders gut. Dies gilt besonders für die nationalsozialistische Besatzungspolitik gegenüber den Polen oder für einen so wichtigen polnischen (deutsch-polnischen; europäischen) Gedächtnisort wie den Warschauer Aufstand des Jahres 1944.

Die polnischen Jugendlichen haben einen fester gefügten nationalen Geschichtskanon, verfügen über viel Faktenwissen, im Großen und Ganzen aber über ein stark auf Polen fixiertes Geschichtsbild. Im Hinblick auf die Rollenverteilung im 19. und 20. Jahrhundert liegen die Rollen im Täter-Opfer-Schema in der Regel fest.

³⁹ DPJW, Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, ConAct (Hg.): Runder Tisch: Erfahrungsaustausch zu trilateralen Jugendbegegnungen zwischen Deutschland, Israel und Polen. Dokumentation des Runden Tisches. 17.-20. November Lutherstadt Wittenberg/Berlin. Hier vor allem die Beiträge von Hartmut Ziesing, Agnieszka Chrabolowska und Yochaj Nadan, S. 7-24

Beiden Gruppen fällt es gewöhnlich schwer, sich im Rahmen eines deutsch-polnischen Begegnungsseminars, in dem es um die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen gehen soll, intensiver mit den historischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu beschäftigen. Oft hört man, dass die Auseinandersetzung mit der wechselseitigen Geschichte für Gegenwart und Zukunft kaum noch Bedeutung habe, da die heutige Generation nicht mehr durch die Vergangenheit belastet sei und sich an der Zukunft orientiere. Mit den tragischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts konfrontiert, weichen die Jugendlichen diesen Themen nicht selten aus, zumal sie die Festlegung in (einstige) „Opfer“ und „Täter“ befürchten. Da sich Fragen von Schuld, Verantwortung und Scham für das eigene Volk aufdrängen könnten, möchte man sich diesen Fragestellungen verständlicherweise entziehen. Zumal – an dieser Stelle erschwerend – die Wahrnehmung durch die andere Gruppe hinzukommt und man sich weder in der tradierten Rolle des Opfers noch in der des Täters wiederfinden möchte.

Ein Ansatz, um dieser befürchteten Festlegung zu enttrinnen, besteht in einer angemessenen Relativierung des Opfer-Täter-Schemas, da es heute – viele Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg – nicht um die Zuweisung von Schuld gehen kann. Mit einer angemessenen Relativierung kommt man der eigentlichen historischen Faktizität wahrscheinlich recht nahe und verlässt den Pfad eindeutig national geprägter Geschichtsbilder- und Vorstellungen. Dies bedeutet nicht, dass man die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen neu erzählt, heißt aber, dass man die Akzente im Sinne einer stärker europäischen (universalen) Geschichtsverständnisses verschiebt. So ist zum Beispiel die Entstehung eines virulenten Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert nicht nur ein explizit deutsches oder polnisches Phänomen, sondern eine gesamteuropäische Erscheinung.

Europäische Gedächtniskulturen

In dem zusammen mit *Anne Lang* 2011 veröffentlichten Band „Der Kampf um die europäische Erinnerung“ formuliert *Claus Leggewie* in seiner Einleitung ein zentrales Postulat, das ich hier er in Gänze zitieren möchte:

*„Wir vertreten in diesem Buch die Auffassung, dass ein supranationales Europa nur dann eine tragfähige politische Identität erlangen kann, wenn die öffentliche Erörterung und wechselseitige Anerkennung strittiger Erinnerungen ebenso hoch bewertet wird wie Vertragswerke, Binnenmarkt und offene Grenzen...“*⁴⁰

Zwanzig Jahre nach Vereinigung des europäischen Kontinents – so der Autor – sollte eine echte europäische Geschichtspolitik nicht nur die Erbschaft des Holocaust aus westlicher Sicht behandeln, sondern sich auch mit der Bedeutung des Gulag-Erbes für den Westen auseinandersetzen. Zur gesamteuropäischen Zeitgeschichtsschreibung gehöre dann an zentraler Position das Gedenken an den 23. August 1939, als der Pakt zwischen *Hitler* und *Stalin* geschlossen wurde, aber auch die Benennung der Ambivalenz des 8./9. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“.

⁴⁰ Leggewie, Claus: Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt. München 2011

In seinem Desiderat gruppiert der Autor um den Kern der gesamteuropäischen Erinnerung – den Holocaust – sechs weitere konzentrische Kreise, die im Hinblick auf ihre Relevanz allerdings weiterhin umstritten bleiben. Hierbei handelt es sich um die Staatsverbrechen kommunistischer Okkupationsregimes und Parteien, die relativ gut erforschten und dokumentierten Erinnerungen an Genozide, Vertreibungen und ethnische Säuberungen sowie die heißen und kalten Kriege des 20. Jahrhunderts. Die Kreise fünf und sechs – Erinnerungen an die europäischen Kolonialverbrechen sowie die europäische Migrationsgeschichte – seien hingegen weder gut erforscht noch besonders tief im jeweils nationalen oder gesamteuropäischen öffentlichen Bewusstsein verankert. Im Unterschied hierzu seien besonders der Holocaust und die Entwicklung der europäischen Integration nach 1945 intensiv untersucht worden und in der europäischen Öffentlichkeit durchaus präsent.

Der Autor erläutert in den sich anschließenden Kapiteln den Umgang mit der Erinnerung in einzelnen europäischen Staaten und Gesellschaften und charakterisiert den Holocaust als negativen Gründungsmythos Europas. Er gibt in diesem Kontext auch zu bedenken, dass dabei quasi eine Europäisierung der deutschen Geschichtspolitik stattgefunden habe, wobei Antisemitismus und Faschismus allerdings gesamteuropäische Erscheinungen gewesen seien.

Hinsichtlich der Vertreibungen, Deportationen und „Bevölkerungstransfers“ wird konstatiert, dass sie im kollektiven gesamteuropäischen Gedächtnis am tiefsten verankert sein dürften, zumal sie in der familiären Tradierung generationenübergreifend präsent bleiben. Allerdings gebe es weiterhin eine brisant bleibende, getrennte Erinnerung, was am deutsch-polnischen Konflikt um ein Zentrum gegen Vertreibungen besonders deutlich werde. Dem Autor ist sicherlich beizustimmen, wenn er hervorhebt, dass nach den Erfahrungen mit den Jugoslawienkriegen universelle Normen und Definitionen notwendig seien. Unabhängig davon bleibt in Europa aber weiterhin umstritten, welche Vertreibungsakte als Genozid (Völkermord) einzustufen sind. In diesem Kontext diskutiert Leggewie die weiterhin kontroverse „armenische Frage“ und den sog. ukrainischen „Hungerholocaust“, den man je nach Standpunkt und Interessenlage als Geno- oder Demozid beschreiben kann.

Die europäische Kolonialisierung stellt ein weites Feld dar, das bei Leggewie Beachtung findet. Inzwischen sei der Vergleich zwischen der weiterhin singulär bleibenden Shoah und kolonialen Genoziden kein Tabu mehr, unumstritten seien auch die personellen Kontinuitäten zwischen Kolonialverbrechen und Judenmord, allerdings tue man sich mit der Erinnerung an diese europäischen Jahrhundertverbrechen schwer.

Zwar habe Europa einen ausgesprochenen Migrationshintergrund, allerdings entspreche dem weder das öffentliche Bewusstsein noch die Einwanderungs- und Integrationspolitik der einzelnen europäischen Staaten, wo Immigration noch immer als Problem- und Konfliktgeschichte wahrgenommen werde. Insofern stelle sich die Frage, ob europäische Toleranz nur ein Schönwetterphänomen sei, das mit dem Abflauen der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte verschwinden könne. Sicherlich ist Leggewie und anderen Autoren zuzustimmen, wenn sie postulieren, dass sich das kollektive Gedächtnis Europas nach 1989 als ebenso vielfältig und geteilt wie seine Nationen und

Kulturen darstelle.⁴¹ Dies kommt auch sehr deutlich in der Argumentation von *Stefan Troebst* zum Ausdruck, der davon ausgeht, dass es erinnerungskulturell eine Vierteilung in Europa gebe: Befreiung und Widerstand stünden im Westen (Frankreich) im Zentrum, in Deutschland werde sowohl der Befreiung als auch des Bombenkriegs gedacht, in Ostmitteleuropa (Polen) werden sowohl an die NS-Besatzung als auch an die kommunistische Zwangsherrschaft erinnert, während für Osteuropa (Russland) der Sieg über Hitler bestimmend bleibe. Der nationalstaatliche Bezugsrahmen von Gedenken bleibe primär, die erinnerungskulturelle Vierteilung Europas werde sich nicht auflösen, eher vertiefen.⁴²

Ausgewählte deutsch-polnische Gedächtnisorte

Im Hinblick auf diese Problematik, allerdings auf die neueste Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen reduziert, sei auf eine im Jahre 2007 im GESW in Vlotho durchgeführte Tagung mit deutschen und polnischen Multiplikatoren/innen verwiesen, in der unter dem Titel *Neuralgische Punkte in den deutsch-polnischen Beziehungen (19. u. 20. Jh.)* über die Umsetzung deutsch-polnischer Begegnungsseminare mit Jugendlichen referiert wurde.

Dabei wurde hervorgehoben, dass es bei dem präsentierten Seminar modul, das bei deutsch-polnischen Begegnungsseminaren regelmäßig eingesetzt wird, nicht darum gehe, historische Ereignisse chronologisch zu rekonstruieren, vielmehr werde auf einige wichtige neuralgische Punkte in den deutsch-polnischen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts eingegangen, um deutlich zu machen, wie sich die wechselseitig schwierigen und leidvollen Beziehungen – besonders seit dem epochalen Jahr 1989/90 – zum Besseren gewendet hätten. Den Hintergrund und Zielhorizont für diese kompakte historische Rekonstruktion stellen im Rahmen unseres Seminars dabei der europäische Einigungsprozess und die Zugehörigkeit beider Staaten zur EU dar. Es handelt sich demnach um die Präsentation und Diskussion ausgewählter deutsch-polnischer Gedächtnisorte, die elementare Bausteine eines gemeinsamen deutsch-polnischen historischen Wissens- und Erfahrungskanons darstellen sollten, die aber gleichzeitig auch Elemente einer präsidentiven gemeinsamen europäischen Gedächtniskultur – wie sie von *Leggewie* in Ansätzen entwickelt wurde – darstellen könnten. Nachfolgend eine Auswahl deutsch-polnischer Gedächtnisorte, bei denen der gesamteuropäische Horizont explizit mitberücksichtigt wird:

- *Teilungen als nationale Traumata im 19. und 20. Jahrhundert*
- *Revisionismus, Nationalismus und totalitäre Diktaturen nach 1918*
- *Antisemitismus, Holocaust und deutsche Besatzungspolitik in Polen*
- *Vertreibungen und Umsiedlungen nach 1939 und 1945*
- *Real existierender Sozialismus und gesellschaftlicher Widerstand*
- *Nachkriegsordnung, Oder-Neiße-Grenze und Kalter Krieg*
- *Versöhnung, Entspannungsprozess und deutsche Ostpolitik*

⁴¹ Leggewie, S. 42

⁴² „Europäische Gedächtniskulturen“ – Zweite Sommeruniversität der Gedenkstätte Ravensbrück. Tagungsbericht von Thomas Kunz. In: H-Soz-u-Kult (November 2006)

- *Solidarność und gesellschaftlicher Widerstand in der DDR*
- *Mauerfall und Überwindung der deutschen und europäischen Teilung*

Partnerschaft als Ziel

Partnerschaft ist ein schillernder Begriff, der für die Beschreibung der unterschiedlichsten Formen von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ins Spiel gebracht wird. In unserem Kontext handelt es sich um einen Prozess, der sich politisch und gesellschaftlich besonders auf mittlerer und unterer Ebene vollzieht. Vorrangig sind hier zivilgesellschaftliche Initiativen und Begegnungen, wie z. B. die zahlreichen deutsch-polnischen Städte- und Schulpartnerschaften, woraus sich recht häufig intensive persönliche Kontakte ergeben. Deren völkerverbindende und den Frieden unterstützende Funktion sollte deshalb deutlich gemacht und verstärkt werden. Den deutschen und polnischen Teilnehmenden wird bereits zu Beginn des Seminars vermittelt, dass sie durch ihre Beteiligung ganz aktiv zu einer besseren Verständigung zwischen Deutschen und Polen und zur Erhellung und Überwindung einer dunklen und zuweilen grausamen Vergangenheit beitragen können.

Eine so verstandene partnerschaftliche Begegnung ist weit mehr als die lange Zeit beschworene Interessengemeinschaft. Sie zielt auf das Prinzip gemeinschaftlicher Gegenseitigkeit ab. Davon sind wir aber sowohl im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen als auch hinsichtlich der Entwicklungen in der Europäischen Union, in der immer stärkere Renationalisierungsprozesse auszumachen sind und die immer stärker als krisenerschüttertes Elitenprojekt wahrgenommen wird, noch weit entfernt. Trotz großer Fortschritte in den deutsch-polnischen Beziehungen bleiben wir weiterhin fremde Nachbarn.

Insofern steht – trotz aller Widrigkeiten und Widersprüche – der Zielhorizont der gesamteuropäischen Integration für die Stärkung und Sicherung des europäischen Integrationsprozesses und bestimmt als positiv formuliertes Zukunftsprogramm den Verlauf deutsch-polnischer Begegnungsarbeit.⁴³ Eine wichtige Voraussetzung hierfür stellt dabei eine angemessene, multiperspektivische und empathische Auseinandersetzung mit deutsch-polnischen Gedächtnisorten dar, die ganz allmählich in den Kanon gemeinschaftlicher europäischer Erinnerung eingebettet werden sollten.

⁴³ Zbigniew Wilkiewicz: Neuralgische Punkte in den deutsch-polnischen Beziehungen (19. U. 20. Jh.) In: Nieke, Beate/Wilkiewicz, Zbigniew: Seminarbericht zur Multiplikatoren-tagung „Praxis und Umsetzung deutsch-polnischer Begegnungsseminare (22.-24.02. 2007)“. In: aktuelle ostinformationen 1-2 (2007), S. 73-83, S. 74-77

Elżbieta Mańczyńska

Wenn der Diener zum Herrn wird. Die Dysfunktion der Bemessung des Geschäftswerts und der Ergebnisse wirtschaftlichen Handelns

Zusammenfassung

Die Entwicklung der Kriterien der Wertbestimmung der Wirtschaftstätigkeit, vor allem die zunehmende Bedeutung außermaterieller Kriterien, begleitet von einer zunehmenden Komplexität der wirtschaftlichen Verflechtung, sind Faktoren, die bedingen, dass diese Bewertung immer stärker durch Subjektivismus und Unsicherheit beeinträchtigt wird. Dies ist die Quelle ernster und für das Wirtschaftsleben destruktiver Dysfunktionen der Wertbemessung. Demgemäß ist es notwendig, Forschungen zu intensivieren, die auf die Objektivierung der Kriterien der Wertbemessung in der Wirtschaftssphäre abzielen. Erste Versuche wurden in diesem Bereich bereits unternommen. Einer davon ist die Konzeption des *Creating Shared Value*. Obschon die Frage offenbleibt, ob und in welchem Grad die neuen Forschungsrichtungen befriedigende Ergebnisse bringen werden, so stellen sie angesichts der Dysfunktion des Wirtschaftslebens eine absolute Notwendigkeit dar.

Einführung

Wirtschaftskrisen haben neben den negativen sozioökonomischen Folgen trotz allem auch ihre positive Seite. Sie zwingen zu eingehenden kritischen Reflexionen zum Thema des Funktionierens der Wirtschaft und ihrer Bewertung. Krisen tragen auch zu einem kritischen Blick auf das Thema der Methoden und Indikatoren der Bemessung des Werts von Erzeugnissen und Dienstleistungen, der Wertbestimmung von Eigentum, nebst Immobilien bei und rufen Kritik hinsichtlich der Wertbestimmung des Geschäftswerts und der Ergebnisse wirtschaftlichen Handelns hervor. Krisen sind gewöhnlich der Anlass für Veränderungen.

Die Tiefe und Dimension der letzten globalen Krise (die m.E. noch immer nicht überwunden ist, in den Jahren 2007/2008 in den USA begann und von vielen Wirtschaftswissenschaftlern als erste Krise der Globalisierung behandelt wird) überträgt sich zwangsläufig auf die Probleme und die Skepsis, die die in der Wirtschaft erzeugten Werte betrifft. Es ergeben sich hier eine Reihe von Fragen, die in ihrer Mehrheit einen offenen Charakter haben, der keine Antwort zulässt. Dies ist so, obwohl die Problematik des Werts und des Preises seit langem Gegenstand von Forschungen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen ist. Seit Jahrhunderten wird darauf hingewiesen, dass die Kategorie des Werts komplex und nicht eindeutig ist. Gegenstand dieses Artikels sind dementsprechend ausgesuchte Symptome der Dysfunktion bei der Bemessung des Geschäftswerts, ihre Ursachen sowie mögliche, rationalisierende Veränderungen.

Die Erörterungen basieren auf Ergebnissen der Sachliteratur sowie auf empirischen Studien, die im Jahre 2004 von einem Team der SGH durchgeführt wurden. Sie beschäftigten sich mit den Gefährdungen der Wirtschaftstätigkeit, unter besonderer Berücksichtigung des Bankrotts von Betrieben. Im vorliegenden Text werden nicht die

Einzelergebnisse dieser Forschungen vorgestellt. Denn dies ist bereits in diversen Buchveröffentlichungen geschehen¹. Grundsätzliches Ziel dieses Artikels ist die Darlegung der vor dem Hintergrund dieser Forschungen entstandenen Zweifel und Reflexionen in Form offener Fragen, die die Ursachen der Dysfunktion bei der Wertbestimmung wirtschaftlichen Handelns und von Immobilien betreffen. Die Reflexionen knüpfen an die in der Literatur präsentierten Vorschläge zur Lösung dieses Problems an.

Die Wert- und Preistheorie – Entwicklung und Folgen

Die Anfänge der Wert- und Preistheorie, die Überlegung also, was den Wert gestaltet und über die Preise von Gütern entscheidet, geht bereits auf die Antike zurück. Überlegungen zu diesem Thema finden wir in den Werken großer Philosophen, zum Beispiel *Aristoteles* (384 bis 322 v. Chr.). Das grundsätzliche Werk dieser Philosophen „Die nikomachische Ethik“ beinhaltet die ethischen Grundlagen menschlichen Handelns, wobei Ausgangspunkt der Werttheorie die These ist, dass das Gute und das Glück die höchsten Werte darstellen. Zum Erreichen dieses Zustands trägt Harmonie, Mäßigung sowie tugendhaftes Handeln der Menschen bei. Heute stellt sich allerdings die Frage, warum sich die Welt der Gegenwart so weit von diesen Prinzipien entfernt hat.

In der Antike war für die Erörterung des Themas Wert charakteristisch, dass es eher einer philosophisch-ethischen als einer ökonomischen Doktrin untergeordnet wurde. Allerdings war das, was diese beiden Aspekte miteinander verbinden sollte, die Annahme, dass das Wohl des Menschen den Ausgangspunkt bilde. Obschon man die Wirtschaftsexperten nicht daran erinnern muss, dass die Ökonomie eine Sozialwissenschaft ist und deshalb dem Wohl des Menschen untergeordnet werden sollte, so fehlt es gegenwärtig nicht an Beweisen dafür, dass sich einige Strömungen der Wirtschaftslehre sehr weit von diesem Prinzip entfernt haben. Dies betrifft in erster Linie die *Mainstream-Ökonomie* und die neoliberale Doktrin. Die Ökonomie wurde hier ethisch-moralischer Erwägungen beraubt, wobei man davon ausging, dass der freie Markt diese Fragen hervorragend löse.

In der Antike wurde der Wert als ethische Kategorie betrachtet, die mit der Frage sozialer Gerechtigkeit verbunden war. Man suchte Antwort auf die Frage, was ein gerechter Preis sei. Einige Jahrhunderte später wird die Konzeption des gerechten Preises des hl. *Thomas von Aquin* (1225 bis 1274) formuliert, die auf dem Prinzip basiert, dass Gerechtigkeit nicht bedeute, jedem das Gleiche zu geben, sondern das, was ihm zusteht. Wenn der Marktpreis kein gerechter Preis ist, lohnt sich die Produktion nicht mehr. Der Kaufmann kann einen höheren Preis als die reinen Warenkosten nehmen, allerdings nur umso viel höher, wie viel er selbst an Arbeit erbracht hat. *Thomas von Aquin* mahnt, dass übertriebene Gewinne die Verbraucher schädigen und

¹ E. Maćzyńska (Hg.): *Meandry upadłości przedsiębiorstw. Klęska, czy druga szansa*, Oficyna Wyd. SGH, Warszawa 2009. E. Maćzyńska (Hg.), *Bankructwa przedsiębiorstw. Wybrane aspekty instytucjonalne*, Szkoła Główna Handlowa – Oficyna Wydawnicza, Warszawa 2008. E. Maćzyńska (Hg.), *Cykle życia i bankructwa przedsiębiorstw*, Oficyna Wydawnicza SGH, Warszawa 2010. Diese Publikationen sind Ergebnis langjähriger Forschungen, die seit dem Jahre 2004 von einem Team des Kollegiums für Unternehmensforschung an der SGH durchgeführt werden.

somit nur der äquivalente Tausch die Bedingung für gesellschaftliche Reproduktion darstelle. Gegenwärtig ist diese Denkrichtung ebenfalls marginalisiert.

Die Suche nach Beantwortung der Frage, warum moralische und die soziale Gerechtigkeit betreffende Fragestellungen gegenwärtig marginalisiert werden, führen zu den Werken des schottischen Denkers und Ökonomen *Adam Smith* und der gegenwärtig fehlerhaften, einseitigen, allerdings dominanten Interpretation seiner Werke, besonders während der letzten Jahrzehnte. Das die Jahrhunderte überdauernde Werk von *Smith: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, das im Jahre 1776 veröffentlicht wurde, formte die ökonomische Theorie und Politik Ende des XVIII und in der ersten Hälfte des XIX Jahrhunderts sowohl in England als auch auf der ganzen Welt. Bis heute beeinflusst es die Entwicklung des ökonomischen Denkens und wird als „Bibel des Liberalismus“ bezeichnet². Im Schatten bleibt hingegen ein anderes, wichtiges Werk von *Smith: Die Theorie der moralischen Gefühle*³, das die Sensibilität dieses Autors zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls belegt. In diesen beiden Werken machte *Adam Smith* das Funktionieren des Mechanismus der unsichtbaren Hand vom Gebot der sozialen Gerechtigkeit abhängig. Inzwischen dominiert die Interpretation, dass, wenn das von der „unsichtbaren Hand“ geleitete Streben nach den eigenen egoistischen Interessen sowieso zum gesellschaftlichen Wohlstand und zum „Reichtum der Völker“ führt, alles, *was uns interessieren muss und alles, was wir tun sollten – lediglich die Vergewisserung ist, dass wir in Übereinstimmung mit unseren Interessen handeln*. Auf die Interpretationsfehler hinsichtlich der Werke von *Adam Smith* wird in der Sachliteratur erst seit kurzem hingewiesen⁴. Sie wurden durch die globale Krise allerdings spektakulär offen gelegt, was auch in der Sachliteratur seinen Niederschlag findet, in der immer öfter auf die „unsichtbare Doktrin von *Adam Smith*“ hingewiesen wird⁵.

Adam Smith unterschied als erster den natürlichen vom Marktpreis und betonte, dass der erste durch langfristige Faktoren beeinflusst werde, der zweite aber durch die kurzfristige, aktuelle Marktsituation. In Übereinstimmung mit der Konzeption von *Smith* entspricht nur der natürliche Preis seinem Wert. Dagegen tendieren Marktpreise zum Wert, stimmen aber fast nie mit ihm überein, was von der heutigen Praxis bestätigt wird⁶.

Die Überlegungen von *Adam Smith* zu Preis und Wert wurden von vielen Denkern weiter entwickelt, vor allem von *David Ricardo* (1772 bis 1823), dem gemäß die Quelle des Warenwerts die Arbeit ist, aber auch von Karl Marx (1818 bis 1883)⁷.

Eine genauere Charakteristik unterschiedlicher ökonomischer Schulen und ihres Umgangs mit der Frage von Wert und Preis würde den Rahmen dieses Artikels

2 Das Werk von Adam Smith, das verkürzt auch „Wohlstand der Völker“ genannt wird, ist die erste Theorie des freien Marktes und der klassischen Ökonomie, die das Fundament des Wirtschaftsliberalismus bildet und heute noch auf zeitgenössische ökonomische Theorien einwirkt. Daher wird das Datum der Veröffentlichung dieses Werks gemeinhin als Geburtsdatum der modernen Ökonomie bezeichnet.

3 A. Smith: *Teoria uczuć moralnych*. Warszawa 1989

4 Jan Polowczyk: Elementy ekonomii behawioralnej w dziełach Adama Smitha. In: *Ekonomista* 2010, Nr 4. Stefan Zabieglik: *Adam Smith*. Warszawa 2003

5 Tomasz Kwarciański: *Niewidzialna doktryna Adama Smitha*. In: *Zeszyty Naukowe* 2005, 1 (189), S. 96-101

6 A. Smith: *Badania nad...*, Kap.7 „O naturalnej i rynkowej cenie towarów”, S. 66-76

7 H. Landreth, D.C. Colander: *Historia myśli ekonomicznej*. Wyd. II, Warszawa 2008

sprengen. Sehr verkürzt und vereinfacht lässt sich sagen, dass in Übereinstimmung mit den Theorien von *Smith*, *Ricardo* und *Marx* Werte und Preise durch die Produktionskosten determiniert werden.

Seit der zweiten Hälfte des XIX Jahrhunderts erfolgt allerdings eine Entwicklung der klassischen ökonomischen Theorie, in deren Ergebnis die subjektiv-marginalistische Strömung aus der österreichischen psychologischen Schule, die Lausanner mathematische und die neoklassische Schule entstanden sind. Dies findet auch in der Preis- und Werttheorie seinen Ausdruck, indem psychologische Aspekte berücksichtigt werden, inklusive des Verbraucherverhaltens und der Frage nach der optimalen Verbraucherzufriedenheit durch die Anpassung des Angebots an die Nachfrage und den Verbrauchergeschmack. Ein Vorreiter dieses Ansatzes war *Karl Menger* (1840-1921), ein Vertreter der ökonomischen psychologischen Schule aus Österreich. Dieser Strömung entsprechend wird der Warenwert nicht als Konsequenz der erbrachten Aufwände bestimmt, sondern als Resultat seiner Nützlichkeit, also des Grades, in dem die Ware die Erwartungen und Zufriedenheit des Kunden erfüllt, was durch die sog. Nützlichkeitskurve abgebildet wird.

Ein Kompromissversuch zwischen dem Ansatz, der die Preise mit der Gestaltung der Produktionskosten in Zusammenhang bringt, und den subjektiv-psychologischen Ansätzen, die den Preis mit der Nachfrage und extremer Nützlichkeit verbinden, war die Konzeption *Alfred Marshalls* (1842-1924), die sowohl Nachfrage- als auch Angebotsfaktoren berücksichtigte und die globale Nachfrage von Nützlichkeit und Verbrauchereinkommen abhängig machte.

Dieses neoklassische Modell, das auf der Annahme idealer Märkte basiert, dominierte die Hauptströmung der ökonomischen Theorie sehr stark, wozu unter anderem das im Jahre 1874 erarbeitete Walrassche Modell beitrug, das auf den französischen Mathematiker und Ökonomen *Léon Walras* (1834-1910), den Vater der mathematischen Ökonomie, zurückging. *Walras* war es, der die mathematische Theorie des allgemeinen Gleichgewichts formulierte.

Die Problematik des Verbraucherverhaltens und der Markteffizienz wird in der Ökonomie mit Hilfe des Modells des allgemeinen Optimums in der Wirtschaft und der Funktion des gesellschaftlichen Wohlstands abgebildet, die das Optimum des Austauschs (also eine Situation, in der es in der Wirtschaft weder Mangel noch Überschuss gibt) und das Optimum der Produktion (also eine Situation, in der alle Reserven genutzt werden und es zu keiner Vergeudung von Gütern kommt) miteinander verbindet.

Dies ist eine modellhafte, theoretische Fassung. Die Praxis weicht aber fast immer von einem solchen Modell ab. Denn ein Modell erfordert die kompromisslose Erfüllung strenger Bedingungen, u.a. die Bedingung der idealen Konkurrenz, zu der es praktisch niemals kommt.

Die globale und die Praxis einzelner Länder liefern zahlreiche Beweise für das Versagen des Marktes als eines Mechanismus, der das Optimum und den gesellschaftlichen Wohlstand gestalten soll. Die Störungen des Marktmechanismus sind u.a. eine Folge asymmetrischer Informationen, interner Effekte u. ä. Besonders deutlich stellt das *Stiglitz* in dem Buch unter dem symptomatischen Titel *Freefall. Fahrt ohne*

Sicherheitsgurte. Amerika, freie Märkte und der Niedergang der Weltwirtschaft dar, wobei er sich auf seine früheren Forschungsergebnisse beruft und gleichzeitig die Notwendigkeit einer „Reform der Ökonomie“ postuliert⁸. „Neuere Forschungsergebnisse beweisen, dass die Überzeugung, dass Märkte effektiv sind, auf keinen wissenschaftlichen Grundlagen beruht. Märkte schaffen tatsächlich Anreize, aber ihre Unzulänglichkeiten sind unübersehbar, und die Asymmetrien zwischen gesellschaftlichem Nutzen und privaten Prämien bleiben bestehen. In einigen Sektoren – wie Gesundheitsfürsorge, Versicherungen und Finanzen – sind diese Probleme größer als in anderen, also ist es selbstverständlich, dass die Regierung sich auf diese Sektoren konzentriert“⁹.

Die Fehlerhaftigkeit der neoklassischen Ökonomie und der Theorie effizienter Märkte trägt auch zur Dysfunktion bei der Bestimmung des Werts bei. Ein deutlicher Hinweis hierfür ist das Modell von *Franco Modigliani* und *Morton Miller*, Nobelpreisträgern der Volkswirtschaft (jeweils in den Jahren 1985 und 1990)¹⁰. Dazu *Stiglitz*: „Wie im Falle zahlreicher anderer neoklassischer Ideen steckt auch hierin ein Körnchen Wahrheit, denn man kann viel lernen, wenn man ihrer Argumentation folgt. Sie behaupten, dass der Wert einer Firma ausschließlich vom Wert der von ihr generierten Erstattungen abhängig ist, wobei es nicht von Bedeutung sei, ob die Firma sie mehrheitlich in Form von Schulden (indem sie die festgelegte Auszahlung ohne Rücksicht auf das Niveau der Gewinne erstattet) tätigt und mit dem Rest das Eigenkapital stärkt (*the residual going to equity*) oder dies hauptsächlich in Form von Kapital (*equity*) tut. Das ist so, als würde man meinen, dass der Wert eines Viertelliters Vollmilch exakt dem Wert der reduzierten Milch plus dem Wert des abgeschöpften Rahms entspricht. *Modigliani* und *Miller* haben das Risiko des Bankrotts und der damit verbundenen Kosten nicht berücksichtigt – und die Tatsache, dass je mehr sich eine Firma verschuldet, desto stärker die Wahrscheinlichkeit des Bankrotts zunimmt. Sie haben ebenfalls die Information vernachlässigt, die mit der Entscheidung des Eigentümers, seine Anteile zu verkaufen, verbunden ist: die Entschlossenheit, mit der ein Eigentümer diese Anteile zu einem sehr geringen Preis verkauft, sagt dem Markt gewiss etwas über die Ansicht dieses Eigentümers im Hinblick auf die Zukunftsperspektiven der Firma“¹¹.

Die subjektiv-marginalistische Richtung initiierte einen Prozess, bei dem die Kriterien der Wertbemessung von ihren materialistischen Postulaten abgelöst wurden, und zwar zugunsten nicht materieller, vor allem psychologischer Faktoren. Diese werden gegenwärtig vor allem im Rahmen der behaviouralen Ökonomie exponiert¹².

Die Dominanz der äußeren Attribute des Werts: Wenn der Diener zum Herrn wird
Mit der subjektiv-marginalistischen Strömung in der Ökonomie setzte gleichzeitig die subjektivistische Richtung der Bemessung ökonomischer Leistungen und der im

8 J. E. Stiglitz: *Freefall. Jazda bez trzymanki. Ameryka wolne rynki i tonięcie gospodarki światowej* PTE, Warszawa 2010, S. 277-317

9 J. E. Stiglitz: *Freefall*, S. 283

10 F. Modigliani, M. Miller: *The Cost of Capital, Corporation Finance and the Theory of Investment*. In: *American Economic Review*, vol. 48, no. 3 (1958), S. 261–297

11 J. Stiglitz, *Freefall*, op. cit. S. 89-173

12 *vide u.a.* G. A. Akerlof, R. J. Shiller: *Zwierzęce instynkty* (Original: *Animal Spirits*), Warszawa 2011

Wirtschaftsleben geschaffenen Werte ein. Dies gilt auch für die Bewertung von Unternehmen, was durch das bekannte Prinzip belegt wird, *dass ein Unternehmen so viel Wert ist, wie viel der potenzielle Käufer zu zahlen bereit ist.*

Die Dominanz der „Äußerlichkeit“ bei der Wertbemessung, ein dominantes Herdenverhalten, Nachahmung und die geringe Berücksichtigung „innerer“ Grundsätze ist im Übrigen für die Gegenwart charakteristisch, in der Glanz und Oberflächlichkeit Reflexion und Tiefgründigkeit verdrängen.

Gerald Allan Cohen, Professor für politische Philosophie, bezeichnet in seinem 2009 unter dem provozierenden Titel *Why not Socialism?* herausgegebenen Buch die Abhängigkeit der Wertbemessung von Arbeit und Waren ausschließlich von der subjektiven Bewertung der Interessenten – als Haupterkrankung des Kapitalismus, die dazu führe, dass das Wissenspotenzial, vor allem Reflexionen und kreative Möglichkeiten der Intellektuellen, nicht adäquat genutzt werde¹³. Dies hebt auch *Rainer Hank* in seinem teilweise ironischen Kommentar zu diesem Buch hervor: „Deshalb erhalten sogar die klügsten Philosophen unter kapitalistischen Bedingungen nicht die höchsten Bezüge (vielleicht werden deshalb auch so viele Philosophen zu Sozialisten), vielmehr bekommen sie solche Leute wie Mark Zuckerberg, der sein Studium abbrach, um sein „soziales Portal“ zu gründen¹⁴.

Das Syndrom des Subjektivismus und das Herdenverhalten hinsichtlich des Umgangs mit Wertbemessungen werden durch zahlreiche Fakten im Wirtschaftsleben belegt, und dennoch scheint die globale Krise kein ausreichendes memento darzustellen. „Die Investoren haben zuletzt (im Jahre 2011 – Anmerkung EM) im Hinblick auf alles, was mit den neuen Medien verbunden ist, total abgehoben. Seit der Blüte der Dotcoms an der Schwelle zum neuen Jahrtausend hat man nicht mehr so viele Firmenangebote gesehen, die mit modischen Begriffen wie „soziale Medien“, „Plattformen“, „Gemeinschaft“ oder „content“ um sich werfen. Facebook als deren Prototyp erwartet, dass ihm das öffentliche Angebot eine Wertbemessung von 50 Mrd Dollar bringt – mehr als das Imperium News Corp. Rupert Murdochs und fast so viel wie Boeing“¹⁵. Dies geschieht in einer Situation, in der man „mache Firma für 10 Mrd. Dollar kaufen kann. Harley-Davidson, der 108 Jahre alte, legendäre Hersteller von Motorrädern, ist nicht viel weniger wert. Die Deutsche Börse wird eine ähnliche Summe für die New Yorker Börse bezahlen. Das ist auch der Preis für Twitter, einen unrentablen, fünf Jahre alten Dienstleister von Mikroblogs, der entweder als Megastern des neuen Kommunikationszeitalters oder als mächtig aufgeblähtes Beispiel für die nächste Spekulationsblase auf dem Dotcom-Markt bezeichnet wird“¹⁶. Einerseits nimmt man dies als „Bewertungen aus dem Irrenhaus“ wahr, andererseits betont man den Informationswert und den Wirkungsgrad sozialer Portale im Hinblick auf sozioökonomische Veränderungen¹⁷.

13 G. A. Cohen: *Sozialismus. Warum nicht?* München 2010, S. 93 (Englischer Titel: *Why not Socialism?* Princeton, New Jersey 2009)

14 ibd

15 Dominic Rushee: *Is this the tort of the second dotcom bubble?* In: *The Guardian*, 11.02.2011, <http://www.guardian.co.uk/business/2011/feb/20/is-this-the-start-of-the-second-dotcom-bubble>

16 ibd

17 ibd

In der Fachliteratur fehlt es nicht an Belegen dafür, dass der Finanzsektor und sein Beitrag zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wohlstands überschätzt wird, was seinen Ausdruck sowohl in den absolut überzogenen Prämien der Manager als auch in den Erstattungen findet und auf keinen ökonomischen Grundlagen fußt. Wenn man davon ausgeht, dass die Bemessung des Werts in engem Zusammenhang mit dem Beitrag zur Mehrung des gesellschaftlichen Wohlstands stehen sollte, dann hat dieses Prinzip in der Geschäftswelt, besonders bei Finanzgeschäften, keinen Bezug zur Realität. Dazu *Jeffrey Sachs*: „Meine Studenten landeten nach der Universität direkt an der Wall Street und verdienten sofort Millionen. Ich wusste, was sie konnten, also weiß ich, dass sie dieses Geld nicht wert waren“¹⁸.

Jeffrey Sachs stellt fest: „Ich habe jahrelang nicht verstanden, welcher Mechanismus dazu führte, dass eine kleine Gruppe von Firmen an der Wall Street Milliarden verdient. Das war kein Marktmechanismus. Wenn diese Firmen eingehen wie die Fliegen, dann wird das ganz deutlich. Der Markt würde keine Milliarden für eine so schlechte Arbeit zahlen. Alan Greenspan, Rubin, Bernanke, Paulson, die aus diesem Milieu kamen, haben durch die Deregulierung diesen Wahnsinnsmechanismus befeuert. Ein besonderes Phänomen der zweiten Regierungszeit Reagans bestand darin, dass sogar nach mehreren Krisen, Spekulationsblasen und Skandalen keine selbst korrigierenden Mechanismen entstanden, die doch die größte Stärke des demokratischen Kapitalismus darstellen. Wenn die Ungleichheiten zu groß werden, sollte eine gesellschaftliche Bewegung in Erscheinung treten, die ihre Beschränkung fordert. Wenn Spekulation die Wirtschaft schädigt, sollte eine politische Macht zur Geltung kommen, die die Freiheit der Spekulanten einschränkt. Zum ersten Mal in der Geschichte Amerikas gab es nichts davon. Warum nicht? Weil die amerikanische Politik so korrumpiert ist wie nie zuvor. Noch nie ist von reichen Menschen und den großen Unternehmen so viel Geld in die Politik geflossen. Noch nie hat eine Millionen verschlingende Werbung einen so großen Einfluss auf Wahlen gehabt“¹⁹.

Der deutsche Philosoph *Peter Sloterdijk* kommt im Zusammenhang mit den Dilemmata des Wertverständnisses zu der überraschenden Schlussfolgerung, dass der echte Held unserer Zeiten *Harry Potter* sei. „Die Geschichten von Harry Potter beinhalten die Vision einer Welt, die über keine realen Grenzen verfügt. Diese eigentümliche Fabel brachte eine ganze Generation von Lesern dazu, in sich selbst den Zauberer zu entdecken. Im Übrigen bedeutet das englische Wort *potter* „Töpfer“, also einen Handwerker, der leere Gefäße herstellt. Heute glauben nur noch Versager an die Arbeit, die Übrigen betreiben Töpfermagie und bringen ihre imitierten Waren in Umlauf“²⁰. Diese bittere, ironische Feststellung verweist auf eine Bedrohung, die sich aus gestörten Proportionen und dem mangelnden Gleichgewicht zwischen Gewinn und Arbeitsaufwand ergibt. „Genau diese Disproportion hat dem Denken der letzten Jahrzehnte ihren Stempel aufgedrückt. Zahlreiche Menschen wollten der realen Welt entfliehen, in der man für wöchentlich 40 Stunden Arbeit ein nur sehr durchschnittliches

¹⁸Rozmowa Jacka Żakowskiego z prof. Jeffrey'em Sachsem. In: *Polityka*, 19. 01 2009

¹⁹ Gespräch von Jacek Żakowski mit Jeffrey Sachs, op. cit.

²⁰ Ratunek nie przyjdzie z góry. Nowe szaty świata. Rozm. Eva Karcher z Peterem Sloterdijkem. In: *Tygodnik Forum* nr 14/2009. P. Sloterdijk: Du musst dein Leben ändern. Über Anthropotechnik. Frankfurt a. M. 2009

Gehalt erzielt, während man aufgrund einiger Stunden Magie in den Kreis der Superreichen vorstoßen kann. Wir haben gefährliche Rechenarten erfunden. An die Stelle prosaischer Gleichungen trat eine wundersame Arithmetik. Das zerstört das Gefühl der Angemessenheit. Unser Verständnis des Zusammenhangs von Ursache und Wirkung wurde genauso beschädigt wie das Gefühl für Proportionen”²¹.

Dies wird auch von *Peter Solomon*, dem ehemaligen Vizevorsitzenden der Bank Lehman Brothers bestätigt, der im Herbst 2008 Bankrott machte. „In den 1960er Jahren sind wir mit der U-Bahn zu unserer Arbeit bei Lehman Brothers gefahren. Jeder hatte eine Tüte mit Butterbrot für das Lunch dabei. Der ganze Luxus der letzten Jahre – Lufttaxis, Meetings in Luxuskurorten auf der ganzen Welt, Wochenendausflüge nach Venedig, Abendessen auf Firmenkosten in den teuersten Restaurants – war unfassbar. Die Firma bewegte sich einfach in die falsche Richtung. Sie war zu einem großen, wilden Investmentfonds geworden, der sein Eigenkapital in immer riskantere Operationen investierte. Das war ein Prozess, der Jahre anhielt und sich stufenweise verstärkte. Gerade deshalb verließ ich vor einigen Jahren die Wall Street und gründete eine eigene Beratungsfirma. Ich wollte nicht länger Teil des Ganzen sein. Für mich war das wie eine Bisonherde, die dem Rande einer Schlucht zustrebt”²².

Bei der Charakteristik der Unzulänglichkeiten des Finanzsektors hebt *Peter Solomon* die ungünstige Entwicklung dieses Bereichs hervor und vergleicht seinen aktuellen Zustand mit dem vor einigen Jahren: „Die Firmen in der Wall Street verfügten damals praktisch über kein Eigenkapital, sie investierten kein eigenes Geld, sondern handelten für ihre Kunden mit Aktien. Sie waren vor allem Berater und Vermittler. Dagegen sind die Investitionsbanken in der Wall Street in den letzten Jahren zu Bergwerken des Kapitals geworden. Lehman Brothers disponierte in den 1960 Jahren vielleicht über zehn Mio. Dollar Eigenkapital. Im Jahre 2007 waren es zig Milliarden. Bis zum gegenwärtigen Krach beschäftigten sich Scharen hervorragend ausgebildeter junger Leute, die in Firmen an der Wall Street beschäftigt waren, hauptsächlich mit dem Ausdenken immer komplizierterer Finanzinstrumente und den Investitionen in ihre eigenen Firmen. Als ich die Wall Street verließ, um eine eigene Firma zu gründen, sagte ich, dass ich möchte, dass sie so wie Lehman Brothers in den 1960er Jahren aussieht – und nicht wie ihre zeitgenössische Version”²³.

Genau diese Entwicklung führt dazu, dass „der Diener zum Herrn wird”. In diesem Kontext stellt *John C. Bogle*, fest, dass *wir uns in einer Welt befinden, in der zu viele von uns fast nichts mehr produzieren*. Wir handeln nur mit Papierfetzen „indem wir untereinander Aktien und Obligationen hin- und her tauschen und unseren Finanzcroupiers riesige Vermögen auszahlen. Im Rahmen dieses Trends steigen die Kosten automatisch und zeitgleich mit der Schaffung sehr komplizierter, sekundärer Instrumente (Derivate), durch die man immense Risikoarten ins Finanzsystem eingebaut

21 lbd

22 Pracownicy wycofywali swoje inwestycje wcześniej, rozmawiał w Nowym Jorku Marcin Gadziński, Gazeta Wyborcza, 200811.03 http://gospodarka.gazeta.pl/gospodarka/1,33211,5875497,B__wiceszef_Lehman_Brothers__Pracownicy_wycofywali.html

23 B. wiceszef Lehman Brothers: Pracownicy wycofywali swoje inwestycje wcześniej rozmawiał w Nowym Jorku Marcin Gadziński, Gazeta Wyborcza, 2008-11-03

hat.“ Dies ist die Folge einer überzogenen Überfinanzierung der Wirtschaft, der Abkopplung der Finanzströme von realen Prozessen, was schon den Beginn der Krise darstellen kann²⁴. Wie *J. Bogle* konstatiert „hat sich Amerika in den letzten beiden Jahrhunderten von einer Agrar- in eine Industrie- und danach in eine Dienstleistungsgesellschaft verwandelt. Allerdings ist es gegenwärtig eine Gesellschaft, die hauptsächlich auf Finanzoperationen beruht. Diese auf Finanzen basierende Wirtschaft schmälert per definitionem die Wertschöpfung der produzierenden Unternehmen“²⁵. Obwohl *Bogle* den durch diesen Sektor erwirtschafteten Mehrwert nicht in Frage stellt, (u.a. durch die Schaffung von Arbeitsplätzen), so macht er doch gleichzeitig darauf aufmerksam, dass je mehr das Finanzsystem an sich zieht, desto weniger der Investor profitiert, der seinerseits der elementare „Nährer“ der gegenwärtig existierenden, ungewöhnlich kostenträchtigen und auf Finanzinvestitionen beruhenden „Ernährungskette“ ist. In seiner gegenwärtigen Gestalt mindert der Finanzsektor die Wertschöpfung, die durch die Gesellschaft erbracht werden könnte.²⁶

Die Dysfunktion der Wertbemessung findet auch in den Disproportionen der Zinssätze der Rückerstattungen investierten Kapitals ihren Ausdruck. Sie sind im Finanzsektor wesentlich höher, das heißt in der Sphäre seiner Bewirtschaftung, als in ihm selbst. Dies wird durch internationale Statistiken, auch polnische belegt. Ein besonders synthetischer Indikator der Rückerstattung investierten Kapitals, der Indikator ROE (return on equity), also das Verhältnis zwischen den erzielten Finanzergebnissen (Gewinne oder Verluste) zum Volumen des investierten Eigenkapitals, überstieg in den Jahren 2006 bis 2008 22% (was bedeutet, dass das investierte Eigenkapital in einem Zeitraum von etwas mehr als vier Jahren rückerstattet wurde)²⁷. Dagegen übersteigt dieser Indikator im nichtfinanziellen Sektor selten 10%. Die hohen Rückerstattungsraten im Finanzsektor bedeuten einerseits eine Belastung des nichtfinanziellen Sektors durch hohe Finanzkosten, andererseits sind sie eine Konsequenz aus der Zunahme der Bereiche des hohen Risikos im Finanzsektor, was u.a. mit der Entwicklung komplexer Instrumente zusammenhängt – finanztechnischer Innovationen, die nicht selten nicht nur für Laien, sondern auch für einen Großteil der Experten aus dem Finanzsektor weder transparent noch nachvollziehbar sind.

Als ein überaus destruktives Instrument für den Wert und seine Bemessung (das in Extremfällen zum Bankrott von Unternehmen führen kann) erweisen sich einige Optionsarten, u.a. die Option zum Aktienkauf. Dieses Instrument ist im Übrigen von seiner Natur her mit dem Risiko der Verfälschung des Unternehmenswerts behaftet. Die zulässigen Buchungsprinzipien bedingen nämlich, dass durch Optionen ein besserer Zustand der Firma suggeriert wird als er in Wirklichkeit ist. Diese Verfälschung des Firmenwerts und seiner Aktiva bedingt, dass ihr Vertrieb, der Vertrieb von Aktien – in der Terminologie *Akerlofs* – dem Verkauf von „snake oil“ (Schlangenöl) entspricht, also von etwas, das es in Wirklichkeit gar nicht gibt²⁸. So erklärt *Akerlof* u.a. auch die Ursachen der Krise auf dem Immobilienmarkt (*Die Leute glaubten, dass der Wert der*

24 Tapscott D., Williams A.: Wikinomia. O globalnej współpracy, która zmienia wszystko. Warszawa 2008

25 J. C Bogle: Kapitel I. Too Much Cost, Not Enough Value S. 29-47

26 lbd

27 Monitoring banków 2005-2010, GUS 2010, S. 139

28 G. A. Akerlof, R. J. Shiller, op. cit. S. 28

Häuser steigen würde, und deshalb kauften sie sie. Aber sie kauften nur Illusionen - snake oil)²⁹.

Die Dysfunktionen bei Bewertungen sind darüber hinaus mit Unregelmäßigkeiten bei der Bemessung des Ertrags und des Zustands von Unternehmen verbunden. In Übereinstimmung mit der Theorie der klassischen Ökonomie sind die von ihnen erzielten Gewinne das Maß für die Effizienz der Unternehmenstätigkeit, was auch den Wert des Unternehmens bestimmt. Dieses Maß kann allerdings sehr leicht der Deformation unterliegen. Dies ist ein Ergebnis der mit der fortschreitenden Deindustrialisierung verbundenen tiefer reichenden Veränderungen der Funktionsweise von Unternehmen und Kapitalismus. Das klassische Modell des Kapitalismus wird durch den Manager-Kapitalismus ersetzt, was in den Unternehmen zur Folge hat, dass das Eigentum vom Management, und damit von der Kontrolle abgekoppelt wird. Die sich der Kontrolle der Besitzer entziehende und festigende Macht der zunehmend autonom agierenden Manager trägt zu einer breiten Streuung des Aktienbesitzes bei, was u.a. für unklare Besitzstrukturen sorgt. Daher gibt es heute keine echten Kapitalisten mehr. Dies wird von zahlreichen Phänomenen der Verfälschung von Unternehmens- und Immobilienwerten begleitet, was *Stiglitz* u.a. ganz zutreffend als „Hypothekendreh“, „Innovation auf schlechtem Weg, Lawine schlechter Produkte“, „den großen amerikanischen Raub“ oder den „Triumph der Gier über die Vernunft“ bezeichnet³⁰.

„Die mit Aktienoptionen entlohnten Manager hatten alle möglichen Anreize, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Aktienwerte der von ihnen verwalteten Firmen hochzutreiben – inklusive einer kreativen Buchhaltung. Je höher der Aktienwert, desto besser ging es den Vorsitzenden. Sie wussten, je höher die Gewinne in den Berichten, desto höher die Aktienpreise, und sie wussten auch, dass es leicht ist, die Märkte zu täuschen. Eine der einfachsten Methoden, um die Gewinne in den Berichten zu steigern, war die Bilanzmanipulation: mit einer Hand wurden die potenziellen Verluste beseitigt, mit der anderen wurden Entgelte und Provisionen als Gewinne notiert. Investoren und Regulatoren waren schon zuvor gewarnt, aber sie hatten offensichtlich keine Lehren aus den vorherigen „Reinfällen“ gezogen: die kreative Buchführung stand hinter zahlreichen Skandalen aus der Periode der technologischen *dot-com-Blase* Ende der 1990er Jahre“³¹. Der Nutzen der Manager steht nämlich in einer engen Beziehung zur Gestaltung der Rentabilitätsindikatoren. Daher die Neigung, sie zu verbessern. Die Liste der hierzu dienenden Methoden der buchungstechnischen Manipulation ist lang und sicherlich nicht in Gänze zu identifizieren. Einige von ihnen befinden sich an der Grenze zur Legalität, worauf in vielen Publikationen hingewiesen wird. *Stiglitz* behandelt Aktivitäten dieses Typs als Symptom der moralischen Krise. „Es wurde viel über die Dummheit nicht rationaler, riskanter Verhaltensweisen geschrieben, die im Finanzsektor herrschen, über die Schäden, die in der Wirtschaft von Finanzinstitutionen hervorgerufen wurden und über die Haushaltsdefizite, die daraus resultieren. Zu wenig

29 Witold Gadomski: *Ekonomiści nobliści radzą o światowym kryzysie w Wenecji*. In: *Gazeta Wyborcza*, 25.11.2008 <http://wyborcza.pl/1,76842,5987031>,

[Ekonomiści_noblisci_radza_o_swiatowym_kryzysie_w_Wenecji.html](http://wyborcza.pl/1,76842,5987031)

30 J. E. Stiglitz, op. cit., S. 173 ff

31 J. E. Stiglitz: *Freefall*, S.179

hat man allerdings über das dem allem zugrunde liegende „moralische Defizit“ geschrieben, das deutlich hervortrat, und das vielleicht noch größer und noch schwerer zu korrigieren ist. Die unablässige Jagd nach Gewinnen und das Streben, sein Eigeninteresse an erster Stelle durchzusetzen, schufen keine prosperity, wie wir erhofften, sondern trugen zu moralischen Defiziten bei./.../ Möglicherweise trennte nur eine dünne Linie die kreative Buchführung vom Buchungsbetrug, aber der Finanzsektor überschritt sie eins ums andere mal, zum Beispiel vor einigen Jahren während der Skandale um World Com und Enron. Nicht immer lässt sich Inkompetenz von Betrug unterscheiden, aber es ist wenig wahrscheinlich, dass eine Firma, die ihren Nettowert auf 100 Milliarden Dollar schätzt, plötzlich unter dem Strich liegt, ohne bewußt eine betrügerische Buchführung betrieben zu haben. Es ist nicht zu glauben, dass die Initiatoren von Hypothekenkrediten und Investmentbanker nicht gewusst hätten, dass die von ihnen produzierten, gekauften und neu verpackten Produkte toxisch und giftig sind“³².

Gegenwärtig wird vor diesem Hintergrund immer stärker die Notwendigkeit exponiert, einige alte Theorien, Doktrinen, Kriterien und Prinzipien zu revidieren, die ihre Aktualität verlieren und in der veränderten und sich dynamisch weiter verändernden Wirklichkeit versagen. Kontroversen und Diskussionen zum Thema der praktischen Stimmigkeit und Umsetzbarkeit einzelner Strömungen der Theorie der Ökonomie haben spektakulär zugenommen, vor allem unter dem Einfluss der globalen Wirtschaftskrise. Diese Diskussionen nehmen den Charakter eines Ideenkriegs an, in dem sich die Ökonomen gegenseitig Fehler vorwerfen, die zu einer tiefreichenden und gefährlichen Beeinträchtigung des Gleichgewichts und zum Chaos im Weltwirtschaftssystem geführt haben³³. Die Titel der zu diesem Thema veröffentlichten Publikationen sprechen für sich. So fragt etwa der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften (2008) *Paul Krugman*: „Warum haben die Ökonomen nichts verstanden?“, und verweist u.a. auf das bedrohliche Syndrom des *casino finance, shadow banking system* sowie die damit verbundene „Rückkehr der Krisenwirtschaft“ („The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008“)³⁴. *Stiglitz* hält entschlossen an der Ansicht fest, dass die angesprochene Weltwirtschaftskrise nicht etwas ist, was sich einfach ereignet hat. Vielmehr sei sie durch die *Wall Street* geschaffen worden, u.a. durch eine doktrinäre Vorgehensweise gegenüber der Theorie der Ökonomie und die Annahme, dass die These von der Unfehlbarkeit der Märkte zutreffend sei³⁵.

In den neuesten Debatten zum Thema Wirtschaft wird nicht nur auf die wachsende Rolle einer qualitativen Analyse hingewiesen, sondern auch auf die Bedrohungen, die sich aus einer Überschätzung mathematischer Modelle und einer Unterschätzung historischer Erfahrung ergeben. *George Akerlof* und *Robert Shiller* exponieren bei ihrer Analyse der Ursachen der aktuellen Krise und der wirtschaftlichen Fehlentwicklungen

32 J. E. Stiglitz: Freefall, S. 320

33 What went wrong with economics. And how the discipline should change to avoid the mistakes of the past. *The Economist*, July 16th 2009

34 P. Krugman: *How Did Economists Get It So Wrong*, NT, September 2, 2009 sowie P. Krugman „The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008“, W.W. Norton & Co Inc 2008

35 J. E. Stiglitz, Freefall: America, Free Markets, and the Sinking of the World Economy, New York 2010, S. XIX

die negativen Folgen, die sich aus der Nichtberücksichtigung der Geschichte, einschließlich der Konsequenzen der großen Krise der Zwischenkriegszeit, ergeben³⁶. Die radikalen Veränderungen und die Ambivalenz bei ihrer Beurteilung wirken sich unweigerlich auf die Umwertung der ökonomischen Theorie aus. Paradoxe Weise haben wir es aber in einer Epoche wissenschaftsgestützter Ökonomie im Grunde genommen mit einer Ökonomie des unvollständigen, unsicheren Wissens zu tun (*Imperfect Knowledge Economics*)³⁷. Unter solchen Bedingungen ist die Wahrheit unvollständig und die Sicherheit unecht³⁸. Die Ökonomie ist eine Wissenschaft, die auf der Erforschung bestimmter Gesetzmäßigkeiten beruht. Wenn die Zeiten stürmisch sind, gibt es Probleme mit der Identifizierung dieser Gesetzmäßigkeiten. Deshalb ist in den Wirtschaftswissenschaften ein Wechsel der Verfahren notwendig. Die Modelle, inklusive der mathematischen, versagen. Sie basieren nämlich auf bestimmten Prämissen und festen Regeln, sind also unter den Bedingungen massiver Veränderungen weniger nützlich. Wie Robert Shiller betont, berücksichtigen die mathematischen Modelle, die die standardisierten Wirtschaftswissenschaften zur Erforschung, Analyse und Prognose des Marktgeschehens verwenden, nicht die Spekulationsblasen. „Die Analytiker verlieren die Orientierung, wenn die Blase ein gefährliches Ausmaß annimmt, und verlieren sich total, wenn sie platzt und eine Krise hervorruft. Ökonomen, die die sog. neoklassische Ökonomie praktizieren, können den Mechanismus von Blasen nicht verstehen, da sie davon ausgehen, dass der Markt der Ort ist, an dem rationale Spieler wissensbasierte Entscheidungen treffen und rationale Güterwerte festlegen“³⁹. Bei deren Bestimmung benötigt man aber einen holistischen Ansatz, bei dem nicht nur ökonomische, sondern auch soziale, ökologische und räumliche Fragestellungen berücksichtigt werden. Selbst die beste Wirtschaftstheorie ist ohne Berücksichtigung des sozialen Faktors, des Menschen und der Verhaltensanalyse für die Volkswirtschaft suboptimal. Der Nobelpreisträger *Edmund S. Phelps* hebt hervor, dass eine solche Herangehensweise eines der wichtigsten Merkmale der von *R. Frydman* und *M.D. Goldberg* formulierten Konzeption der *Imperfect Knowledge Economics* ist⁴⁰. Wenn die wachsende Unsicherheit und Veränderbarkeit unbestrittenes Merkmal der Gegenwart ist, dann bleibt unter diesen Bedingungen nichts anderes übrig, als den Fehler als Norm zu akzeptieren, weil dann paradoxe Weise die Chancen steigen, Fehler zu minimalisieren „Es wird nicht gelingen, eine sinnvolle Ökonomie zu schaffen, wenn man von den unvorhergesehenen menschlichen Reaktionen auf Signale, Informationen, Empfehlungen und Anreize abstrahiert“⁴¹.

36 G. Akerlof, op.cit.

37 Roman Frydman, Michael D. Goldberg: *Imperfect Knowledge Economics: Exchange Rates and Risk*, Princeton University Press 2007

38 Wie oben, S. 3

39 O wadze emocji w gospodarce z Robertem J. Shillerem amerykańskim psycho-ekonomistą, rozmawia Jacek Zakowski. In: *Polityka*, 05.07.2009

40 „Another hallmark of the imperfect knowledge view is its qualification of fixed policy rules. The necessary point is that the optimum rule is not the same from one structure of the economy to another. As with the rest of macroeconomics, the issues have to be rethought in a way that makes the ever-imperfect knowledge of market participants and policymakers an integral part of the analysis” – Zitat aus der Einleitung von Edmund S. Phelps zu dem Buch von R. Frydman und M.D. Goldberg: *Imperfect Knowledge...* op. cit., S. XIII

41 *Ekonomia niepewności. Z Romanem Frydmanem o tym, dlaczego ekonomiści wciąż się mylą*, rozmawia Jacek Zakowski. In: *Polityka. Niezależny Inteligent*, 10, 08.03.2008, S. 3

Als Reaktion auf die Veränderungen in der ökonomischen Theorie treten allmählich neue Forschungsrichtungen in Erscheinung, u.a. die interdisziplinäre Ökonomie der Komplexität, die auf der behaviouralen Ökonomie basierende Psychoökonomie oder die Ökonomie des unvollständigen Wissens. Dies kann man als Beginn der sich langsam vollziehenden Veränderungen des Paradigmas der Ökonomie betrachten. Nach *Andrzej Wojtyna* kommt das „Ferment“ in der Ökonomie und die Art, wie sie auf die ihr gemachten Vorwürfe reagiert darin zum Ausdruck, dass „einerseits vor allem mit Hilfe der behaviouralen Ökonomie eine weitgehende Rekonstruktion der Konzeption des *homo oeconomicus* erfolgt, andererseits aufgrund der Forschungen, die sich unter dem Begriff der „Ökonomie der Komplexität“ subsumieren lassen, das traditionelle Verständnis des Gleichgewichts und der Dynamik von Wirtschaftssystemen in Frage gestellt wird (...) Viel spricht dafür, dass die sich vollziehenden Veränderungen langfristig nicht nur den Gegenstand der Ökonomie revolutionieren werden, sondern auch ihre Methode. Mit der Bezeichnung der Veränderungen als revolutionär sollte man allerdings vorsichtig sein, und das nicht nur im Hinblick (...) auf den Einfluss ideologischer Faktoren oder die gewöhnliche Ignoranz der Kritiker, sondern ebenfalls wegen der beträchtlichen Anpassungsfähigkeit der Mainstream-Ökonomie. So betrachtet müssen die revolutionären Veränderungen durchaus kein Krisensymptom sein, sondern können sogar die ‚Vitalität‘ der Ökonomie belegen.“⁴².

An dieser Stelle lasse ich offen, in welchem Grade sich Dysfunktionen der Ökonomie auf die Bewertung von Unternehmen und ihres Werts auswirken. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, dass die Dysfunktionen auch die Bewertungen betreffen. Die Situation kompliziert sich im Maße der fortschreitenden Globalisierung und der aus diesen Veränderungen resultierenden Faktoren der Wertbestimmung. An Bedeutung gewinnen auch sehr rasch unsichtbare, nicht materielle Faktoren wie Wissen, Ideen und Kreativität. Dies kompliziert die Bewertung der Unternehmen sehr und betrifft auch Immobilien. Einseitige, doktrinaire Ansätze versagen in der Ökonomie.

Immer stärker erfordert die Ökonomie eine heterogene Herangehensweise und allmählich entsteht ein neuer Zweig der Ökonomie, die Ökonomie der Komplexität. Aus dem Blickwinkel einer so verstandenen Ökonomie gibt es nicht den einen, einzig richtigen Wert. Daher die gegenwärtige Intensivierung der Suche nach neuen Kriterien für die Bewertung der Wirtschaftstätigkeit. Ein Teil dieser Suche ist mit der Tatsache verbunden, dass im Ergebnis der globalen Krise die Reputation transnationaler Korporationen besonders gelitten hat, insbesondere der Finanzsektor. In diversen Unternehmensaktivitäten wird eine der Hauptursachen für die globalen ökonomischen, sozialen und ökologischen Dysfunktionen gesehen. Wie die Harvard-Professoren *Michael Porter* und *Mark Kramer* feststellen, geht man allgemein davon aus, dass die Unternehmen auf Kosten der Allgemeinheit Gewinne machen⁴³. Zusätzlich werden sie

42 A. Wojtyna, *Współczesna ekonomia-kontynuacja czy poszukiwanie nowego paradygmatu?*, w pracy zb. pod red. B. Fiedora, Z. Hockuba, *Nauki ekonomiczne wobec wyzwań współczesności*, Polskie Towarzystwo Ekonomiczne, Warszawa 2009. S.27

43 The Big Idea: Creating Shared Value. How to reinvent capitalism—and unleash a wave of innovation and growth, by Michael E. Porter and Mark R. Kramer, *Harvard Business Review*, January–February 2011 (“In recent years business increasingly has been viewed as a major cause of social, environmental, and economic problems. Companies are widely perceived to be prospering at the expense of the broader community”), S. 5

bisweilen für Unzulänglichkeiten und Aktivitäten verantwortlich gemacht, die mit Sicherheit über die Domäne der Geschäftswelt hinausgehen und durch die „oben gemachten Fehler“, generiert werden, durch Fehler der Staaten und Regierungen sowie Mängel bei den gesetzlichen Regulierungen⁴⁴. Daher die Versuche, diesem Trend durch neue Ideen und Lösungsansätze entgegenzuwirken.

Originelle Ideen werden gegenwärtig als einer der wichtigsten und nützlichsten Bestandteile der Wirtschaftstätigkeit betrachtet. Ihnen sollen die Führungsstrategien in der Geschäftswelt untergeordnet werden. Man erachtet dies als Bedingung, um das auf den Unternehmen lastende Odium der Zeit nach der Krise zu nivellieren. Im Zusammenhang damit werden in verschiedenen, auch akademischen Kreisen Versuche unternommen, innovative, in diese Richtung zielende Empfehlungen zu formulieren, besonders hinsichtlich der Suche nach neuen Maßstäben der Bewertung der Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit einzelner Unternehmen.

Dieser Entwicklung entspricht u.a. der Artikel von *Kramer* und *Porter* zum Thema ihrer Konzeption des *Creating Shared Value* (CSV) als Antithese zu der im Ergebnis (nicht nur) der Krise kompromittierten Konzeption der *Corporate Social Responsibility* (CSR)⁴⁵. Die Autoren der CSV-Konzeption versuchen eine Lösung zu finden, die es bei der Wertbestimmung erlaubt, ökonomische und soziale Fragestellungen inklusive externer Effekte (externalities) zu berücksichtigen.

Ohne an dieser Stelle näher auf diese Konzeption eingehen zu können, lässt sich feststellen, dass dies zweifellos eine notwendige Forschungsrichtung darstellt, umso mehr als soziale Fragen und externe Effekte bei der Wertbestimmung der Wirtschaftstätigkeit bisher wenig Beachtung fanden.

44 "Even worse, the more business has begun to embrace corporate responsibility, the more it has been blamed for society's failures. The legitimacy of business has fallen to levels not seen in recent history. This diminished trust in business leads political leaders to set policies that undermine competitiveness and sap economic growth. Business is caught in a vicious circle", M. Porter, op. cit. S. 5

45 "Creating shared value (CSV) should supersede corporate social responsibility (CSR) in guiding the investments of companies in their communities. CSR programs focus mostly on reputation and have only a limited connection to the business, making them hard to justify and maintain over the long run. In contrast, CSV is integral to a company's profitability and competitive position." M. Porter, Kramer, op. cit., S. 16 u. ff.

Hubert Luszczyński⁸⁹

Der politische Stellenwert von Schulpartnerschaften

Vortrag anlässlich des Seminars „Deutsch-polnische Partnerschaft? Was ist das?“ Tagung mit deutschen und polnischen MultiplikatorInnen im GESW in Vlotho (07.-09.04.2011) in Kooperation mit dem DPJW und der BpB am Freitag, dem 08.04.2011

„Brücken bauen zwischen Völkern können eben am besten nur heilige Menschen, nur solche, die eine lautere Meinung und reine Hände besitzen. Sie wollen dem Brudervolke nichts wegnehmen, weder Sprache noch Gebräuche, noch Land, noch materielle Güter; im Gegenteil: Sie bringen ihm höchst wertvolle Kulturgüter, und sie geben ihm das Wertvollste, was sie besitzen: sich selbst, und werfen damit den Samen ihrer eigenen Persönlichkeit in den fruchtbaren Boden des neuen Missionsnachbarlandes; dieser trägt dann gemäß dem Heilandswort hundertfache Früchte, und zwar Generationen hindurch.“ (Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom 18. November 1965)

Einleitung

Dass der politische Stellenwert von Angelegenheiten, die im öffentlichen Interesse stehen, in einer pluralistischen Staats- und Gesellschaftsordnung ganz unterschiedlich eingeschätzt werden, ist für diese Ordnung konstitutiv. Das gilt folglich auch für die Einschätzung des politischen Stellenwerts von Partnerschaften zwischen deutschen und polnischen Schulen. In unseren Schulen geht es aber nicht nur darum: Es geht dort immer auch um ihren pädagogischen Stellenwert, ihren Bildungs- und Erziehungswert und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft junger Menschen. Wie eng ihr pädagogischer und ihr politischer Stellenwert miteinander verbunden sind, möchte ich zeigen. Darum werde ich in meinem Vortrag bei der Behandlung des politischen Stellenwerts von Schulpartnerschaften mit praktischen Beispielen beginnen, um dann Elemente herauszuarbeiten, die ganz besonders im Einklang stehen mit jenem politischen Stellenwert, den Schulpartnerschaften zwischen deutschen und polnischen Schulen in unseren bi-nationalen und völkerrechtlichen Beziehungen einnehmen.

Ich habe darum meinen Vortrag wie folgt aufgebaut:

1. Erste Einblicke: Beziehungsblitzlichter, die Befindlichkeiten aufscheinen lassen
2. Vom Schüleraustausch zur Schulpartnerschaft nur ein kleiner Schritt?
3. *Die Bedeutung des Historischen in den Begegnungsprogrammen*
4. Der Bildungsbereich im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags von 1991
5. Schulpartnerschaften und die Grundlagen deutsch-polnischer Politik
6. Letzte Ausblicke: Entwicklungsschwerpunkte in den Schulpartnerschaften

1. Erste Einblicke: Beziehungsblitzlichter, die Befindlichkeiten aufscheinen lassen

In meiner mehr als 20jährigen Arbeit als Koordinator für interregionale Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas habe ich immer wieder Kontakte zu Koordinatoren des Schüleraustauschs in interregionalen Seminaren oder auch zu Schulleiterinnen und Schulleitern oder auch zu Schulaufsichtsbeamten, die sich in Foren treffen. Aus dieser langjährigen Arbeit gäbe es sehr viel zu berichten. Ich habe sechs Begebenheiten ausgewählt, die blitzlichtartig über Befindlichkeiten auf beiden Seiten Auskunft geben:

1. Ein polnischer Schüler schrieb in sein Tagebuch über den Schüleraustausch: „Mich erstaunten die vielen gemeinsamen Interessen der deutschen und der polnischen Jugend.“

⁸⁹ Der Autor ist Koordinator für interregionale Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit den mittel- und osteuropäischen Staaten bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Rheinland-Pfalz, Außenstelle Schulaufsicht in Koblenz

2. Ein deutscher Schulaufsichtsbeamter fragte einen Kollegen, der zwei Tage später ein Forum für deutsche und polnische Schulaufsichtsbeamte besuchte: „Meinen Sie, Sie könnten etwas von den Polen lernen?“
3. Ein polnischer Schulaufsichtsbeamter fragte seinen Kollegen, der zu eben diesem Forum nach Deutschland fuhr: „Müssen wir denn nach Deutschland fahren, damit uns die Deutschen wieder sagen, was wir Polen zu tun haben?“
4. Eine polnische Schülerin vertraute in einem Brief ihrer Deutschlehrerin eine große Enttäuschung an, als sie u. a. schrieb: „Beim Schüleraustausch fuhren wir mit den deutschen Schülern durch viele interessante Städte. Wir haben sehr viel gesehen. Einen deutschen Schüler habe ich leider nicht näher kennengelernt. Schade! Sie hatten uns das doch versprochen, Frau Professor!“
5. Am Ende eines Elternabends, an dem über den Schüleraustausch berichtet wurde, beschuldigte eine Schülerin ihren Lehrer mit den Worten: „Sie haben ja alles gut gemeint, als Sie uns 50 Jahre nach dem Überfall auf Polen auf die Geschichte der deutschen Okkupation Polens vorbereitet haben.- Ist Ihnen dabei eigentlich auch klar, dass Sie uns keine Wege zueinander öffneten, sondern versperrten? So eingeschüchtert und schuldbewusst verhielten wir uns in den ersten Tagen in den polnischen Familien.“
6. Und schließlich fragte eine polnische Schulleiterin ihre Deutschlehrerin, die seit 20 Jahren sehr engagiert und erfolgreich den Schüleraustausch organisierte; „Warum sollen wir denn in unserer Schule feiern, dass wir seit 20 Jahren einen Schüleraustausch mit einer deutschen Schule haben?“
Diese sechs Blitzlichter habe ich ganz bewusst zusammengestellt, weil in ihnen sehr subjektiv und m.E. sehr symptomatisch der persönliche Stellenwert der deutsch-polnischen Beziehungen beleuchtet wird.

Worum geht es in diesen Beziehungsblitzlichtern?

- Um Begegnungen von jungen und älteren Menschen
- Um Fragen nach ihrem Sinn und Zweck
- Um Bewertung von subjektiven Erwartungen und
- um die Beziehung zwischen historischen Kenntnissen und aktuellen Bedürfnissen junger Menschen und den Konsequenzen, die sich hieraus für die Gestaltung ihrer Beziehungen ergeben.

Welche Einschätzungen, Haltungen oder Erwartungen werden in den sechs Beispielen formuliert?

- Es gibt Interessendivergenzen zwischen Polen und Deutschen
- Polen sind rückständig. Wir können daher nicht von ihnen lernen.
- Deutsche belehren Polen noch immer.
- Polnische Schüler kommen nach Deutschland, um deutsche Schüler kennenzulernen.
- Falsche Vorbereitungen können Wege zueinander erschweren.
- Der Schüleraustausch hat für die pädagogische Arbeit an meiner Schule keine Bedeutung – auch wenn er noch so alt ist.

2. Vom „Schüleraustausch“ zur „Schulpartnerschaft“ nur ein kleiner Schritt?

Es mag sein, dass eine solche Frage aus ganz unterschiedlichen Gründen verwundert. Dabei ist ihre Beantwortung gar nicht nur semantisch von Bedeutung. Vielmehr wird ihre Beantwortung eine entscheidende Voraussetzung für eine eingehende Behandlung der Frage nach dem politischen Stellenwert von Schulpartnerschaften sein.

Manche werden sich deshalb wundern, weil die meisten unter uns Begriffe „Schüleraustausch“ und „Schulpartnerschaft“ synonym verwenden. Und ich gebe zu: Auch wir sprechen immer wieder davon, dass eine Schule bei uns schon x Jahre eine Schulpartnerschaft mit einer polnischen Schule hat. Dabei lohnt es sich, genauer hinzuschauen und wahrheitsgetreu zu beschreiben, was zu beobachten ist.

Im Großen und Ganzen stellen sich die Beziehungen zwischen einer deutschen und einer polnischen Schule so dar:

Es gibt an der deutschen Schule einen sehr engagierten Lehrer, der Jahr für Jahr Schülerinnen und Schüler zu einer Fahrt nach Polen motiviert, um sich an einer polnischen Schule mit einem ebenfalls engagierten Deutschlehrer – meist sind es Lehrerinnen - zu treffen. Dieser Deutschlehrerin ist es ihrerseits gelungen, eine ebenso große Zahl von polnischen Schülerinnen und Schülern für ein Treffen mit der von Deutschland anreisenden Gruppe zu organisieren. Dieses Treffen findet dann mit der gleichen Gruppe ein paar Monate später in Deutschland statt. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler bringen die Gäste nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit in ihren Familien unter. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk fördert diese Begegnungen mit Mitteln der deutschen Bundesregierung und der polnischen Regierung. In manchen Bundesländern bekommen die deutschen Schülerinnen und Schüler Fördermittel für die Ausreise aus Restmitteln des jeweiligen Landesjugendplanes oder – leider nur selten - aus Haushaltsmitteln, die eigens dafür eingestellt worden sind. Auch Drittmittel als Spenden oder aus dem Haushalt der Fördervereine werden nicht selten beansprucht.

Da es sich in solchen Fällen um den Besuch und Gegenbesuch von Schülerinnen und Schülern handelt, sprechen wir landläufig von einem Schüleraustausch. Und da dieser Austausch von einzelnen Lehrer/nnen durchgeführt wird und das Kollegium oder die Elternschaft nur informatorisch einbezogen wird, handelt es sich noch nicht um eine Schulpartnerschaft. Denn eine Schulpartnerschaft, also eine Partnerschaft der ganzen Schulgemeinde, gäbe es ja erst dann, wenn sich nicht nur Schülerinnen und Schüler der beiden Schulen trafen, sondern auch viele Mitglieder des Kollegiums, der Schulleitung und der Vertretungsorgane von Lehrerinnen und Lehrern sowie der Eltern und der Schülerinnen und Schüler in die Zusammenarbeit mit der jeweiligen Schule im Ausland eingebunden wären.

Damit habe ich aber zunächst einmal nur eine numerische und eine schulsoziologische Unterscheidung getroffen. Was fehlt, das betrifft eine Klärung des Schlüsselbegriffs meines Themas: Die Partnerschaft.

Wie wir sehen, ist der Schüleraustausch noch nicht alles. Wir wollen wirklich Schulpartnerschaften! Das bedeutet. Der Schüleraustausch ist in der Regel die Grundlage für eine sich entwickelnde Schulpartnerschaft. Mit ihm können die Weichen dafür gestellt sein. Wir kommen aber erst dann einen Schritt weiter, wenn wir uns über den Begriff „Schul-Partnerschaft“ verständigt haben, um zu seinem politisch relevanten Bedeutungsgehalt oder seinen Stellenwert vorzudringen. Dabei ist zu klären:

- *Was meinen wir mit „Partnerschaft“?*
- *Welche Folgen hat dieser Partnerschaftsbegriff für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Schulen und damit zwischen den jungen Menschen aus beiden Ländern?*

Was verstehen wir unter Partnerschaft?

Der Kerngedanke einer Partnerschaft ist schon recht alt. Er findet sich wieder in der Idee der Genossenschaft. Danach entsteht Partnerschaft immer dann, wenn Aufgaben oder Herausforderungen zu bewältigen sind, die ein Einzelner nicht oder nur sehr schwer bewältigen könnte. Es ist die Solidargemeinschaft der Genossinnen und Genossen.

Welche Konsequenzen und welchen Einfluss hat eine solche Definition des Begriffs für unsere Schüleraustauschprogramme und Schulpartnerschaften?

In Analogie zum Begriff der Genossenschaft kommen wir in der Schule mit der Idee der Projektarbeit weiter. Dabei handelt es sich um ein gemeinsames Vorhaben von Schülerinnen und Schülern, in dem gemeinsame Ziel verfolgt werden. Wer als Lehrerin oder Lehrer ein Projekt begleitet, ist verantwortlich für die richtigen Schritte seiner Abfolge, nicht aber für die inhaltliche Beeinflussung der Ergebnisse. Dabei spielt die Selbst- und Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler eine zentrale Rolle.

Ob im Schüleraustausch oder in einer Schulpartnerschaft: Das Allerwichtigste ist die Entdeckung des gemeinsamen Interesses an einem gemeinsamen Thema. Das Thema sollte so formuliert werden, dass alle Beteiligten den Eindruck haben, die Behandlung des Themas führe sie zu neuen Erkenntnissen. Da kann etwas Neues gemeinsam entstehen oder ein Problem gemeinsam gelöst werden (z. B. Theaterprojekt, Bachpatenschaft, gemeinsame Schülerzeitung, gemeinsamer Abschlussabend etc.)

Was die Entdeckung des gemeinsamen Interesses angeht, gelten diese Grundsätze auch für Lehrerinnen und Lehrer. So haben sich beispielsweise vor ein paar Jahren die Schulleiter von einer deutschen und einer polnischen Schule getroffen, um sich über Themen auszutauschen, die ihnen bzw. ihren Kollegien „unter den Nägeln“ brennen: So haben sie sich darauf verständigt, dass das Thema „Gewaltprävention“ ein besonders wichtiges Thema an beiden Schulen darstelle. Daraufhin beschlossen sie die Durchführung von insgesamt drei Studientagen zu diesem Thema, die zur gleichen Zeit stattfanden: Jeweils die Hälfte des Kollegiums der einen und der anderen Schule traf sich auf halber Strecke zwischen der deutschen und der polnischen Schule. Sie besprachen das Thema und erarbeiteten eine ganze Reihe von Vorschlägen zum präventiven Umgang mit Gewalt. Zur gleichen Zeit tagten mit demselben Auftrag die daheim gebliebenen Kolleginnen und Kollegen. An weiteren Studientagen und in Konferenzen tauschte man die gemachten Erfahrungen und Vorschläge aus. Auf diese Weise hatten beide Schulen einen großen pädagogischen Nutzen aus den Treffen ziehen können und sich wirklich als Partnerschulen erleben können.

Einen der wesentlichen Vorteile dieses Verfahrens sehe ich in der sozialen Erfahrung aller Gruppenmitglieder. Hier wächst die deutsche und polnische Gruppe zusammen, weil sie gemeinsam an die Arbeit gegangen und für die gesamte Gruppe ein wichtiges Produkt entstanden ist. Auf diese Weise gelingt es, durch Projekte und gemeinsame Inhalte der Kommunikation, interpersonale Kontakte durch gemeinsame Erfahrungen so herzustellen, dass nicht nur aus Fremden Freunde werden, sondern auch dass diese gemeinsamen Erfahrungen zur Grundlage jetziger und künftiger Formen der Zusammenarbeit im intergesellschaftlichen und internationalen Bereich zwischen Deutschen und Polen in Europa wird.

3. Die Bedeutung des Historischen in den Begegnungsprogrammen

Eine sehr zentrale Frage, die Lehrerinnen und Lehrer beantworten sollten, noch bevor sie sich zur Mitarbeit im Schüleraustausch oder in der Schulpartnerschaft bereit erklären, ist die Frage: „Wie entstehen Freundschaften?“ – Vielleicht ist diese Frage auf den ersten Blick zu banal, aber sie ist im Hinblick auf Geschichte, Gegenwart und Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen eine sehr wesentliche Frage. Eine der häufigsten Antworten finden wir in der Bereitschaft zweier Menschen,

ähnliche oder sogar gemeinsame Antworten auf Lebens- und Sinnfragen geben zu können. Auch ist damit die Suche nach dem Ich im Du⁹⁰ thematisiert. Wenn nun Sinn und Zweck des Schüleraustauschs in der Entstehung von Freundschaften gesehen wird, muss die Beantwortung dieser Frage Einfluss haben auf die gesamte Programmgestaltung – ganz besonders auf den Einstieg in die Begegnungsprogramme. Warum? Weil das vorrangige Bedürfnis der Schülerinnen und Schüler, die sich zu einem Austausch anmelden, darauf gerichtet ist, möglichst schnelle Freunde im Nachbarland zu finden.

Ob ein Programm von politischer Bedeutung ist, muss sich aber nicht nur ablesen lassen am Gesamtertrag einer Schülerbegegnung. Sie lässt sich und muss sich auch ablesen lassen am Grad der emotionalen Hinwendung zu einem Menschen im anderen Land. Es mag darum sehr paradox sein, wenn ich behaupte:

Der Erfolg internationaler Beziehungen ist ein Reflex auf das wirkliche und nachhaltige Gelingen interpersonaler Beziehungen zwischen fremden Menschen.

Ist erst einmal dieses Ziel erreicht, haben externe Einflüsse kaum Chancen individuelle emotionale Grundhaltungen zu beeinflussen. Wie anders lässt sich darum erklären, dass trotz des II. Weltkrieges individuelle Freundschaften zwischen Menschen aus Ländern fort dauerten, die vor dem Krieg entstanden? Oder: Wie anders lässt sich erklären, dass negative Stimmungen bei uns oder in Polen gegen das jeweilige Nachbarland immer weniger auf fruchtbaren Boden fielen?

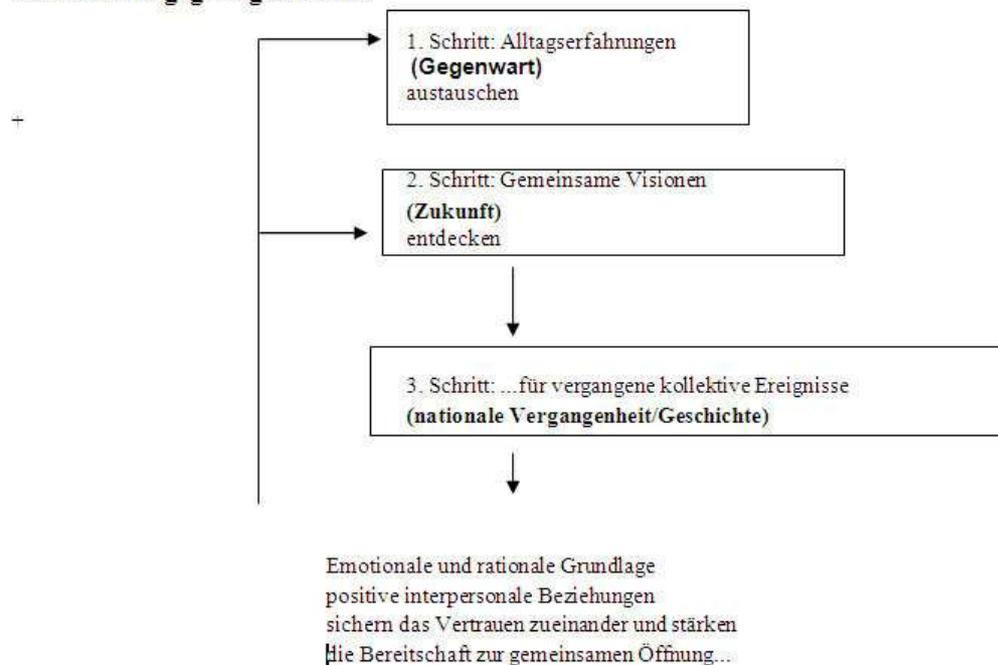
Wenn dem so ist – und meine Erfahrungen und die vieler Kolleginnen und Kollegen belegen dies – dann muss von Anfang an ein Begegnungsprogramm arrangiert werden, durch das die jungen Menschen so zusammenfinden, dass sie möglichst schon am Anfang der Begegnungen viele Gemeinsamkeiten entdecken. Der Einstieg ins Programm sollte daher nicht in der Schule oder in der Familie stattfinden, sondern durch eine Begegnung an einem dritten Ort. Wie diese Begegnung verlaufen kann, haben *Dorota Michalska-Niedenthal* und ich in mehreren Fortbildungen an Koordinatoren des Schüleraustauschs auf dem Wege der Selbsterfahrung in einem Seminar weitergegeben.²

Eine besonders wichtige didaktische Vorentscheidung liegt in Verbindung mit dem Ziel der Freundschaft durch Partnerschaft in der zeitlichen Dimension dessen, was an Themen besprochen wird. Entscheidend für das Kennenlernen werden daher private und persönliche Weltansichten und Sinnhorizonte der Schülerinnen und Schüler, die alle miteinander einen starken Gegenwarts- und Zukunftsbezug aufweisen. Erst wenn diese Grundlagen emotional und rational gelegt sind und freundschaftliche Beziehungen begonnen haben, können gemeinsame und durchaus perspektivische Inhalte aus der kollektiv-nationalen Erinnerung, der Geschichte nämlich, so angemessen behandelt werden, dass das junge Pflänzchen „Freundschaft“ keinen Schaden nimmt:

90 Vgl.: Cicero, De Amicitia, Kap. 22, S. 2: „Quid dulcius quam habere quicum omnia audeas sic loqui ut tecum? Qui esset tantus fructus in prosperis rebus, nisi haberes, qui illis aequae ac tu ipse gauderet? » - Was kann schöner sein, als irgendjemanden zu haben, mit dem du alles besprechen kannst, wie mit dir selbst? Was wäre das für ein hoher Genuss im Glück, wenn du niemanden hättest, der sich gleichsam wie du selbst darüber freut“

2 Vgl. Hubert Luszczynski, Dorota Michalska-Niedenthal, Gemeinsame Zukunftsvisionen – oder: Wie aus Fremden Freunde werden“ Ein kommunikativer Projektansatz in den deutsch-polnischen Schulpartnerschaften, in: „aktuelle ostinformationen“, 5 / 2007, S.26 ff.

Skizze der Begegnungsschritte:



Manche werden mir an dieser Stelle vielleicht eine romantisch-affektive und in Folge dessen unpolitische Didaktik der Schulpartnerschaften vorwerfen.

Ich räume ein, dass man unter streng rationalen oder gar konstruktivistischen Aspekten zu einer solchen Einschätzung kommen könnte. Wer aber allein kognitive Aspekte zur Voraussetzung für politisches Denken oder auch für bürgerschaftliches Handeln macht, übersieht das emotional-solidarische Element, die Wirkungszusammenhänge von politischem Denken und Handeln, ignoriert die Bedürfnisse junger Menschen und ordnet sie politischem Denken und Handeln zu schnelle unter. Die Objekte des politischen Diskurses können ganz unterschiedlich sein und müssen von Altersgruppe zu Altersgruppe variieren, es besteht aber der besondere Reiz darin, sie gemeinsam zu entdecken, zu problematisieren und zu Veränderungen zu kommen, die stets auch immer als politische Veränderungen zu denken sind. Darauf wird es in einer Begegnungsgruppe ebenso ankommen wie auf die hohe Identifikation mit dem Erreichten oder der Solidarisierung der Gruppe in der Auseinandersetzung mit einer wie auch immer hergestellten Öffentlichkeit. Meine Erfahrungen stimmen hier überein mit denen aller seit vielen Jahren so arbeitenden Kolleginnen und Kollegen. Sie sehen so aus: Demokratische, handlungsorientierte und partizipatorische Ansätze bei der Gestaltung des gesamten Begegnungsprogramms werden eine individuelle und gemeinschaftliche Nachhaltigkeit hervorbringen, die weit über die Zeit der Begegnungen an den Schulen hinausreicht.

Welche politischen Konsequenzen haben solche Begegnungsprogramme?

a) Individuelle Konsequenzen:

- Sie führen junge Menschen über die Zeit der Begegnung hinaus so sehr zusammen, dass hier aus Schülerbegegnungen in der Jugend zu Freundschaften im Leben werden – übrigens: auch bei den verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrern.
- Sie wecken das Interesse an den politischen und gesellschaftlichen Ereignissen im Nachbarland als einem Land der Freunde.
- Sie dienen in beiden Ländern dem besseren Verständnis für das Nachbarland und helfen bei der Deutung von Ereignissen im Nachbarland gegenüber den Menschen im eigenen Land (Stellvertreter- und Mittlerfunktion)
- Sie fördern die Bereitschaft zur Arbeit oder zur Wahl eines Studienplatzes im Nachbarland.
- Sie führen zu Solidarisierung mit den Polen in Deutschland und mit den Deutschen in Polen und haben hier eine eminent soziale und politische Wirkung.
- Sie entfalten schließlich eine moralische und solidarische Kraft, indem sie sich gegen jene Kräfte im politischen Raum wenden, die es wagen, Polen und Deutsche noch einmal aufeinander zu hetzen.

b) Kollektive Konsequenzen:

- Sie fördern in Polen die Bereitschaft zum Erwerb der deutschen Sprache und das Interesse an Deutschland insgesamt und umgekehrt.
- Sie dienen dem Zusammenwachsen Europas in Vielfalt.
- Sie fördern die Bereitschaft zur Unterstützung aller Organisationen, die die deutsch-polnische Freundschaft wirklich wollen, und erteilen denjenigen eine öffentliche und politische Absage, die Menschen unter den Primärverdacht stellen, sie seien zu deutsch- oder polenfreundlich.
- Sie setzen sich schließlich dafür ein, dass Problemstellungen und Fragen nicht mehr alleine gelöst oder beantwortet werden, sondern an einem Tisch in nachbarschaftlicher Hilfe (Schulpartnerschaften: Gemeinsame Studientage über Themen von gemeinsamem Interesse: „Common interests create common activities.“)¹

4. Erwartungen an den Bildungsbereich im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags von 1991

In den deutsch-polnischen Beziehungen befinden wir uns 1991 in einem ganz besonderen Jubiläumsjahr: Am 17. Juni dieses Jahres ist es schon 20 Jahre her, dass der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über

¹ Val.: "Partnership and cooperation among nations is not a choice; it is the one way, the only way, to protect our common security and advance our common humanity" (Barack Obama in Berlin, 24.07.2008)
"Ob Partnerschaft oder Zusammenarbeit zwischen den Nationen – dies steht nicht zur Wahl; es ist vielmehr der eine Weg, ja, der einzige Weg, unsere gemeinsame Sicherheit zu schützen und uns in unsrer gemeinsamen Mitmenschlichkeit voranzubringen." (Barack Obama in Berlin, 24.07.2008)

gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ unterzeichnet wurde. Außerdem wurde vor 220 Jahren die erste republikanische Verfassung Europas in Polen in Kraft gesetzt.

Wo liegt der umfassende politische Stellenwert dieses Vertragswerkes?

Wer sich auf die Suche macht nach dem umfassenden Stellenwert dieses Vertragswerkes im ausgehenden 20. Jahrhundert, kommt nicht umhin, eine solche Frage vor größeren historischen Zeiträumen zu beantworten. Es sind Zeiträume, die bis in die Tage der Vertragsverhandlungen das Bewusstsein der Verantwortlichen geprägt haben. Sie bildeten eine grundlegende Orientierung für das, was für die friedlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern als notwendig erachtet wurde. Es sind im Wesentlichen zwei Erfahrungen, die für die deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten 200 Jahren von zentraler Bedeutung sind: Der Verlust der Staatlichkeit und die Bedrohung der nationalen Identität Polens. Hieraus erwuchs die zentrale Frage: Wie kann durch einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zwischen nunmehr freiheitlichen und demokratischen Staaten die nationale und territoriale Integrität des polnischen Staates und damit der Frieden in Europa auf Dauer gesichert werden?

Nun ist diese eine so grundsätzliche Frage, weil sie bei der Regelung aller nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten auftauchte. Das Besondere der deutsch-polnischen Beziehung stellt sich etwas anders dar:

1. Alle drei polnischen Teilungen – besonders im preußischen Okkupationssektor – zielten letztlich nicht nur auf die Beendigung der Eigenstaatlichkeit ab, sondern auch auf die Erosion der polnischen Nation als einer katholischen Kulturgemeinschaft der polnischen Sprache. Bismarcks Polenpolitik in der preußischen Provinz Posen ist dafür ein beredtes Zeugnis.
2. Der Versailler Vertrag war nicht stark genug, um die polnische Integrität so zu festigen, dass keiner auf die Idee kommen konnte, die Wiedergeburt des polnischen Staates als ein im Grunde „unerwünschtes Ergebnis“ des Ersten Weltkrieges könne ja wohl nur von vorübergehender Dauer sein.
3. Die Erfahrungen mit dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das seinen praktischen Ausdruck in der Festlegung von Abstimmungsgebieten nach dem Ersten Weltkrieg fand, musste auf Dauer zu einem permanenten Damoklesschwert der Verunsicherung in den Grenzgebieten werden, in denen man mehrheitlich für die eine oder andere Seite votiert hatte.
4. Wie kein anderes Land in Europa wurde Polen von der Deutschen Wehrmacht unter bewusster Missachtung der Genfer Kriegsrechtskonvention beherrscht und ausgebeutet. Wie kein anderes Land litt Polen als Opfer unter den Tätern der deutschen Okkupanten. Darum war die Frage nach dem Kriege besonders virulent, wer auf beiden Seiten die entscheidende moralische Kraft sein könnte, die einen ethisch legitimierten Prozess der Versöhnung und Verständigung einleiten würde, damit Polen und Deutsche einen partnerschaftlichen Neubeginn wagen könnten.

Wo konnte man anfangen?

Der transitorische Charakter des Bonner Grundgesetzes, die noch bis 1989 herrschende deutsche Souveränität unter dem Vorbehalt der Präsenz alliierter Streitkräfte, die Idee, dass die Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1939 durch

einen Akt freier Selbstbestimmung aller Deutschen zu erzielen sei sowie jene gesellschaftlichen Kräfte in Westdeutschland, die es auf eine Revision der Potsdamer Beschlüsse angelegt hatten, förderten in den deutsch-polnischen Beziehungen weder das Vertrauen zueinander noch die Idee der Versöhnung und der Verständigung. Hinzu kam die polnisch-kommunistische Definition der Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten als einer „friedlichen Koexistenz“. Und welche Konsequenzen sich daraus bei einer Missachtung der Bündnistreue zur Sowjetunion und bei einem Nachlassen des Klassenkampfes auf internationaler Ebene ergeben könnten, belegten nicht nur der Einmarsch der Truppen Warschauer Pakts in Ungarn 1956, sondern auch in der CSSR 1968 und die Unterdrückung der polnischen Freiheitserhebung der Gewerkschaft „Solidarność“ durch das im Dezember 1981 durch General *Jaruzelski* ausgerufene Kriegsrecht. Das heißt: Eine bilaterale Diskussion, die lediglich zentrale deutsche und polnische Staatsinteressen behandelte, führte im Kern deshalb nicht weiter, da ihr eine tragfähige moralische Qualität fehlte.

Die Kirchen als öffentliche moralische Instanzen und Brückenbauer

Und diese Instanzen gab es. Auf beiden Seiten gab es solche öffentlichen moralischen Instanzen, die am ehesten dazu in der Lage waren, Brücken zwischen den Menschen zu bauen. Es waren die katholische Kirche in Polen und bei uns sowie die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD).

Auf deutscher Seite war zuerst die EKD, die im Jahre 1965 als Kernaufgabe der Politik u.a. formulierte:

„Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. Damit wird nicht gerechtfertigt, was in der Vergangenheit geschehen ist, aber das friedliche Zusammenleben beider Völker für die Zukunft ermöglicht.“²

In ihrer so genannten „Ostdenkschrift“ bemühte sich 1965 die Evangelische Kirche um eine Zukunftsperspektive für das „friedliche Zusammenleben“ von Deutschen und Polen. Der qualitative bedeutsame Schritt kam dann aber aus einer anderen Richtung – von den katholischen Bischöfen Polens am Ende des II. Vatikanischen Konzils, das vom 11. Oktober 1962 bis zum 8. Dezember 1965 in Rom stattfand.

Die polnischen Bischöfe wenden sich am 18. November 1965 in einem Hirtenbrief an ihre „deutschen Amtsbrüder“, die binnen drei Wochen darauf antworteten. Die in Polen 1966 bevorstehende Millenniumsfeier war dazu ein willkommener Anlass, Wegweiser dafür aufzustellen, „unsere beiden Völker im gegenseitigen Dialog einander noch näher zu bringen.“³

Auch die Bischöfe formulieren für die polnische Seite einen „schweren Druck eines elementaren Sicherheitsbedürfnisses“ und ein „Misstrauen“ gegenüber „seinem

² „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn.“ Eine evangelische Denkschrift. Mit einem Vorwort von Präses D. Kurt Scharf. 1965 (<http://www.ekd.de/EKD-Texte/45952.html>)

³ Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom 18. November 1965 und die Antwort der deutschen Bischöfe vom 5. Dezember 1965:

<http://enominepatris.com/deutschtum/geschichte/hirtenbrief.htm>

nächsten Nachbarn“.⁴ Und sie bitten die „katholischen Hirten des deutschen Volkes...unser christliches Millennium mitzufeiern“. Das Schreiben endet in den Worten:

*„In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Händen brüderlich erfassen, dann erst können wir mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium feiern. Wir laden Sie dazu herzlichst nach Polen ein.“*⁵

Die deutschen Bischöfe gehen auf diese erlösenden Sätze ein und antworten am Ende ihres Briefes:

*„Am Schluß Ihres Schreibens stehen die kostbaren Worte, die für unsere beiden Völker eine neue Zukunft eröffnen können: „Wir strecken unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die dargebotenen Hände. Der Gott der Friedens gewähre uns auf die Fürbitte der „regina pacis“, daß niemals wieder der Ungeist des Hasses unsere Hände trenne!“*⁶

Es ist nicht nur das ergreifende Pathos einer schlichten und klaren Sprache, das uns bis auf den heutigen Tag die Bedeutung dieses Briefwechsels vor Augen führt. Es sind die erlösenden Worte des gegenseitigen Vergebens, die aus der gegenseitigen Beschuldigung herausführen zu einem neuen Miteinander des gegenseitigen Dialogs, der in der Folge nicht ohne politische Wirkung bleiben wird. Auf diese Weise gelang es den Kirchen, zu Brückenbauern für die Menschen zu werden – auf einem Weg der dann politische über den Warschauer Vertrag mit seiner Versicherung der Unantastbarkeit der Grenzen, dem politisch-moralischen Kniefall von Bundeskanzler *Willy Brandt* vor dem Warschauer Ghettodenkmal über den Helsinki-Prozess bis hin zum ersten Treffen eines deutsche Bundeskanzlers, *Helmut Kohl*, mit dem ersten frei gewählten polnischen Ministerpräsidenten, *Tadeusz Mazowiecki*, im November 1989 führen konnte: Noch während ganz symbolträchtig die Mauer zwischen den Staaten und Blöcken in Ostberlin fällt und *Helmut Kohl* seinen Besuch in Polen unterbrechen muss, wird nach seiner Rückkehr eine „gemeinsame deutsch-polnischen Erklärung“ am 14. November 1989 unterzeichnet, die unter anderem in Punkt 5 feststellt:

*„Die Beziehungen zwischen den Menschen haben sich rascher und weiter entwickelt als die zwischen den beiden Staaten.“*⁷

Und wie später in der Präambel des Nachbarschaftsvertrages auch blickte man schon damals in der gemeinsamen Erklärung auf die Schlüsselrolle, die in diesem Prozess die junge Generation einnehmen sollte:

*„Beide Seiten sind zutiefst davon überzeugt, daß eine Schlüsselrolle für ein vertrauensvolles Miteinander beider Völker und für eine friedliche Zukunft Europas dem Engagement der jungen Generation zukommt.“ (Punkt 17)*⁸

4 Ebenda

5 lbd, S.10

6 lbd, S.14

7 „Gemeinsame deutsch-polnische...“ <http://www.berlin.polemb.net/index.php?document=328>, S. 1

8 lbd, S. 2

Wenn ich diese Entwicklung so ausführlich nachzeichne, dann deshalb, weil wir uns damit Schritt für Schritt dem nähern, was ich als die Grundlage des politischen Stellenwertes von Schulpartnerschaften beschreiben möchte:

Unter diesen moralischen, ethischen und theologischen Bedingungen beginnen die Menschen ihre persönlichen und beide Staaten ihre politischen Beziehungen in die Hand zu nehmen. Aus den vorhandenen Grenzen werden zunehmend Brücken. Diese neue Qualität der Beziehungen drückt sich sowohl in der großen Sympathie für die polnische Gewerkschaft Solidarność als auch in der Solidarität mit der im Kriegsrecht notleidenden Bevölkerung aus. Im Vorfeld des Vertrages kam es daher darauf an, dieser sehr positiven Entwicklung der menschlichen Beziehungen in vertraglicher Hinsicht auf der Grundlage der Überzeugung Dauer zu verleihen, dass nur auf diese Weise der Friede in Europa sicherer werden könne. Der Vertrag diene in erster Linie diesem Zweck.

5. Schulpartnerschaften und die Grundlagen deutsch-polnischer Politik

Aus allem ergibt sich eine Reihe von Forderungen an die Gestaltung von Schulpartnerschaften.

Auf der Grundlage der Subsidiarität wurde mit dem Nachbarschaftsvertrag das Deutsch-Polnische Jugendwerk gegründet, das ebenfalls in diesem Jahr sein 20. Jubiläum feiert.

Die vertragliche Grundlage zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Regierungen bildet der „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991, dem sich auch der Vertrag über die Errichtung eines Deutsch-Polnischen Jugendwerks anschloss. Interessant ist es, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass kein anderer Nachbarschaftsvertrag mit Ländern des ehemaligen Ostblocks so detailliert – ja, man könnte sagen, so pädagogisch – die wünschenswerten Formen des Miteinanders regelt wie der vor 20 Jahren abgeschlossene deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag.

Die für unser Thema wichtigsten Vertragspositionen lassen sich so zusammenfassen:

1. Bei der „Neugestaltung des Verhältnisses beider Länder und Völker und der Vertrauensbildung“ kommt der jungen Generation eine besondere Rolle zu (Präambel).
2. Im „Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft“ werden die Beziehungen gestaltet. Dazu dient eine „enge friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten“. Eine „dauerhafte Verständigung und Versöhnung“ ist in die Tat umzusetzen. (Art.1)
3. Es geht um die Notwendigkeit einer „erheblichen Erweiterung der...schulischen Zusammenarbeit“, um die Förderung und den weiteren Ausbau der direkten Zusammenarbeit und um den Austausch zwischen Schulen, „...und zwar...den Austausch von Schülern, Studenten, Lehrern durch gemeinsame Vorhaben.“ (Art. 26)

4. Zwischenmenschliche Kontakte sind eine „unerlässliche Voraussetzung“ für Verständigung und Versöhnung beider Völker; dazu gehört die Förderung „umfassender persönlicher Begegnungen zwischen ihren Bürgern.“ (Art. 29)

Um die politische Bedeutung dieser Zielsetzungen für Deutschland und Polen zu verstehen, muss man sich die Vertragsstruktur vor Augen halten:

Wie haben es beim deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag mit einem völkerrechtlichen Vertragswerk von jeweils nationaler Bedeutung zu tun. D.h., sowohl der Nachbarschaftsvertrag als auch der Vertrag über die Errichtung des DPJW sind völkerrechtlich verbindliche Verträge zwischen souveränen Zentralregierungen, obgleich sich ihre Bindungswirkung innenpolitisch ganz unterschiedlich gestalten – besonders in seiner Bindungswirkung für das Schulwesen in Polen und Deutschland:

D.h.: Während das zentralstaatliche Bildungsministerium in Warschau bei der Umsetzung und Ausgestaltung des Nachbarschaftsvertrages und des Vertrages über die Errichtung des Jugendwerks die entscheidende Verantwortung hat, ist die Frage der Intensität und des Ausmaßes der Umsetzung der Verträge, sofern es die Schulen betrifft, bei uns in erster Linie eine Sache der Bildungsminister und -senatoren der 16 Bundesländer und Stadtstaaten.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der Förderung „umfassender persönlicher Begegnungen“ zwischen Bürgern beider Länder. Anders formuliert: Wer berät und wer koordiniert den Schüleraustausch als sehr zentrales Element der persönlichen Begegnungen in Polen und in Deutschland?

Auch hier gibt es Unterschiede: Während in Polen das DPJW die Aufgabe der Beratung und Förderung des Schüleraustauschs in ganz Polen innehat, finden sich in den 16 deutschen Bundesländern Maximal- und Minimallösungen der Beratung und Förderung. Im Großen und Ganzen kann man feststellen, dass eine Beratung und Förderung nur in wenigen Bundesländern institutionalisiert stattfindet. In den meisten Ländern sind die Schulen – vor allem die dort tätigen Koordinatoren des Schüleraustauschs – auf sich gestellt.

Das politische Kernproblem, das sich hier mit Blick auf die Vertragstreue zeigt, sieht folgendermaßen aus:

Mit dem Abschluss des Vertrages über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ hat der Bund das Seine getan und zugleich den Ländern in Wahrnehmung ihres hoheitlichen Bildungsauftrags die nähere Ausgestaltung des Vertrags in allen Bereichen, die das Schulwesen betreffen, überlassen. Anders formuliert: Die nationale Verantwortung für die Einlösung der Erwartungen, Zusagen und Verbindlichkeiten des völkerrechtlichen Vertrags mit Polen wird „föderalisiert“, indem sie im Bildungsbereich auf die Länder und Stadtstaaten übergeht. Dort wird es

aber trotz der Verpflichtung der Länder zur Bundestreue mit ganz unterschiedlicher Intensität betrieben.

Sollte sich dies nicht ändern, wird der Bund zur Wahrung seines Ansehens gegenüber Polen mehr denn je die Länder so beeinflussen und mehr denn je finanziell unterstützen müssen, dass sie künftig im Bildungsbereich den Forderungen des Vertrages deutlich besser als bisher gerecht werden, um ihm sowohl dem Geist als auch den Buchstaben nach maßgeblich mit Leben zu erfüllen und damit auch und vor allem im Bildungsbereich – und das heißt immer auch in den Schulen – zur Geltung zu bringen.

6. Letzte Ausblicke: Entwicklungsschwerpunkte in den Schulpartnerschaften

Fasst man die Anforderungen an Schulpartnerschaften zusammen, dann lässt sich im Moment Folgendes feststellen:

- Der Schüleraustausch ist ein integraler Bestandteil von Schulpartnerschaften. Die Idee der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft wird überall dort lebendig, wo Schülerinnen und Schüler – durch ihre Lehrerinnen und Lehrer angeleitet – Gemeinsamkeiten entdecken und die damit verbundenen Ideen, Interessen oder Probleme in gemeinsamen Projekten bearbeiten. Auf diese Weise wirken sie als Partner zusammen und kommen sich als Menschen näher. Die Chancen, dass auf diese Weise aus Fremden Freunde werden, sind groß. Dass so entstandene Freundschaften oft über lange Zeit anhalten, belegen eindrucksvoll viele gute Beispiele.
- Schüleraustauschmaßnahmen sind die Graswurzeln für die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Lehrkräften, Schulleitern und Eltern. Dem Beispiel der Schülerinnen und Schülern folgend, werden gemeinsame Ideen geboren aus dem praktischen Erfahrungsaustausch über alle möglichen Felder pädagogischer Arbeit. Gemeinsame Europäische Projekte entstehen hieraus ebenso wie gemeinsame Studientage oder sogar Konferenzen.
- Nicht anders funktioniert die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Schulbehörden: Mitglieder der Schulbehörden haben mit den Schulleiterinnen und Schulleitern die Aufgabe, den zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen jungen Menschen finanziell und ideell zu fördern. Zur ideellen Förderung gehört u.a. die Nutzung der Zeit, um auf die übergreifende Bedeutung der Zusammenarbeit für die deutsch-polnischen Beziehungen hinzuweisen, den Sinn aufzuzeigen für den künftigen persönlichen und politischen Nutzen im Rahmen einer europäischen Wirtschafts- und Sozialordnung oder der Berufswelt.
- Eine ganz wichtige politische Funktion haben alle Formen der Zusammenarbeit. Sobald die Partner fest zusammenstehen, sobald Freundschaften sich entwickeln konnten, wächst das menschliche, gesellschaftliche und politische Interesse am Leben des Freundes im Nachbarland und es entwickelt sich aus der Interessengemeinschaft eine Verantwortungsgemeinschaft für ein Leben in guter Nachbarschaft und Freundschaft. Wer diese Entwicklung verinnerlicht hat, wird dafür sorgen, dass nicht nur der deutsch-polnische Vertrag nach Geist und Buchstaben eingehalten wird,

sondern wird all jenen in die Arme fallen, die bewusst neue Unruhe zwischen Deutschen und Polen provozieren wollen.

- Umso wichtiger ist es, dass alle Treffen wirklich gelingen. Die Beispiele, die ich als Einblicke, an den Anfang stellen, zeigen Probleme auf, die real existieren und über die wir immer wieder sprechen müssen, weil den Kern des Scheiterns von Beziehungen in sich tragen.

In allem steckt eine große pädagogische und politische Führungsverantwortung für die weitere erfolgreiche Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen. Wie ich gezeigt habe, können staatliche Institutionen durch eigene Formen der Zusammenarbeit sehr wesentlich dazu beitragen. Sie haben daher eine sehr zentrale Verantwortung für die fördernde Unterstützung zivilgesellschaftlicher Begegnungen und Partnerschaften. Nur wo sie durch vielfältige Förderangebote im Sinne der Ziele des deutsch-polnischen Vertrages lebendig bleiben, werden Menschen aus Deutschland und Polen die Chance der Begegnung nutzen, damit auch in Zukunft aus Nachbarn Partner und aus Partnern Freunde in Europa werden – in einem Europa des Friedens, der Freiheit und der Solidarität.

Die „Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit: Nachbarn und Partner 20 Jahre gute Nachbarschaft“ vom 21. Juni 2011 bekräftigt diesen Gedanken, wenn beide Seiten zu dem Schluss kommen:

„Wir bekräftigen die besondere Bedeutung der deutsch-polnischen Partnerschaft. Wir wollen uns gemeinsam für das Wohl der Bürger Deutschlands und Polens sowie ganz Europas einsetzen.“⁹

⁹ http://www.deutschland-polen.diplo.de/Vertretung/deutschland-polen/de/___pr/Artikel/2011/110622-Erkl_C3_A4rung-Artikel.html

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

Sachbericht zur Tagung „Die Integration von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland“ Seminar mit Angehörigen der kurdischen Volksgruppe aus Syrien vom 16. bis 17. April 2011

In unserem Wochenendseminar haben wir uns intensiv mit der Lage von Migranten und gezielt mit der relativ großen Volksgruppe der syrischen Kurden in der Bundesrepublik



Deutschland und im benachbarten europäischen Ausland beschäftigt. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit Kollegen aus dem Kulturhaus e. V. Bad Salzflun statt, die Teilnehmenden kamen aus der ganzen Bundesrepublik und aus dem benachbarten Ausland.

Im Mittelpunkt des Seminars standen Fragen der aktuellen Situation von Migranten in Deutschland und in der EU sowie in ihren Herkunftsländern.

Dabei ging es um eine kritische Bewertung der deutschen und europäischen Migrations- und Integrationspolitik. Aber auch um die intensive Darstellung und Diskussion jener integrativen

Programme und Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Lage von Menschen mit Migrationshintergrund führen sollen. Aufgrund der aktuellen revolutionären Situation in den arabischen Staaten Nordafrikas wurde intensiv über die Lage in Syrien berichtet und diskutiert.

Samstag, 16. April

Nach der Begrüßung der TN und der Vorstellung des Hauses referierte *Dr. Zbigniew Wilkiewicz* über Aspekte des Umgangs mit Fremden in Deutschland und in Europa. Der Referent gab einen historischen Überblick über die relevanten Migrationsbewegungen des 19. und 20. Jahrhundert und erläuterte ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge, mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands (Preußen und Peuplierung, Ruhrzuwanderung, Optanten nach dem I. Weltkrieg, nationale Minderheiten in der Zwischenkriegszeit, Zwangsumsiedlungen im 3. Reich und danach: Zwangsarbeiter, Fremdarbeiter, Gastarbeiter, Aussiedler, Asylbewerber).

Wilkiewicz charakterisierte die für jeden Zeitraum typischen Einstellungen der staatlichen Verwaltungen und der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaften (Europäischer Imperialismus und Rassismus, Ausbeutung von Zwangsarbeitern und Arbeitsmigranten im 3. Reich, Zuwanderung der Gastarbeiter aus rein ökonomischen Motiven ohne Integrationsanspruch, Integrationsanspruch der Aussiedler, Problematik der Asylpolitik und einer adäquaten, zeitgemäßen Integration von Fremden in den modernen europäischen Gesellschaften (Integration als wechselseitiger Prozess).

Die TN erarbeiteten dann Desiderate zu zentralen Begriffen wie Identität, Migration, Nation und Integration. Die einzelnen Aussagen wurden festgehalten und in einem ersten Schritt gemeinsam ausgewertet. Es ergab sich ein recht vielfältiges Bild:

Identität:

Ich; Kultur und Folklore; Erkennen ohne Identität nicht möglich; Definition der Persönlichkeit; Identität nicht identisch mit Pass oder Ausweis; Authentische Zugehörigkeit zum Geburtsland; Existenz.

Diskussion: Sind multiple (nationale) Identitäten möglich, sind sie vielleicht sogar die Norm und was folgt daraus? (z.B. ein syrischer Kurde mit deutschem/schwedischen Pass)

Migration:

Innere und äußere; Wechsel des Ortes und der Kultur; Zwangsumsiedlung, Vertreibung, Zerstreung und Ungewissheit; Wenn du kein Land (eigenes) hast, dann musst du wandern; Flucht vor Unterdrückung, Unfreiheit und Korruption in Länder, wo es bessere Bedingungen gibt; Migration als weltweites Phänomen; Erzwungene Migration und Arbeitsmigration; Flucht vor Trockenheit in fruchtbare Gegenden, Landflucht; Flucht wegen politischer Unterdrückung; Freiwillige und erzwungene Wanderung;

Diskussion: Wie steht es mit Rückkehroptionen, gibt es Rückkehrphantasien, ist der Entschluss der (politischen) Migration reversibel? (Unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Kurden in Syrien!)

Nation:

Nation ist ewig; Kultur, Bildung, Herkunft; Nation(alismus) als Schutz der Gemeinschaft, Schutz von Sitten, Bräuchen und Kultur; Völker gehören zu bestimmten Nationen, die Nation ist die Spitze der gesellschaftlichen Pyramide; Heimat als Ort einer Gruppe von Menschen; Die Nation (Syrien!) bedeutet für die kurdische Sprache und ihre Dialekte die Vernichtung; Zugehörigkeit, Leben, Freiheit, Wärme; Arabische Gemeinschaft und Identität;

Diskussion: Gibt es eine kurdische Nation, unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen Verteilung der Kurden

Integration:

Kulturelle Bereicherung; Vereinheitlichung, die kulturell in erster Linie auf dem Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes beruht; Kontaktpflege, Erlernen der Sprache der neuen Gesellschaft; ein langwieriger Prozess, für den man mindestens fünf Jahre benötigt; Schwer zu sagen, wer an der schwierigen Situation schuld ist, die Migranten oder die Mehrheitsgesellschaft; Voraussetzung für Integration ist Akzeptanz in Politik, Ökonomie, Sozialem und Kulturellen; Für Integration braucht man gezielte Programme: Information und Aufklärung, Akzeptanz auf beiden Seiten, keine Assimilation; Gleiche Rechte und Pflichten wie eingewanderte Bürger, Gleichberechtigung in Würde; Kulturelle Vielfalt;

Diskussion: Integration versus Assimilation. Wie weit sollte Integration gehen, wo beginnt eine nicht erwünschte Form der Assimilation?

Sonntag, 17. April

Norbert Scherpe, Integrationsbeauftragter der Stadt Minden, referierte vormittags über die Schwerpunkte und Rahmenbedingungen deutscher Integrationspolitik. Mit Hilfe

eines Rollenspiels, bei dem es um den Erziehungsanspruch ausländischer Eltern und den des Einwanderungslandes ging, wurde deutlich gemacht, dass Integration nur als wechselseitiger Prozess umgesetzt werden könne und im Widerspruch zu einer totalen Anpassung der Minderheit (Assimilation) stehe.

Es entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion, bei der es in erster Linie um die weiterhin sedimentierten Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft, die geringen Aufstiegschancen (Soziale Situation und Bildungsversagen) der Zugewanderten sowie den nichtexistenten oder nur unzulänglichen muttersprachlichen Unterricht für Kinder mit Migrationshintergrund ging.

Der Referent betonte, dass erfolgreiche Integration sich nur einstellen könne, wenn es ein Verhältnis auf Augenhöhe gebe, und wenn man sich gegenseitig entsprechend wertschätze. Er erläuterte zahlreiche Beispiele aus seiner praktischen Arbeit mit deutschen Behörden und ausländischen Einwanderern.

Die TN glichen im Anschluss hieran ihre Desiderate mit den Ausführungen *Scherpes* ab und formulierten einen aus ihrer Sicht wünschenswerten Katalog:

Besseres gegenseitiges Kennenlernen

Landeskundliche Angebote zu Syrien und dem arabischen Raum

Interkulturelle Trainings für Einheimische und Eingewanderte, möglichst gemeinsam

Abbau bzw. Relativierung von Vorurteilen durch organisiertes persönliches Kennenlernen

Mehr Empathie bei deutschen Behörden für die Traumata von jugendlichen Kriegsoptionen und Flüchtlingen

Keine ethnischen oder religiösen Zuschreibungen bei der Analyse sozialer Probleme (Sarrazin-Debatte in Deutschland)

Verbesserte Chance der Teilhabe für junge Migranten unter besonderer Berücksichtigung muttersprachlichen Unterrichts

Intensivere sprachliche Betreuung von Einwanderern (siehe Dänemark und Niederlande)
Sonntag

Am Nachmittag gab *Abdil Resho* einen Überblick über die (revolutionäre) Situation in den arabischen Staaten: Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien. Er unterstrich, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung in Syrien davon ausgehe, dass das Assad-Regime nicht reformierbar sei. Der Diktator habe elf Jahre Zeit für Reformen gehabt, geschehen sei aber nichts, da man den alten Apparat beibehalten habe. Auch sei die Position der regierenden Baath-Partei unerschüttert geblieben.

Gleichzeitig werde die politische Opposition – wie eh und je – unterdrückt. Man müsse davon ausgehen, dass er weiterhin zwischen 8.000 und 10.000 politische Gefangene gebe. Folterungen, auch der sog. „deutsche Stuhl“, seien an der Tagesordnung.

Mittlerweile fordere die arabische und die kurdische Opposition gemeinsam die Absetzung Assads, die Änderung der syrischen Verfassung (besonders des Paragraphen 8, in dem die Führungsrolle der Baath-Partei postuliert wird), die Aufhebung des seit 1963 geltenden Ausnahmezustands sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Seine Ausführungen wurden durch die aktuellen Berichte einzelner Teilnehmenden ergänzt, die auch die Reaktion in jenen Staaten referierten, in denen sie derzeit leben.

Danach wurden Arbeitsgruppen gebildet:

AG 1 Rolle der neuen Medien bei den revolutionären Entwicklungen (Internetrecherche, Kommentare und Vergleiche mit globalen Entwicklungen)

Bei der Präsentation wurde auf die eminent wichtige Rolle der neuen Medien, von Facebook und anderer sozialer Medien verwiesen. Es wurden zahlreiche Beispiele der Vernetzung und Mobilisierung der Oppositionellen aufgezeigt. Anscheinend hat es in Syrien die Übernahme ägyptischer Erfahrungen gegeben.

AG 2 Ablauf und Formen des Protests (Internet, aktuelle Texte in arabischer und kurdischer Sprache)

Es wurde bei der Präsentation hervorgehoben, dass der Protest in Südsyrien (Deraa) eingesetzt habe, sich aber dann über Banjas bis hin zum kurdisch bewohnten Kamischli ausbreitete.

In ganz Syrien wurden die großen *Assad-Denkmäler zerstört*, in Homs habe sich die Bevölkerung auf einem großen Platz (wie auf dem Tahrir-Platz in Kairo) versammelt und wollte den Platz nicht eher räumen, bis der Diktator aufgibt.

Wichtig sei, dass die Proteste *friedlich* verlaufen. Die angeblichen Gewaltakte seien vom syrischen Geheimdienst provoziert worden.

Inzwischen gebe es eine intensive Kooperation von arabischen und kurdischen Oppositionellen, was bislang niemals der Fall gewesen sei. In der Ablehnung des Assad-Regimes sei man sich einig. Deutlich werde dies an der *Erklärung von Damaskus*, die von arabischen und kurdischen Parteien unterzeichnet worden sei.

AG 3 Haltung des Regimes und Lage der Bevölkerung (Internet, persönliche Berichte von Familienangehörigen)

Dargestellt wurde, dass unter der Bevölkerung neben der Hoffnung auch Angst herrsche, da man damit rechnen müsse, dass Assad – ähnlich wie Gaddafi – einen Bürgerkrieg gegen das eigene Volk führen könnte. Der Diktator geriere sich als Garant der Stabilität, der eine Machtübernahme durch radikale Moslems verhindere. Damit ist/war ihm die Unterstützung des Westens sicher. Assad schüre im Westen die Angst vor einem Bürgerkrieg in Syrien, wenn er die Macht aufgebe.

Desiderate aus den Diskussionen

Das Seminar war zu einem Zeitpunkt geplant worden, als sich die Erhebungen in den arabischen Staaten noch nicht abzeichneten. Aufgrund der Aktualität und der Betroffenheit der TN stand das politische und militärische Geschehen in Syrien im Mittelpunkt der Diskussionen. Demgemäß tauschten sich die TN noch lange nach den eigentlichen Seminarmodulen miteinander aus. Bemerkenswert war, dass sie alle für eine friedliche, politische Lösung der Konflikte aussprachen und jegliche Gewaltanwendung verwarfen.

Gleichzeitig war man sich einig, dass die arabischen Revolutionen mit ihrem Streben nach Demokratisierung viel stärker vom Westen und der EU unterstützt werden müssten. Man zeigte wenig Verständnis für die Zurückhaltung der EU, insbesondere der Bundesrepublik. In diesem Kontext wurde häufig danach gefragt, inwiefern es der Westen(EU) mit der Durchsetzung von Menschenrechten ernst meine.

Ebenso wurden im Kontext mit Hilfen und Integrationsfragen die Behandlung der Flüchtlinge aus Nordafrika und die Politiken Italiens und Frankreichs kritisch in Frage gestellt.

Zbigniew Wilkiewicz

**Deutsch-polnische Partnerschaft? Was ist das?
Tagung mit deutschen und polnischen Multiplikator/innen
im GESW in Vlotho
(7.bis 9. April 2011) in Kooperation mit dem DPJW und der
BpB**



Die Tagung richtete sich an deutsche und polnische Multiplikator/innen, die auf verschiedenen Ebenen in deutsch-polnischen Zusammenhängen arbeiten, aber auch an interessierte Personen aus Polen und Deutschland.

Tagungssprache war Deutsch, bei Bedarf wurde konsekutiv ins Polnische übersetzt. Angesichts immer wieder aufbrechender Spannungen auf nationaler Ebene und

kontroverser Positionen in der EU ging es in diesem Seminar um die Beurteilung des aktuellen Stellenwerts der deutsch-polnischen Partnerschaft.

Inhalte und Methoden

Donnerstag

Nach der Vorstellung des GESW, des Seminarprogramms und der Vorstellungsrunde, bei der die Teilnehmenden (TN) aus Deutschland und Polen ihre Erwartungen formulierten, wurden den TN Vortragstexte in deutscher und polnischer Sprache ausgehändigt, so dass sie nicht mitschreiben mussten und sich ganz auf Vortrag und Diskussion konzentrieren konnten.

Der Seminarleiter, *Dr. Zbigniew Wilkiewicz*, hatte als Einführung einen Kurzbeitrag in deutscher und polnischer Sprache vorbereitet, in der er auf die Asymmetrien zwischen älteren und jüngeren EU-Mitgliedern einging und danach fragte, was unter solchen Bedingungen die Voraussetzungen für eine Partnerschaft auf Augenhöhe seien. Er resümierte, dass angesichts der Wirtschafts- und Sinnkrise des Westens und angesichts der Herausforderung durch fundamentalistische und extremistische Gruppierungen und Parteien in Ost und West der politischen Bildung eine wichtige Rolle zukomme. Besonders auch im internationalen Kontext, denn in der EU sei seit Jahren eine starke Renationalisierung spürbar, die die fundamentalen Grundsätze der EU – Solidarität und Subsidiarität – auf eine harte Probe stelle. *Wilkiewicz* erläuterte alsdann aus seiner Sicht die Voraussetzungen für eine gelungene partnerschaftliche politische Bildung innerhalb der EU, besonders zwischen den älteren und den neueren EU-Staaten. Er forderte die TN auf, sich während des gesamten Seminars mit seinem Desiderat auseinanderzusetzen, ohne sofort in die Diskussion einzusteigen.

Dr. Kamila Mazurek aus Krakau stellte in ihrem Grundsatzreferat die neuralgischen Punkte in den deutsch-polnischen Beziehungen zwischen 1989 und 2010 dar und erläuterte ihre Entstehungsgeschichte. In erster Linie hob sie drauf ab, dass sich die

deutsch-polnische Interessengemeinschaft spätestens seit 2000 aufgelöst habe, als die Interessen beider Staaten stark zu divergieren begannen (Beziehungen zwischen der EU und den USA, Irak-Krieg, Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen, Auseinandersetzung um den Rahmen des Lissabon-Vertrags, antideutsche Politik der Gebrüder *Kaczyński*, unterschiedliche Vorstellungen von einer europäischen Energiepolitik). Nach dem Ausgang der Sejmwahlen von 2007 sei es dann aber zu einer entschiedenen Beruhigung der beiderseitigen Beziehungen gekommen. Diese seien ohnehin zivilgesellschaftlich wesentlich besser und intensiver als auf offizieller politischer Ebene. Im Hinblick auf eine auch in Zukunft besser funktionierende Partnerschaft rief sie beiden Seiten allerdings zu größerer Offenheit auf. Hierzu könne eine Intensivierung der gegenseitigen Kontakte und Projekte auf allen Ebenen beitragen. Sie gelte es zu verstärken.

Herr *Jacek Jeremicz* aus Gorzów griff diese Thematik konkret auf und berichtete über die zahlreichen deutsch-polnischen Projekte im Oder-Raum, deren übergeordnetes Ziel es sei, auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene zwischen deutschen und polnischen Partnern eine für alle Beteiligten spürbare win-win-situation zu schaffen, bei der es keine Verlierer geben dürfe. Hierbei gehe es vor allem um die Wiederherstellung des alten Wirtschaftsraumes Berlin-Poznań, um den Ausbau der Infrastruktur (Bahn und Straße), die Ansiedlung von Betrieben beiderseits der Oder, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Abbau von bürokratischen Hemmnissen. Partnerschaft könne am effektivsten durch den Aufbau einer regional funktionierenden, übernationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit verwirklicht werden, was ebenfalls durch den Fachkräfteaustausch flankiert werden müsse. Freitag

In einer ersten Einheit erfolgte die Diskussion und Auswertung des am Freitagnachmittag gehaltenen Vortrags von *Dr. Kamila Mazurek*. Anhand einer Kartenabfrage wurden die wichtigsten neuralgischen Punkte in den deutsch-polnischen Beziehungen aus Sicht der TN diskutiert und mit den Inhalten wissenschaftlicher Expertisen und Statistiken verglichen. Es wurde deutlich, dass wir es weiterhin mit starken Vorurteilen auf deutscher und polnischer Seite zu tun haben. Dies ist wohl ein Ergebnis der erheblich belasteten Beziehungen zwischen 2005 und 2007 sowie eine Konsequenz aus der Weltwirtschaftskrise und der Krise der EU. In diesem Kontext bleibt auch abzuwarten, wie die deutsche Gesellschaft im Mai 2011 auf die endgültige Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für polnische Arbeitnehmer/innen reagieren werde.

Danach referierte *Hubert Luszczyński* über den politischen Stellenwert deutsch-polnischer Schulpartnerschaften, wobei er einen historischen Abriss der deutsch-polnischen Vertragswerke aus den Jahren 1990 und 1991 voranstellte und dann am Beispiel einzelner Paragraphen den einzigartigen pädagogischen Anspruch im Hinblick auf die Aussöhnung zwischen beiden Völkern und Gesellschaften erläuterte. Der Referent hob dann auf die notwendigen inhaltlichen, didaktischen und finanziellen Rahmenbedingungen für das Gelingen deutsch-polnischer Partnerschaftsprojekte ab. Dem Vortrag, der allen TN in Schriftform ausgehändigt wurde, schloss sich eine intensive, vom Seminarleiter moderierte Diskussion an, in der die Frage im Mittelpunkt stand, welchen Stellenwert die Auseinandersetzung mit der unterschiedlichen

historischen Erinnerung und den verschiedenen Gedenkorten von Polen und Deutsche habe. Hier wurden sehr unterschiedliche Optionen in Erwägung gezogen, die von intensiver Beschäftigung (Gedenkstättenfahrten) bis hin zu bewussten Ausklammerung historischer Fragestellungen (Auschwitzbesuch oder nicht?) reichten.

Frau *Monika Mrówczyńska*, langjährige freie Mitarbeiterin des DPJW in Warschau, behandelte das Thema interkultureller Bildung (IB) in deutsch-polnischen Begegnungsseminaren. Zunächst wurde eine Übung durchgeführt, bei der die Relativität von Zeit- Orts- und Wertedimensionen verdeutlicht wurde. Es wurde konstatiert, dass IB gerade auf die Wahrung und Reflexion von Unterschieden abhebe. Das Verstehen interkultureller Kontexte basiere dabei auf kognitivem, emotionalem und behaviouralem (sozialem) Lernen. Reflexion sei dabei als die Phase zu verstehen, in der es möglich sein müsse, Emotionales zu reduzieren. Dies sei eine Voraussetzung dafür, dass man voneinander lernen könne.

Zum Lernen wurde auf die bekannte Formel „hear, sea, talk and do“ abgehoben, wobei die höchste Effizienz (90%) im Zusammenwirken aller vier Elemente liege. Die Referentin erläuterte in diesem Zusammenhang die Theorien von *Geert Hofstede* (Machtdistanz, Unsicherheitsvermeidung, Individualismus, Gender sowie zeitliche Orientierung) sowie die Ansätze von *Edward* und *Mildred Hall* (Territorialität, Monochromie, Polychromie). Die TN erhielten entsprechende Materialien in deutscher und polnischer Sprache.

Es folgte eine lebhaft Diskussions, in der es immer wieder um die Frage ging, wie man Fremdheit überwinden könne, ohne dabei eigene Positionen aufgeben zu müssen.

Samstag

Frau *Mrówczyńska* referierte über den historischen und politischen Stellenwert des DPJW und wies darauf hin, dass im Jahre 2011 das zwanzigjährige Jubiläum dieser einzigartigen deutsch-polnischen Institution anstehe. Sie erläuterte den partnerschaftlichen Ansatz und Aufbau der Institution, führte Statistiken über den Anteil der einzelnen Bundesländer bei den Austauschmaßnahmen an und informierte über die Modalitäten der Bezuschussung von deutsch-polnischen Jugend- und Erwachsenenprojekten aus dem Bereich der historischen und politischen Bildung. Deutlich aufgezeigt wurde die gravierende Asymmetrie, die sich aus der föderalen Struktur Deutschlands und dem eher zentralistischen Staatsaufbau Polens ergibt.

Seminarauswertung

Die TN waren sehr an einem gegenseitigen Kennenlernen, Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer interessiert. Im Vordergrund stand die Frage nach der Effizienz und Nachhaltigkeit partnerschaftlicher Projekte. Auch wurde viel über die organisatorischen, finanziellen und Rahmenbedingungen und Ressourcen gelungener Partnerarbeit diskutiert.

Die Auswertung ergab eine hohe Zufriedenheit mit dem Seminarangebot und den Dienstleistungen des Hauses. Von den TN wurde angeregt, die Reihe gemischtnationaler Seminare fortzusetzen.

Zbigniew Wilkiewicz

Deutsch-polnischen Partnerschaftsbörse im GESW

Die deutsch-polnischen Partnerschaftsbörse für deutsche und polnische Lehrer/innen fand wie geplant vom 14. bis 17. September 2001 im GESW in Vlotho statt. Sie war im Vorfeld über mehrere Monate zusammen mit dem Warschauer Büro des DPJW (Herr *Malte Koppe*, Frau *Monika Mrówczyńska*) geplant worden. Die Kooperation vor Ort erfolgte in erster Linie mit Frau *Mrówczyńska* aus Warschau, die als freie Mitarbeiterin seit elf Jahren für das DPJW arbeitet. Sie sorgte für die Sprachanimation und bot den Teilnehmenden während des Seminars immer wieder kurze interkulturelle Einheiten an. Um es vorwegzunehmen: den Höhepunkt stellte dabei sicherlich die am Freitagnachmittag in gemischten Gruppen erfolgreich durchgeführte und erprobte Konstruktion von fünf Eierflugmaschinen mit entsprechender Auswertung dar. Da dabei alle der Schwerkraft ausgesetzten Eier heil blieben, kann man davon ausgehen, dass die angedachten polnisch-deutschen Projekte auf einen guten Weg gebracht wurden und sich umsetzen lassen. Diese Übung zur deutsch-polnischen Teamfähigkeit machte darüber hinaus klar, welcher Schlüsselqualifikationen es bedarf, um im deutsch-polnischen Umfeld erfolgreich zu kooperieren.

In Absprache mit dem Seminarleiter (SL) hatte sich Frau *Mrówczyńska* im Vorfeld der Tagung auch um die Akquise der polnischen Teilnehmerinnen gekümmert. Die deutschen Teilnehmenden wurden mittels einer breit angelegten Ausschreibung, bei der mehrere hundert Schulen in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und im Norden der Republik angeschrieben wurden und mit zusätzlicher Unterstützung des Warschauer Büros des DPJW vom GESW geworben. Die Tagungsinhalte und -bedingungen wurden in polnischer und deutscher Sprache ins Internet gestellt. Deshalb kam es wohl auch zur Teilnahme mehrerer Lehrer/innen aus Rheinland-Pfalz, die über das Netz von der Tagung erfahren und die relativ weite Reise nach Vlotho auf sich genommen hatten. Unabhängig davon hatte der SL den bei der Bezirksregierung in Koblenz zuständigen Koordinator für den deutsch-polnischen Schüler/innenaustausch frühzeitig informiert und um Unterstützung gebeten. Dem SL war von Beginn an klar, dass es schwierig werden würde, das angepeilte Ziel von 15 deutschen Schulen zu erreichen. Herr *Malte Koppe* und Frau *Mrówczyńska* wurden vom SL deshalb über den Stand der Werbung auf dem Laufenden gehalten. Das Anmeldeverfahren lief auf deutscher Seite zunächst recht zäh an. Kurz vor und nach der vorgesehenen Deadline meldeten sich dann aber so viele deutsche Lehrer/innen an, dass einige Kolleginnen auf die Warteliste gesetzt werden mussten.

Da das GESW bei der Vergabe von EZ nur über eine Gesamtkapazität von dreißig Zimmern verfügt, wurde die ursprüngliche Planung schließlich auf jeweils 14 TN abgesenkt, da die restlichen Zimmer für die beiden Simultanübersetzerinnen, Frau *Mrówczyńska* und Herrn *Koppe* vom DPJW, der erst am Freitag morgen zur Tagung hinzustoßen konnte, bereit gestellt werden mussten. Leider sagten zwei deutsche Lehrerinnen einen Tag vor Seminarbeginn aus „organisatorischen Gründen“ ab, sodass die angepeilte Parität 14:14 nicht eingehalten werden konnte. Letztlich waren es dann

vierzehn polnische Lehrerinnen und zwölf deutsche Lehrer/innen, die hochmotiviert anreisten.

Der SL setzte am Mittwochnachmittag als Einstieg die Methode des Paarinterviews ein und verband dies mit einem ersten inhaltlichen Teil. Die Teilnehmenden aus Deutschland und Polen interviewten sich gegenseitig, wobei ihnen in einer Handreichung erläutert wurde, was erfragt werden sollte. Neben persönlichen und beruflichen Fragen (Familie, Hobbys) ging es in erster Linie darum, mit der Tagung verbundene Erwartungen und Befürchtungen zu formulieren. Darüber hinaus erhielt jedes Pärchen die Aufgabe, von den im Treppenhaus des GESW hängenden Karikaturen jeweils eine auszusuchen und sie gemeinsam zu kommentieren. Zeitgleich wurde den TN eine Handreichung ausgeteilt, in der die interkulturelle Arbeit mit Karikaturen – so wie sie im GESW seit vielen Jahren erfolgt – beschrieben und erläutert wird. Dies geschah quasi in Vorbereitung auf eine AG, die sich am nächsten Tage mit dem Thema „Behandlung von Vorurteilen und Klischees im Rahmen deutsch-polnischer Jugendseminare“ beschäftigen sollte. Die Ergebnisse waren bemerkenswert und bestätigten die alte Erfahrung, dass die gleiche, gleichsam eindeutig scheinende Abbildung sehr unterschiedliche Kommentare hervorrufen kann. Die Kommentare sorgten für eine erste Erwähnung aktueller Entwicklungen in Deutschland und Polen, wobei Unterschiede und Gemeinsamkeiten akzentuiert wurden (Wirtschaft, Umwelt, Familie, Rollenverständnis von Mann und Frau). Diese erste Einheit sowie die folgende Sprachanimation, bei der es vor allem darum ging, die deutschen TN an die polnische Sprache heranzuführen, sorgte für ein erstes gegenseitiges Kennenlernen, Vertrauensbildung und eine hervorragende, heitere Gesamtstimmung. Dies kam auch dadurch zum Ausdruck, dass während des fakultativ angesetzten gemeinsamen Abends im Klubraum des GESW fast alle TN versammelt waren und sich intensiv austauschten. Hier bahnten sich bereits die ersten potenziellen Partnerschaften, („Verlobungen“ und „Heiraten“) an.

Der Donnerstagvormittag stand –nach einer kurzen Präsentation der Arbeit des DPJW, die mit der Vorführung des Films „Geschichte eines Kusses“ eingeleitet wurde, ganz im Zeichen der Vorstellung der beteiligten deutschen und polnischen Schulen. Die meisten polnischen Lehrerinnen hatten aufwändig und ästhetisch schön gestaltete Schulprofile sowie Informationen über ihre Städte und Regionen mitgebracht. Die deutschen Lehrer/innen hatten in der Regel auf das Internet gesetzt, in dem ihre Schulen entsprechend repräsentiert sind. Nach kurzer Abstimmung im Plenum entschied man sich für die Präsentationsform der Ausstellung, um langatmige Vorträge im Plenum – immerhin handelte es sich um 26 Schulen – zu vermeiden. Die deutschen Lehrer/innen erstellten nunmehr anhand einiger, gemeinsam abgestimmter Kriterien schlüssige Kurzpräsentationen ihrer Schulen, darüber hinaus hatten die deutschen und polnischen TN die Gelegenheit, sich im Computerraum die Auftritte und Profile der einzelnen Schulen näher anzuschauen. Diese Methode, die die TN zu erheblicher Selbstaktivierung aufforderte, erwies sich als erfolgreich, denn die Zahl der Absichtserklärungen hinsichtlich einer Partnerschaft nahm nach Abschluss dieser Einheit erheblich zu.

Am Nachmittag stellte der SL die Leitziele, das Selbstverständnis und die Didaktik deutsch-polnischer, im GESW durchgeführter Begegnungsseminare mittels einer Power-Point-Präsentation vor und berichtete von den sehr unterschiedlichen Erfahrungen, die in diesem Zusammenhang im Laufe der letzten 15 Jahre im GESW gesammelt wurden. Erwartungen verschiedener Zielgruppen, deutsch-polnische Asymmetrien und Unterschiede bei Schüler/innen und Lehrenden, eine entsprechende Passung des Angebots, Formen der Auswertung und Evaluierung der Seminare standen dabei im Vordergrund dieser ersten kurzen Inputs. Dann wurden die Lehrer/innen in die Rolle von Schüler/innen „zurückversetzt“ und erhielten die Aufgabe, sich in bi-nationalen Workshops mit folgenden Themen auseinanderzusetzen:

Deutsche und polnische Gedächtnisorte (mit entsprechender Handreichung „Multiperspektivisch und empathisch erinnern“)

Deutsche und polnische Vorurteile und Klischees in Karikaturen

Werte jugendlicher Polen und Deutscher (mit entsprechendem Vorschlag zur qualitativen und quantitativen Auswertung dieser Einheit)

Zukunftswerkstatt: Polen, Deutschland und Europa im Jahre 2030 (mit entsprechenden möglichen Fragen oder Themen)

Die Präsentation und Auswertung dieser Einheit, die am Freitagmorgen erfolgte, verdeutlichte, dass sich die Erwachsenen – ähnlich wie die Jugendlichen – aus Polen und Deutschland mit den historischen Themen und der Problematik der Klischees zunächst sehr schwer tun. Die adäquate, angemessene Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert fällt nicht nur deshalb schwer, weil es sich in der Regel um sehr unangenehme, belastende Sachverhalte und Entwicklungen handelt, sondern auch deshalb, weil es im bi-nationalen Kontext bisher noch keine überzeugende beziehungsgeschichtliche Didaktik gibt, die zwischen den beiden unterschiedlichen nationalen Geschichtscodes erfolgreich vermitteln würde. Hinzu kommen sowohl bei Erwachsenen wie auch bei Jugendlichen Hemmungen und Ängste, historische Ereignisse in Anwesenheit der Partner und Nachkommen der einstigen Gegner offen zu benennen. In dieser Hinsicht gibt es also noch viel zu tun – und hier ist neben entsprechendem Sachwissen sicherlich auch ein großes Maß an Empathie gefragt. Viel offener gingen die polnischen und deutschen TN hingegen mit der Werte- und Zukunftsproblematik um, die sehr engagierte Diskussionsprozesse in Gang setzte.

Am Freitag und am Samstagvormittag informierte *Malte Koppe* vom Warschauer Büro des DPJW die TN in kompakten, teilnehmerzentrierten Einheiten über die Fördermöglichkeiten- und die Förderpraxis des DPJW. Entsprechende Fragestellungen wurden gebündelt und beantwortet, ganze Fragenkomplexe in Arbeitsgruppen vorbereitet und gemeinsam abgearbeitet. In den Seminarpausen und am Freitagabend stand Herr *Koppe* zudem für Einzelgespräche und – Projektberatung zur Verfügung. Da es sich mit einer einzigen Ausnahme um TN handelte, die bisher noch keine Förderanträge gestellt hatten, gab es eine Menge Fragen zu beantworten, zögerliche potenzielle Partner zu ermuntern und zu motivieren.

Zudem wurde allgemein auf Möglichkeiten der Akquise weiterer Mittel hingewiesen (Städtepartnerschaften und Partnerschaftsvereine, Deutsch-polnische Gesellschaften, private Sponsoren, interessierte Unternehmen und Sparkassen...)

Die mündlich und schriftlich durchgeführten Auswertungen der Tagung ergaben eine hohe Zufriedenheit der TN mit den Seminarinhalten, den angewandten Methoden, den Seminarleitern sowie den Dienstleistungen des GESW. Dies gilt auch für die Einheit, bei der es um den Medieneinsatz bei Jugendseminaren (Blogs, Email-Twinning...) ging und bei dem, wegen Erkrankung des vorgesehenen Referenten, sehr kurzfristig umdisponiert werden musste. Besonders positiv hervorgehoben wurden die Sprachanimation, die Offenheit, die Flexibilität und das Engagement der Seminarleiter und der Teilnehmenden. Positiv bewertet wurden die Unterbringung und Verpflegung sowie die im GESW herrschende Atmosphäre. Bedauert wurde - vor allem von einigen polnischen TN -, dass keine gemeinsame Exkursion in der Region (Bielefeld, Hameln) durchgeführt werden konnte.

Zum Gelingen der Tagung trugen ganz entscheidend die beiden Simultandolmetscherinnen, Frau *Joanna Kopka* und Frau *Iwona Łatwińska* bei, bei denen sich der Seminarleiter an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bedanken möchte. Dies gilt auch und ganz besonders für die hervorragende Unterstützung bei der am Donnerstagabend im Klubraum durchgeführten Lesung, bei der der SL ein Fragment aus seinen Ende August 2011 unter dem Titel „Heimatloser Ausländer“ erschienenen Buch in deutscher Sprache vortrug. Wie er mit einem Ohr mithören konnte, war die Simultanübersetzung ausgezeichnet. Da sich an diesem Abend zudem noch herausstellte, dass eine der Teilnehmenden ursprünglich aus Kaiserslautern stammt und dort die gleiche Volksschule besuchte wie der SL, kam es über die eigentliche - biografisch unterlegte und dokumentierte - Spiegelung deutsch-polnischer Kinderschicksale zu Beginn der 1960er Jahre, im ostwestfälischen Vlotho zusätzlich zu einer sehr unerwarteten und anrührenden Begegnung zweier Ex-Pfälzer aus Lautern. Wie der Zufall so spielt!

*Michael Wiersing-Sudau*¹

Bauen im Bestand: Kirgistan* Eindrücke am Rande der Parlamentswahlen im Oktober 2010

April 2010: Demonstration vor dem Sitz des Präsidenten in Bischkek, 86 Tote. Juni 2010: Ethnisch gefärbte Unruhen im Süden des Landes, mindestens 1000 Tote.

Kirgistan: Keine Republik der ehemaligen Sowjetunion hat in den vergangenen Jahren dermaßen viele Opfer zu beklagen gehabt wie der Staat in Zentralasien. Weder der Krieg 2008 zwischen Georgien und der Russischen Föderation, noch die Niederschlagung des Aufstandes in Usbekistan 2005, die anhaltenden Konfrontationen in Tschetschenien, Aserbaidshan und Armenien haben so kurz hintereinander innerhalb eines oder nur weniger Tage so viele Tote gefordert.

Für den internationalen Wahlbeobachter, der im Auftrag des Auswärtigen Amtes für die Unterabteilung ODIHR der OSZE im Land ist, stellt die Unvereinbarkeit der Ereignisse im Frühjahr und die erwartungsvolle, aber friedliche Stimmung im Lande weniger als ein halbes Jahr später immer wieder eine gedankliche Herausforderung dar. Es ist das achte Mal, dass seit 1998 von einer kirgisischen Regierung zu einer Wahlbeobachtung eingeladen wurde. 264 Beobachter aus 31 OSZE-Staaten nehmen daran teil, nachdem der Einsatz von Beobachtern anlässlich der Volksabstimmung im Juli 2010 noch kurzfristig aus Sicherheitsgründen abgesagt worden war. Doch auch bei diesen Parlamentswahlen ist gegenüber anderen Wahlbeobachtungen der Einsatz der internationalen Freiwilligen in den Regionen um einen Tag gekürzt worden, müssen alle Beobachter auf Geheiß der Organisatoren Visumsanträge für Tadschikistan oder Kasachstan ausfüllen, um im Notfall legal einreisen zu können.

Der Wahltag beginnt für die Beobachter noch vor der Öffnung der Wahllokale. Die fast ambitiös zu nennende Organisation der Wahl zahlt sich zunächst aus. Die Tatsache, dass alle an dieser Wahl teilnehmenden 29 Parteien einer Frauen- und Minderheitenquote zugestimmt haben und die maximale Anzahl von Sitzen für Staatsdiener und für die Parteien begrenzt wird, ist ebenso wie die Benennung überwiegend neuer Mitglieder der lokalen Wahlkommissionen bemerkenswert. Als hoch problematisch stellt sich die allorts praktizierte, verspätete Aufnahme von Wahlberechtigten heraus, die landesweit bis zu 200.000 zusätzliche Stimmen ausmacht. Zum Teil handelt es sich um Menschen, die während der Ausschreitungen im Juni innerhalb Kirgisistans vertrieben wurden und noch keinen neuen, gemeldeten Wohnsitz haben. Ein nationales Wählerverzeichnis gibt es in Kirgisistan nicht, nur lokal existieren Aufstellungen. Auch werden Abwesenheit

¹ Michael Wiersing-Sudau absolvierte seinen Zivildienst in Marseille und St. Petersburg und studierte Internationale Beziehungen und Kunst in Großbritannien und Russland. Über lange Jahre beschäftigte er sich mit den Andenstaaten Südamerikas und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Er arbeitet als freier Autor und beschäftigt sich u.a. mit der Frage nach dem zukünftigen Platz von Staaten des nahen Ostens und Zentralasiens im gemeinsamen europäischen Haus.
M.Wiersing@gmx.net

vom Heimatort bei Studenten oder Hochzeiten als Gründe genannt, die es den Betroffenen nicht möglich gemacht hätten, sich rechtzeitig anzumelden. Erklärungen, die etwas vage sind, aber nicht die Wahlen selbst vor Ort in Mitleidenschaft ziehen.

Das reine Auszählen der Stimmen in den einzelnen Wahllokalen läuft überwiegend korrekt ab, anschließend herrscht jedoch vielerorts völliges Chaos in den Kreiswahlämtern. Ein korrekter Verlauf des Annahmeprozesses der Stimmen aus den Dörfern wird nicht beobachtet, die Mitarbeiter der Stellen scheinen zum Teil nicht zu wissen, worin ihre Arbeit besteht. Da das Ausfüllen des Abschlussprotokolls über die Stimmverteilung in den einzelnen Wahllokalen wiederholt Schwierigkeiten bereitet, korrigieren betroffene Mitglieder der Wahlkommissionen aus den Kommunen ihre Angaben häufig kurzerhand auf dem Flur der Annahmestelle. Der Vertrauenskredit, den die lokalen Wahllokale erworben haben, geht aufgrund des Durcheinanders im Kreiswahlamt verloren.

Ein zwiespältiger Eindruck, den diese Wahl bei den Beobachtern hinterlässt.

Das oben beschriebene Bild ähnelt dem vieler internationaler Wahlbeobachtungen. Als Ergebnis der beschriebenen Parlamentswahlen steht Kirgisistan immerhin als erste und einzige parlamentarische Demokratie in Zentralasien da. Dies sollte man trotz aller nach wie vor bestehenden Probleme respektieren. Für den Soziologen und Kulturwissenschaftler stellt sich jedoch die Frage, was die Wahl in einer bevölkerungsmäßig kleinen, ehemaligen Sowjetrepublik darüber hinaus bedeutet, vor welchem spezifisch sozialen Hintergrund sie stattfindet, und welche Rolle die nationale Kultur dabei spielt.

Der Umgang mit dem sowjetischen Erbe fällt zunächst auf sprachlicher Ebene auf. Erstens bei der kirgisischen Übersetzerin, die bei der Wahl für ein Beobachterteam der OSZE arbeitet und meint, dass es ihr nach wie vor schwer falle, Texte in ihrer Muttersprache zu lesen und dass sie es leichter fände, sich auf Russisch zu artikulieren. Zweitens die Konfrontation mit den Büchereien in den schulischen Wahllokalen, die den Kindern Kirgisisch auch als Sprache von Kunst und Literatur näher bringen sollen, aber so unterfinanziert sind, dass die russischsprachige Dominanz in den Medien noch jahrzehntelang unverändert bestehen bleiben wird. Eine Bibliothekarin erzählt, dass sie von ihrem Gehalt – monatlich weniger als 50 Euro – auf eigene Kosten ein paar Zeitungen auf Kirgisisch abonniert hat, damit die Kinder aktuelle Veröffentlichungen zu Gesicht bekommen. Als Drittes die Begegnung mit einer Englischlehrerin in einem dörflichen Wahllokal, die dort das Tor zur großen weiten Welt personifiziert, deren Kommunikationsfähigkeit aber trotz allem so rudimentär ist, dass sie sich bei allem Wollen nicht mit den Wahlbeobachtern auf Englisch unterhalten kann.

Dorfschulen an einem Ende der Skala, das nationale Geschichtsmuseum in der Hauptstadt Bischkek am anderen; hier die Masse des Bildungsbetriebs, dort das bedeutendste nationale Museum, das laut Definition auch ein Zentrum der Forschung sein soll. Der Abstand zwischen beiden Polen stellt sich als weitaus kleiner heraus, als

man annehmen dürfte. Die chronische Unterfinanzierung hat Grundschulausbildung und Einrichtungen der Spitzenkultur sich annähern lassen.

Das Geschichtsmuseum in Bischkek wurde als Filiale des Moskauer Leninmuseums 1984 mit dem Ziel erbaut, auf zwei Etagen die Geschichte der Oktoberrevolution von 1917 sowie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion darzustellen. Den zweiten Teil hat man nach Erlangung der Unabhängigkeit komplett durch eine Ausstellung zur Kultur Kirgisistans ersetzt. Die erste Etage hingegen bleibt jedoch nach wie vor durch eine, mit allen Mitteln der Kunst prachtvoll ausgestaltete Darstellung der Ereignisse des bolschewistischen Putsches vom Herbst 1917 komplett belegt. Verändert worden ist die Ausstellung seit ihrer Fertigstellung vor mehr als 25 Jahren inhaltlich nicht mehr. An keiner Stelle tauchen kritische Bemerkungen über erfundene oder tatsächliche historische Ereignisse auf, die Tausende Kilometer von Kirgisistan entfernt in St. Petersburg stattfanden. Gruppen von Schüler/innen und Studierenden werden täglich durch diese Ausstellung geführt. Sie fände es traurig, erzählt die Museumsführerin, wenn die Kinder heute nicht einmal mehr wüssten, wer Lenin war.

In Bischkek passiert dabei das, was man überall in Museen der ehemaligen Sowjetunion - allerdings vorwiegend außerhalb der Hauptstädte - beobachten kann: Das aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten und aus Unsicherheit hinsichtlich der korrekten politisch-wissenschaftlichen Einordnung die alten Ausstellungen, die die Sowjetunion uneingeschränkt bejubeln und überwiegend ein historisch unvollständiges Bild darstellen, unverändert stehen bleiben und die Besucher über zwanzig Jahre nach dem Untergang der UdSSR eine wahrhaft historische Ausstellung vorgesetzt bekommen, die längst hinter dem aktuellen Stand der historischen Forschung zurückfällt. Was bleibt dem Museum in Bischkek aber sonst auch übrig? Die Ausgestaltung der Ausstellung des Jahres 1917 mit imposanten, künstlerisch wertvollen Hochreliefs inklusive einer sakral anmutenden Ausmalung der Decken mit romantischen Revolutionsgemälden ist für ihre Verhältnisse wohl einmalig und sucht ihresgleichen in den Republiken der ehemaligen UdSSR. Das Museum wurde mit dem Konzept genau dieser Ausstellung gebaut und sollte einem Publikum, das bereits mit den Gestalten und Ereignissen der sowjetischen Revolutionsgeschichte gut vertraut war, diese nochmals in Erinnerung rufen. Zweifellos hat die Oktoberrevolution und die UdSSR das Leben in diesem Land Zentralasiens total verändert. Jetzt wird die Ausstellung jedoch von einem Publikum besucht, das anders als seine Eltern keinerlei Bezug zu den Namen und historischen Persönlichkeiten mehr hat und das die dargestellten Ereignisse mit der Geschichte eines anderen Landes, mit ausländischer Geschichte verbinden muss. Würde man die Reliefs entfernen und die Deckengemälde übertünchen, so ginge ein wertvolles künstlerisches Gesamtwerk der Propagandakunst verloren. Was hat also Priorität, das Zeigen einer an sich schon historischen Ausstellung oder die Nutzung der Ausstellungsfläche für nationale Themen?

Das Paradox setzt sich im Erdgeschoß fort: Hier ist auf Betreiben der aktuellen Regierung seit einigen Monaten eine Fotoausstellung zu den Ereignissen des 7. April

2010 zu sehen, als während einer Demonstration 86 Menschen auf Geheiß der damaligen kirgisischen Regierung erschossen wurden. Der Sprung von einer 25 Jahre alten Ausstellung im ersten Stock zur Präsentation der allerjüngsten Vergangenheit ist dramatisch. Die Führerin erzählt, dass kirgisische Historiker Parallelen zwischen den niedergeschlagenen Protesten im April und dem Blutsonntag im zaristischen Russland des Jahres 1905 ziehen. Ungeachtet, ob solche Vergleiche statthaft sind oder nicht, ist es bezeichnend, dass hier von vermutlich in der Sowjetunion ausgebildeten kirgisischen Historikern ein Beispiel aus der russischen Geschichte als Pate bemüht wird.

An Russland, so scheint es, führt in Kirgisistan noch kein Weg vorbei. In einem der Dörfer beklagt sich ein Mann, dass Fernsehkanäle mit Sitz in Moskau noch am Wahlsonntag aktiv Werbung für den Favoriten der russischen Regierung – den ehemaligen kirgisischen Premierminister Felix Kulow – betrieben. Die kirgisische Wahlgesetzgebung verbietet Wahlpropaganda am Wahltag und am Tag davor im gesamten öffentlichen Raum, offiziell sollen sogar Wahlplakate bereits am Samstag abgerissen und vernichtet werden, was in der Realität allerdings nicht geschieht. Doch selbst wenn sich alle kirgisische Stellen an das Wahlgesetz halten, kann das Land nichts gegen einen indirekten Nachbarn unternehmen, der über die notwendigen Ressourcen verfügt und noch am Tag der Entscheidung von außerhalb auf das Wahlergebnis einwirken möchte. Die Sender aus Russland verfügen über bessere technische Möglichkeiten als die kirgisischen und über ein breites Korrespondentennetz, so dass ehemalige Sowjetbürger in ihnen durchaus eine Art unabhängige, beobachtende Kontrollinstanz erblicken, der es dementsprechend leicht fällt, politische Stimmungen zu beeinflussen. Das heißt nicht, dass ihnen dies immer gelingt. Doch die Interpretation des Ergebnisses der kirgisischen Parlamentswahlen durch staatliche Medien aus Russland setzt die oben skizzierte Strategie fort. Zu einem frühen Zeitpunkt nach den Wahlen ist hier von einer neuen politischen Krise und Demonstrationen die Rede, die Möglichkeit von Neuwahlen wird bereits ins Gespräch gebracht, obwohl zwischen den im neuen Parlament vertretenen Parteien noch gar keine offiziellen Gespräche stattgefunden haben. Immerhin: Ein konkurrierender, wenigstens über viele Jahre nichtstaatlicher Fernsehsender aus Russland (NTV) bietet ein anderes Bild, ist um eine nüchternere Berichterstattung bemüht und scheint die Entwicklungen erst einmal abzuwarten.

Welche Zukunft für Kirgisistan ? Die Beschreibung des Nationalmuseums ließe sich leicht auf das ganze Land überragen: Eine Entität, die für einen bestimmten Zweck konzipiert wurde, der überholt ist, aber nicht entfernt werden kann, da sie jetzt gleichzeitig für das Eigene stehen soll.

Nun ist dies ein Problem, das sicher die gesamte ehemaligen Sowjetunion betrifft. Es beeindruckt, wie sehr kirgisische Dörfer anderen Dörfern überall in der ehemaligen Sowjetunion noch ähneln. Das geht so weit, dass selbst die Farbe neuer Fensterrahmen und Gartenzäune das exakt gleiche Hellblau ist, das man überall in der UdSSR antreffen konnte. Zwei Jahrzehnte nach Erlangung der Unabhängigkeiten regiert in dem ländlichen Raum von der Kaliningradskaja Oblast bis zum Issyk-Kul die gleiche

Ästhetik wie zuvor. Anders als in westlichen Republiken hat die Sowjetmacht jedoch in Zentralasien das Leben der einstigen Nomadenvölker fundamental verändert. Heute gibt es eine kirgisische Stadtkultur und schon lange stellen Kirgisen den ethnischen Hauptanteil in Bischkek. Städte und Dörfer haben einen hohen Grad an Selbstorganisation. Erstaunlich ist allerdings, dass selbst in Orten mit einigen tausend Einwohnern die zu Sowjetzeiten flächendeckend vorhandenen Kindergärten nicht mehr bestehen. Und dies offensichtlich nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Befragt, ob sie denn heute einen Kindergarten bräuchten und haben wollten, sagen die Befragten immer ja. Dennoch scheint niemand bereit, dafür eine Initiative zu starten. Im Vergleich dazu erscheinen die Entwicklungen und Prioritäten in den europäischen, ehemaligen Sowjetrepubliken anders zu sein.

Keiner macht sich Illusionen darüber, dass Kirgisistan nach Ende der beobachteten Parlamentswahlen von nun an erblüht und sich alles zum Besseren wendet. Nach den grausamen Konflikten des Jahres 2010 ist politische und gesellschaftliche Stabilität das höchste Gut, das man helfen sollte zu etablieren. Die OSZE beschäftigt in Kirgisistan gut 200 Mitarbeitende und verfügt über das größte Budget für ein Mitgliedsland in Zentralasien. Laut offiziellen Angaben beliefen sich 2009 die Ausgaben der OSZE jedoch allein im Kosovo auf das Doppelte der Gelder, die in ganz Zentralasien aufgewendet wurden, obwohl das mehr als zwanzigmal so viele Einwohner hat.

Ruhe allein kann ungeachtet dessen nicht ausreichen, wenn das vorhandene Potential des Landes und seiner Menschen nicht wirklich genutzt wird. Ein typisches Beispiel dafür ist die erwähnte Übersetzerin Nurgul. Sie ist Anfang vierzig und unterrichtet Englisch an einer Kreisschule am Issyk-Kul; da sie noch zusätzliche Angebote für Schüler leitet, ist sie täglich von 7.30 bis 19 Uhr in dem Gebäude. Als Lehrerin ist sie bekannt und gesellschaftlich integriert; im Laufe des Wahltags treffen wir mehrfach auf ehemalige Schüler von ihr, auf Eltern von Schülern und Kollegen, die sie freundlich grüßen. Eine Frau, die ihren Platz in dieser Gesellschaft hat, ihr Wissen weitergibt und ihren Beruf liebt. Ihr Mann, ein ehemaliger Sportlehrer, ist vor drei Jahren nach Moskau gegangen, auf der Suche nach einem Job, der ein Auskommen mit entsprechendem Einkommen ermöglicht. Für Kirgisen lautet das Ziel immer russische Hauptstadt oder allenfalls noch Kasachstan; weder China, Tadschikistan oder gar Europa und die USA spielen eine Rolle für die Migranten. Nurguls Mann hat eine Anstellung als Elektriker gefunden und schläft in einem Wohnheim. Den 19-jährigen Sohn hat er im vergangenen Sommer zu sich geholt. Und sie selbst? Da erzählt sie, dass sie auf den Moment wartet, wenn ihre Tochter die Schule abschließt. Sie wollen dann gemeinsam nach Moskau zu ihrem Mann und Sohn ziehen. Natürlich ist es traurig, diesen Ort zu verlassen, aber was bleibt ihr sonst?

In kirgisischen Dorfschulen hängen wie zu Sowjetzeiten noch häufig Photographien aus, die die Schüler zeigen. Während man in den Städten seit Jahren auf Schuluniformen verzichtet, hat sich die alte sowjetische Schuluniform auf dem Land bis heute gehalten. Ich sehe mir gerne diese Fotos an und blicke in die Gesichter dieser Jungen und

Mädchen. Ich hoffe für alle von ihnen, dass sie das Glück haben werden, ihre Fähigkeiten in ihrem Land, mit ihrer Sprache und in ihrer Kultur ein Leben lang unter Beweis stellen zu können.

*** Die kirgisischen Parlamentswahlen fanden am 10.Oktober 2010 statt. „Bauen im Bestand“ ist ein Ausdruck aus der Architektur und meint die Umwandlung bereits existierender Gebäudestrukturen.**

Dokumentation

Zbigniew Wilkiewicz

Europäischer Rechtsextremismus

Nachstehend dokumentieren wir ein von *Jacek Żakowski*¹ mit *Rafał Pankowski* in der „*Polityka*“² durchgeführtes Interview, in dem vor dem Hintergrund der rechtsextremistischen Anschläge von Oslo und Utøya auf das Problem einer inzwischen in Gesamteuropa grassierenden, mehr oder weniger latenten Islamophobie eingegangen wird. Diese wird von extremen rechten Gruppierungen in Gesamteuropa dazu benutzt, ein rassistisches, antiislamistisches Netzwerk zu installieren, das nicht nur zur Gewalt gegen extremistische Islamisten aufruft, sondern auch die Grundwerte der europäischen Demokratien massiv in Frage stellt und sich teilweise an faschistischen Vorbildern orientiert. Die in Deutschland aktuell aufgedeckten Morde rechtsextremer Terroristen, die mehrheitlich an türkischen Mitbürgern begangen wurden, stellen ein erschreckendes Zeugnis für diese besorgniserregende Entwicklung dar.

Ein besonderes Augenmerk richtet *Rafał Pankowski*³ deshalb auch auf die Tatsache, dass rechtsradikale Vorstellungen allmählich immer stärker in das offizielle politische und öffentliche Leben fast aller europäischen Staaten vordringen konnten. Einige seiner Kommentare beschäftigen sich auch mit den recht befremdlichen Reaktionen prominenter konservativer polnischer Politiker auf die Terrorakte *Breiviks*. Schließlich wird der Frage nachgegangen, ob Europa von einem neuen, rechtsextremen Terrorismus bedroht werde.

Jacek Żakowski: Ist Breivik ein Verrückter oder nur die Spitze des Eisbergs?

Rafał Pankowski: Das eine schließt das andere nicht aus, aber eher das letztere.

Ein ganz normaler Mensch wird ein solches Verbrechen wohl eher nicht begehen, oder?

Wichtig ist die Frage, was bewirkt, dass Menschen, die so veranlagt sind, plötzlich aktiv werden. Welche Ideologie dafür sorgt, dass die Prädispositionen einer Gruppe zur Tat werden.

War Breivik ihrer Ansicht nach in einer Gruppe aktiv?

Wir wissen weder, ob es eine organisierte Gruppe war noch verfügen wir über Zahlen. Aber das ist nicht das Wichtigste. Wir meinen häufig, dass der Extremismus dann gefährlich wird, wenn er sich so entwickelt wie in den 1930er Jahren. Die Unterstützung der Massen für radikale Lösungen, große ultraradikale Parteien, zentralisierte Organisationen. Heute sieht das nicht mehr so aus. Nichtsdestoweniger können kleine,

1 Jacek Żakowski (geb. 1957) ist Journalist und Schriftsteller, einer der Mitbegründer der „Gazeta Wyborcza“ und ständiger Mitarbeiter des bedeutendsten polnischen Nachrichtenmagazins „Polityka“.

2 In: Polityka, 32, .8-9.August.2011, S. 18-20; Ins Deutsche übersetzt von Zbigniew Wilkiewicz.

3 Der Kultursoziologe Rafał Pankowski (geb.1976) ist unter anderem Koordinator des Zentrums für Rassismus-Monitoring in Osteuropa und stellv. Chefredakteur des antirassistischen Magazins „Nigdy Więcej“ (Nie Wieder). Er ist Autor der Bücher: „Neofaszizm w Europie Zachodniej“ (Neofaschismus in Westeuropa“, „Rasizm a kultura popularna“ (Rassismus und Popkultur) sowie „The Populist Radical Right in Poland“

verstreut agierende radikale Gruppen gefährlich sein; dies kann sogar für locker miteinander verbundenen Einzelpersonen mit verwandten extremistischen Ansichten gelten.

Kann gelten oder gibt es das?

Das gibt es. Zumindest seit dem Anschlag von Bologna, als fünfundachtzig Menschen zu Tode kamen und es über zweihundert Verletzte gab, wurde deutlich, dass im Westen gerade kleine, ultraradikale Gruppierungen, die am Rande größerer rechter Bewegungen aktiv sind, das Problem darstellen. Gefährlich sind auch mit radikalen Bewegungen verbundene, aber auf eigene Faust operierende Einzelpersonen, wie *Breivik* oder *McVeigh*, der im Jahre 1995 ein Regierungsgebäude in Oklahoma City in die Luft sprengte. Damals wurden einhundertachtundsechzig Menschen getötet und fast siebenhundert verletzt. Ein Massenmord bedarf keiner massenhaften Struktur. Die extreme, rassistische und antidemokratische Rechte operiert seit Jahren genau so. Die Bewegungen verkünden radikale Losungen und ultraradikale Einzelpersonen setzen sie in die Tat um.

Sie verkünden diese Losungen ununterbrochen, setzen sie aber nur punktuell in die Tat um. Warum?

Weil es sich um Wellen handelt. Es gibt eine gewisse Dynamik bei solchen rechten, extremistischen Bewegungen. Zunächst wächst die Spannung an der Oberfläche in wahrnehmbarer, aber gleichsam wenig gefährlicher Weise. Dann aber erfolgt ein Ausbruch, der sich an der Oberfläche durch nichts angekündigt hat. Diesmal haben wir es mit einem rechtem Extremismus zu tun, dessen zentrales Element die Feindschaft gegen Moslems und andere Einwanderer ist. Sie nehmen heute den Platz ein, den im traditionellen extrem rechten Diskurs die Juden als zentraler Gegenstand des Hasses einnahmen.

Weil die Moslems im Westen eine neue, zahlreiche, nicht integrationsbereite und sich deutlich unterscheidende Minderheit bilden, die man – ähnlich wie die Juden vor einhundert Jahren – aufgrund ihres Aussehens, ihrer Kleidung und ihrer Sitten leicht identifizieren kann?

Typisch ist auch, dass die Feindschaft gegen Juden und Moslems sowie gegen den kulturellen Pluralismus mit der Feindschaft gegen die Demokratie korreliert ist. Der Antiislamismus wird – ähnlich wie zuvor der Antisemitismus – am intensivsten von Gruppen verkündet, die der Demokratie misstrauen und in der Praxis gegen die Institutionen und die Politik des demokratischen Staates gerichtet sind. In Oklahoma und in Oslo wurden die Symbole des demokratischen Systems angegriffen, das nach Auffassung der radikalen Rechten gegenüber den Fremden zu tolerant ist. *Breivik* benutzte den Begriff „Kulturmarxismus“. Es ist nicht ganz klar, was das heißen soll, aber im rechten politischen Code haben die Begriffe „Linke“, „Sozialismus“ oder „Marxismus“ als Epitheta nichts mit dem Marxismus oder Sozialismus zu tun. Man gebraucht sie als Bezeichnung für die liberal-demokratischen Systeme in den gegenwärtigen westlichen Gesellschaften.

Das verbindet die Radikalen wohl mit den Rechten der Hauptströmung.

Weil die Ultraradikalen selbst nicht in der Lage sind, eine Ideologie zu konzipieren. Sie flicken die im offiziellen ideologischen Diskurs massenhaft – beispielsweise im Internet

– im Umlauf befindlichen Losungen zusammen. Ein polnischer rechter Blogger hat *Breivik* recht treffend als „*Oriana Fallaci*⁴ mit Gewehr“ bezeichnet. Das Denken der Radikalen ist ein Flickwerk von Ideen, die im offiziellen Diskurs kreisen. Leute wie *Breivik* denken: „es reicht jetzt, die reden ja nur – ich aber werde etwas tun“. Ich meine, dass wir in Polen die Bedeutung scheinbar unschuldiger Wörter, die in radikalen Köpfen zu Taten werden, unterschätzen. Der gegen die Einwanderer gerichtete Diskurs ist von Bedeutung, wird aber nicht allgemein akzeptiert. Parteien mit rassistischen oder fremdenfeindlichen Elementen in ihren Programmen oder einer entsprechenden Ideologie können an die zwanzig Prozent erreichen, aber der Rest der politischen oder intellektuellen Szene hält sie gewöhnlich nicht für normale, vollberechtigte Parteien. Ähnlich wie in Polen niemand gemeint hat, dass „*Samoobrona*“⁵ eine normale Partei sei. Für mich ist beunruhigend, dass die Sprache und die Ansichten *Breiviks* in der polnischen Öffentlichkeit heute stärker akzeptiert werden als einstmals die Sprache und die Ansichten *Leppers*.

Wie meinen Sie das?

Der fremdenfeindliche, islamophobe und gegen Einwanderung gerichtete Diskurs ist im Grunde genommen allgemein verbreitet. Obwohl wir in Polen nur wenig Einwanderer haben. Verblüffend ist, was zum Beispiel *Łukasz Warzecha*⁶ zu diesem Thema in der „*Rzeczpospolita*“⁷ schreibt. Aber das ist nicht nur ein Problem der rechten Publizistik.

Ich verstehe nicht, wie man nach dem Holocaust so etwas schreiben kann: „In diesem Kampf – denn das ist ein Kampf der Zivilisationen und keine Plauderei auf Tantes Namenstag – gewinnt nur derjenige, der von der Idee her stärker ist. Auf lange Sicht sollten wir den Zugereisten als Bedingung ihres Aufenthalts bei uns entweder klar machen, dass sie hier Gäste sind und sich anzupassen haben, oder wir wachen demnächst nicht mehr in unserem eigenen Haus auf“.

Nach dem Anschlag in Oslo wurde auf dem Portal der „*Rzeczpospolita*“ ein Video-Gespräch mit *Jarosław Gowin*⁸ veröffentlicht, in dem er Thesen vertrat, die denen von *Breivik* ähnelten. Schuld an all dem seien political correctness, Ideenlosigkeit und Multikulturalismus. In Europa sollten mehr Europäer geboren werden, der Islam überflute uns, und das seien schließlich Barbaren...Die Journalistin zeigte sich überrascht. Sie wies auf die Übereinstimmung mit dem Manifest *Breiviks* hin. *Gowin* wurde keinesfalls verlegen und wiederholt das Gleiche noch einmal. Nicht einmal das, was in Oslo geschehen war, hatte ihm bewusst gemacht, dass eine Person seines politischen Formats ihre Gedanken vorsichtiger formulieren sollte.

Kann diese Entwicklung ihrer Auffassung nach eben so gefährlich werden wie die sich vom XIX auf das XX Jahrhundert im Mainstream der europäischen Politik

4 Angespielt wird mit diesem Vergleich wohl auf die vehemente Islam-Kritik Oriana Fallacis (1926-2006), die sie nach dem 11. September 2001 in dem Buch „*La rabbia e l'orgoglio*“ (Die Wut und der Stolz) formulierte.

5 „*Samoobrona*“ (Selbstverteidigung) ist eine populistische (Bauern)partei, deren einstiger skandalumwitterter und vor kurzem verstorbener Vorsitzender Andrzej Lepper zeitweise hohe Regierungsämter innehatte.

6 *Łukasz Warzecha* (geb. 1957) Publizist und ständiger Mitarbeiter des vom Springer-Konzern herausgegebenen Boulevardblatts „*Fakt*“.

7 „*Rzeczpospolita*“ (Die Republik), neben der linksliberalen „*Gazeta Wyborcza*“ die bedeutendste konservative Tageszeitung Polens.

8 *Jarosław Gowin* (geb. 1961) ist ein bekannter katholischer Publizist und Politiker, der der regierenden Bürgerplattform (PO) angehört.

festsetzenden radikalen nationalistischen und klassenkämpferischen Überzeugungen, aus denen sich später der Kommunismus und Faschismus entwickelte?

Ich fürchte mich ein wenig vor solchen Analogien. Aber Feindschaft und Gewalt sind Bestandteile der Ideologie dieser rechten Strömung. Es handelt sich um eine toxische Ideologie, die totalitäres Potenzial in sich trägt. Was nicht heißt, dass Politiker wie *Gowin* in Polen ein totalitäres System errichten werden. Aber sie ebnen Ansichten den Weg, die gefährlich werden können, selbst wenn sie nur eine entschiedene Minderheit vertritt. Denn sie bilden die breite Basis des Eisbergs, dessen Spitze aus solchen Menschen wie *Breivik* besteht.

Wie ist denn dieser Eisberg beschaffen?

Er besteht aus einem weit verzweigten übernationalen Netz mit lockeren Verbindungen und einer diversifizierten Struktur. An der Oberfläche nimmt man offizielle ausländerfeindliche Parteien wahr, die fast in jedem europäischen Land aktiv sind. Ferner gibt es die ebenfalls wahrnehmbare Blogosphäre. Tausende, manchmal sehr radikale rechte Blogs und Internetforen, die von Millionen Menschen besucht werden. Der Anschlag von Oslo wurde dort häufig mit Genugtuung aufgenommen. In Polen gibt es auch diese antiislamistischen, rassistischen und antisemitischen Blogs und Portale, zum Beispiel unter „nacionalista.pl.“ Sie werden von tausenden Menschen aufgesucht. Auf dem Blog „Foxmulder“ fand sich die Ansicht, dass man gegen die Methoden *Breiviks* Einwände haben könne, dass er aber ganz normale Ansichten vertrete. Und *Janusz Korwin-Mikke*⁹ gab dem Eintrag in seinem offiziellen Blog den Titel: „Erste Schüsse der Selbstverteidigung“. Er ist der Auffassung, dass jeder das Recht auf Selbstverteidigung habe. Ferner gibt es radikale rechte Bewegungen und Organisationen. Die *Breivik* am nächsten stehende ist wohl die „Englische Liga der Verteidigung“, die über Filialen und Partnerorganisationen in vielen Ländern Westeuropas verfügt.

Hat sie viele Mitglieder?

Da kann man nur schätzen. Die extrem rechten Organisationen neuen Typs unterscheiden sich von ihren Vorgängerinnen dadurch, dass sie, erstens, Organisationen eines einzigen Themas sind, konzentriert auf den antiislamischen Kreuzzug, und zweites dadurch, dass sie aus verschiedenen Gründen nur locker organisiert bleiben. Sie erheben weder Mitgliedsbeiträge noch stellen sie Mitgliedsbücher aus. Aber in England gelingt es der Liga der Verteidigung durchaus, regelmäßig einige tausend Personen für Demonstrationen zu mobilisieren.

Das ist noch keine Massenbewegung.

In der realen Welt vielleicht nicht. Aber im Internet durchaus. Massenhaft und global. Von besonderer Bedeutung sind die Blogs amerikanischer Autoren, unter anderem deshalb, weil die amerikanische Doktrin der freien Meinungsäußerung auch offen rassistische oder faschistische Ansichten schützt. Die internationale Struktur ist wichtig. Im Bedarfsfall findet ein englischer Hooligan von der Liga der Verteidigung

⁹ Janusz Korwin-Mikke (geb.1942) Konservativer Politiker, Mitbegründer der „Union der Realen Politik“ (UPR) und Mitglied der „Konservativ-monarchistischen Klubs“. Kandidierte mit sehrmäßigem Erfolg regelmäßig bei den polnischen Präsidentschaftswahlen.

Unterstützung in der Norwegischen Liga der Verteidigung oder in der Holländischen Liga der Verteidigung. Und außerdem hat er viele Verbündete in den zahlreichen Organisationen und Netzen des Typs „Stoppt die Islamisierung Europas“ oder bei internationalen faschisierenden Kampfgruppen wie „Blut und Ehre“ oder „Combat 18“ („18“ steht für die Initialen *Adolf Hitlers* – für den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets). Es gibt auch die Europäische Nationale Front, zu der extremistische, offiziell agierende Organisation aus über einem Dutzend europäischer Länder gehören – hauptsächlich aus Italien, Spanien, Deutschland und Polen. Es gibt mehrere dieser Netzwerke.

Wie viele Personen sind in ihnen aktiv?

Es gibt weit über zehntausend Aktive. Locker mit einander verbunden sind es zigtausend. Wichtig ist dabei, dass sie aufgrund ihrer verschwommenen virtuellen Struktur ein weit größeres Umfeld haben können als sich dies aus ihrer Mitgliederzahl ergeben würde. Für *Breivik* war „Nordisk“ der natürliche Anknüpfungspunkt. Ein panskandinavisches Internetforum, das über zwanzigtausend Nutzer versammelt und dem Austausch und der Propagierung faschistischen Gedankenguts dient.

***Breivik* besuchte diese Seiten, verschickte seine Memoranden in ganz Europa, reiste nach England, um Kontakt zur Englischen Liga der Verteidigung aufzunehmen. Er hielt sich in Polen auf. Ist das schon eine Art neue Internationale?**

Das ist ein relativ neues Phänomen. Der Antiislamismus hat die traditionellen europäischen radikalen Nationalismen zu etwas verbunden, was wohl bereits die Form einer paneuropäischen Fremdenfeindlichkeit oder eines paneuropäischen Chauvinismus angenommen hat. Bisher stand der europäische Chauvinismus für eine pervertierte nationale Identität. Der Polen gegenüber den Juden und Deutschen, der Litauer gegenüber den Polen und Russen. Jetzt berufen sich die extremsten Vertreter von Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit auf eine europäische Identität gegenüber den nicht aus Europa stammenden Zugereisten und gegenüber außereuropäischen Kulturen.

Ist das in ganz Europa so?

Gegenwärtig fast im gesamten Europa, obwohl in unterschiedlichem Grad. Norwegen scheint ein sympathisches Land zu sein. Aber es gibt auf den Zweiten Weltkrieg zurückgehende faschistische Traditionen, und die populistische „Fortschrittspartei“, zu der *Breivik* gehörte, hat in der Gesellschaft über zwanzig Prozent Unterstützer. Ähnlich ist es in Finnland mit der „Partei der Echten Finnen“. Dort handelt es sich allerdings um ein ganz neues Phänomen. Die beiden Parteien ähnelnde „Partei Schwedischer Demokraten“, die radikalste dieser skandinavischen Parteien, ist bereits im Parlament vertreten. Hinsichtlich des rechten Extremismus ist gegenwärtig Ungarn das Land, das am stärksten beunruhigen muss. „Jobbik“ knüpft als drittstärkste Kraft im Parlament direkt an die nazistische Ideologie an. Keine andere europäische Partei der radikalen Rechten verkündet ähnlich extreme Ansichten.

Wann hat das alles eigentlich angefangen?

Das war in jedem Land anders. In Polen trat das Phänomen einer extremen rechten, rassistischen Gewalt in den 1990er Jahren als Subkultur der Skinheads in Erscheinung. Im Westen existierte diese Bedrohung schon früher.

Existierte die Bedrohung oder nimmt sie zu?

Die Bedrohung ist anhaltend. Nur neigen wir dazu, sie so lange zu bagatellisieren, bis sich etwas Schreckliches ereignet. Seit fast zehn Jahren haben wir sie fast vollkommen bagatellisiert, denn unsere ganze Aufmerksamkeit galt dem islamistischen Fundamentalismus. Nach dem 11. September wurde die Existenz einer extremen Rechten in Europa zur Alltäglichkeit.

Weil die Islamisten gefährlich wurden.

Diesem Glauben gibt man sich im Westen gerne hin. Aber die Fakten besagen etwas anderes. Europol, die für die innere Sicherheit zuständige EU-Behörde, registrierte im Jahre 2010 zweihundertneunundvierzig terroristische Anschläge. Davon haben islamistische Gruppen drei durchgeführt. Praktisch ereignet sich in Europa tagtäglich ein Gewaltakt seitens der extremen Rechten. Häufig mit Todesfolge. Zahlreiche Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen haben in den letzten Jahren vor der sich nähernden Welle eines rechten Terrorismus gewarnt. Aber es war unmöglich, gegen den islamophoben Diskurs anzukommen. Bis der schleichende, rechte Terrorismus in der EU zur Alltagserscheinung wurde. Inzwischen ist er wichtiger Bestandteil einer offiziell verkündeten, zunehmend populären Ideologie in all ihren regionalen Varianten.

Wenn irgendein Islamist – wie *Breivik* – drei Feuerwaffen und hunderte Kilogramm Dünger, aus dem man eine Sprengstoffladung herstellen kann, gekauft hätte, wäre er von den Geheimdiensten nicht aus den Augen gelassen worden. In Norwegen wurde niemand auf *Breivik* aufmerksam. Selbst nach den Warnungen, die man von der britischen Polizei erhalten hatte. Werden diese Gruppen irgendwie überwacht? Oder gibt es schon zu viele davon, um sie zu kontrollieren?

In England oder in Deutschland hätte man *Breivik* gewiss nicht unterschätzt. In anderen Ländern ist die Sensibilität für die extreme Rechte geringer.

Gibt es in Polen viele potenzielle *Breiviks*?

Es gibt zigtausend Personen, die sich im Umfeld einer radikalen Version rassistischer oder nationalistischer Ideologien der extremen Rechten bewegen. *Breiviks* haben wir noch nicht, aber in den letzten zwanzig Jahren wurden im Durchschnitt mehr als zwei Personen jährlich aufgrund rassistischer, homophober oder chauvinistischer Motive getötet. All diese Verbrechen sind in dem von Marcin Kornak redigierten „Braunbuch“ dokumentiert worden. Wobei die Todesfälle nur einen kleinen Teil der aggressiven Akte seitens der radikalen Rechten darstellen.

Wächst diese Welle in Polen weiter?

Sie wuchs in den Jahren 2005 bis 2007, was sicherlich mit dem generellen Trend in der Politik verbunden war. Mit der Zunahme des Aggressionsniveaus in der Politik und mit einer größeren Akzeptanz für Intoleranz. Gegenwärtig ist die Welle glücklicherweise etwas abgeflaut. Diese Gruppierungen mussten wahrnehmen, dass sie die Unterstützung der großen Politik eingebüßt hatten. Das heißt aber nicht, dass sie verschwunden sind. Ein Teil hat sich sogar radikalisiert, indem man seine Sympathien von der „Allpolnischen Jugend“ (Młodzież Wszechpolska) auf die „Nationale Polnische Wiedergeburt“ (Narodowe Odrodzenie Polski) übertrug, die mit ihrer rassistischen Ideologie offen umgeht und das berühmte „Tagebuch *Turners*“ – die Bibel des rechten Extremismus, die Terroristen vom Schlage *McVeighs* und *Breiviks* inspiriert hat – in polnischer Sprache herausgegeben hat. Und politisch betrachtet hat das weitaus

radikalere „National-Radikale Lager“ (Obóz Narodowo-Radykalny) einen Teil des von der „Allpolnischen Jugend“ geräumten Feldes besetzt.

Der Erfolg des 11. September hat den islamistischen Terroristen Flügel verliehen. Auf dieser Welle ereigneten sich in Europa zwei große Anschläge – in London und in Madrid. Bedeutet Oslo Ihrer Meinung nach die Ankündigung einer Welle rechter Anschläge? Oder bleibt Oslo eher ein tragischer Einzelfall – wie Bologna und Oklahoma City?

In Norwegen war die Reaktion der Gesellschaft ermutigend. Allerdings ist die Tragödie von Oslo ein Symptom für eine recht weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit, die sich ihrem Wesen nach durch Gewaltakte entlädt. Das müssen keine so dramatischen Akte wie in Oslo sein, aber ich vermute, dass es mehr rechte Gewalt in Europa geben wird als bisher.

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

Gerald A. Cohens Essay „Why not socialism?“ deutsch und polnisch gespiegelt

In dem 2009 erschienenen Essay „Why not socialism?“¹ wirft der namhafte Oxforder Philosoph und Marx-Experte *Gerald A. Cohen* die Frage auf, ob der Sozialismus nicht eine Alternative zur bestehenden kapitalistischen Marktordnung darstellen könnte. Trotz des weltweit krisenerschütterten Modells des real existierenden Kapitalismus und zwanzig Jahre nach dem schmachvollen Niedergang der sozialistischen Planwirtschaft – also des real existierenden Sozialismus – ein provokativer Buchtitel. Hinzu kommen das kleine Format des Buches und das passende Layout mit einer roten Nelke auf dem Buchdeckel. Im wahrsten Sinne ein „sozialistisches“ Taschenbuch, das in gewisser Weise an das Format der einst weit verbreiteten Mao-Bibel erinnert. Der Begriff des Sozialismus, selbst in seiner entschärften Form des „demokratischen Sozialismus“ ist in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung nach dem grandiosen Siegeszug der freien Marktwirtschaft desavouiert worden und zu einem quasi Schimpfwort verkommen, seine theoretischen und ethischen Grundlagen wurden zunehmend durch ein freiheitliches, nicht selten marktliberales Menschenbild verdrängt. Immerhin, der ungewöhnliche Titel ließ wohl einige Wirtschaftsexperten und Gesellschaftswissenschaftler im In- und Ausland aufhorchen und Stellung beziehen. *Rainer Hank*, Wirtschaftschef der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ und promovierter Literaturwissenschaftler, übersetzte Cohens Essay ins Deutsche und versah ihn mit einer wohlwollenden, wenn auch kritischen Würdigung. In der deutschen Übersetzung wurde der Titel von der Syntax her ein wenig verändert, indem das Substantiv an die erste Stelle trat, das verneinte Fragepronomen hingegen an den Schluss des Fragesatzes rutschte: „Sozialismus – warum nicht?“ Die Veränderung des Sinns der Frage ist zwar nur geringfügig und erschließt sich dem Leser nicht ganz, denn man hätte den Titel auch wortwörtlich mit „Warum nicht Sozialismus?“ übersetzen können. Mag sein, dass in der zweiten Form des Titels eine stärkere Bejahung zum Ausdruck käme, während in der ersten Variante der Verneinung schon etwas mehr Wahrscheinlichkeit eingeräumt wird. Noch stärker verändert wurde die ursprüngliche Form des Titels durch die polnische Übersetzerin des Essays *Anna Gąsior-Niemiec*, die die Verneinung in Klammern setzt: „Dlaczego (nie) socjalizm? – also auf Deutsch „Warum (nicht) Sozialismus?“ Die Klammer scheint überflüssig zu sein, wurde aber wohl gesetzt, um die im Fragesatz enthaltene Ambivalenz zu erhalten oder zu verstärken.

Immerhin ist das schmale Bändchen auch in polnischer Übersetzung erschienen, in einem Land, in dem der Begriff Sozialismus noch viel belasteter und verpönte ist als in

¹ Gerald A. Cohen: *Why not socialism?* Princeton and Oxford 2009. Ders.: *Sozialismus – warum nicht?* München 2010. Ders.: *Dlaczego (nie) socjalizm?* Warszawa 2011

dem wieder vereinten Deutschland. Und die Veröffentlichung des Buches geht nicht wie in Deutschland auf die Initiative eines einzelnen, recht prominenten marktradikalen Wirtschaftsjournalisten zurück, sondern auf die in Polen weit verzweigte und einflussreiche Polnische Ökonomische Gesellschaft (Polskie Towarzystwo Ekonomiczne), deren Vorsitzende Prof. *Elżbieta Mączyńska* das Vorwort zur polnischen Ausgabe des Essays verfasst hat. Die Autorin hebt hervor, dass ihr klar sei, dass bereits der Titel zu „scharfen Reaktionen“ führen könne, besonders bei denjenigen, die den Sozialismus und sein „wirtschaftliches Elend“ aus eigener Anschauung kennen, gibt dann aber zu bedenken, dass die mit marktradikalen Mitteln durchgeführte Transformation in Polen zwar erfolgreich war, allerdings weite Bereiche der sozialen Ordnung einer nur unbefriedigenden Lösung zugeführt hat. Die Frage nach einer optimalen Gestaltung der sozioökonomischen Ordnung bleibe deshalb weiterhin offen, auch wenn man in der polnischen Verfassung das Prinzip der „sozialen Marktwirtschaft“ verankert habe. Polen sei ein gutes Beispiel dafür, wie schwer es ist, ein gesellschaftlich befriedigendes Wirtschaftsmodell zu installieren. Die Markteuphorie der polnischen Gesellschaft zu Beginn der Transformation habe sich als vorübergehendes Phänomen erwiesen, bis man feststellte, dass es keine fertigen Rezepte für die Transformation gab. Die direkte Übernahme von Lösungsansätzen, die für hochentwickelte kapitalistische Staaten charakteristisch seien, habe neben nützlichen Effekten wie dem fraglosen wirtschaftlichen Fortschritt und der Wiederherstellung des Gleichgewichts auf den Waren-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten eben auch eine ganze Reihe unerwünschter Erscheinungen gebracht, u.a. eine chronisch hohe Arbeitslosigkeit. Ferner gebe es Dysfunktionen im Werte- und Rechtssystem, die dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit entgegen wirken. Mit der Problematik einer deutlichen Asymmetrie zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung habe es auch die Mehrheit der hochentwickelten Länder zu tun, denen es ebenfalls nicht gelinge, eine Ordnung des Gleichgewichts herzustellen, die eine bessere Abstimmung wirtschaftlicher Interessen mit gesellschaftlichen Wertvorstellungen gewähren würde. Eben dieser Fragestellung gehe Cohen in seinem „phantasievollen“ Essay nach. Im Zentrum seines Desiderats stehe die Suche nach der optimalen sozioökonomischen Ordnung. So weit *Elżbieta Mączyńska*, nun zur „Würdigung“ *Rainer Hanks*.

In seinem Nachwort unter dem Titel „Hier ist kein Weltverbesserer am Werk“ setzt sich Hank zunächst mit dem historisch belasteten Begriff des Sozialismus auseinander und betont alsbald, dass es sich bei Cohens Schrift um ein Gedankenexperiment handle, in dessen Mittelpunkt die Frage nach einer gerechten Gesellschaft stehe. Lobend hebt Hank den „strikt der philosophischen Vernunft verpflichteten Diskurs“ *Cohens* hervor, der sich in erster Linie mit der Frage der vielen ungerechtfertigten Ungleichheiten zwischen den Menschen beschäftige. *Cohen* sei kein „romantischer Revoluzzer“, sondern der Logik verpflichtet und gehe der Leitfrage nach, wie es Gerechtigkeit in einer Gesellschaft geben könne, in der der historische, soziale oder genetische Zufall die Chancen der Menschen „auswürfele“? Sollten diese Ungleichheiten nicht korrigiert werden, um die Startbedingungen am Lebensbeginn aus Gründen der Gerechtigkeit zu vereinheitlichen? In diesem Kontext verweist der Autor wohl nicht ganz zu Unrecht auf die Affinität zwischen *Cohens* Sozialismusvorstellung und dem christlichen

Gerechtigkeitsideal und vergleicht das von *Cohen* gewählte Modell des Zeltlagers, in dem man sehr gut ohne Markt, Wettbewerb und Egoismus auskomme – mit der christlichen Urgemeinde, in der die Arbeiten gemeinsam und auf freiwilliger Basis aufgeteilt würden und alle aufrichtig am Wohlergehen der anderen interessiert seien. Im Zeltlager sei dieses Gebot darüber hinaus auch Ausdruck kluger und effizienter betriebswirtschaftlicher Organisation, denn so würden überflüssige Transaktionskosten vermieden.

In der Tat verwirft *Cohen* die historisch missglückten Versuche einer Planwirtschaft und diskutiert vielmehr die inzwischen in Wissenschaft und Politik fast in Vergessenheit geratenen Theorien einer sozialistischen Marktwirtschaft, die einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus weisen sollten. Hierfür erhält er im Übrigen vom Autor des Nachworts der polnischen Ausgabe, dem namhaften Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaftler Prof. *Tadeusz Kowalik* viel Lob. *Kowalik* referiert die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion über die Rahmenbedingungen und Modelle einer sozialistischen Marktwirtschaft der 1990er Jahre (Aufhebung der Trennung zwischen Arbeit und Kapital und deutliche Verringerung der Ungleichheit) und zitiert in diesem Zusammenhang die Arbeiten namhafter polnischer Wirtschaftswissenschaftler wie *Oskar Lange*, *Włodzimierz Brus* und *Michał Kalecki*, die leider selbst in Polen in Vergessenheit geraten seien. Natürlich fallen auch die von *Cohen* in seinem Essay genannten Namen von *Joseph Carens* (Equality, Moral Incentives and Market, 1981) und *John Roemer* (A Future for Socialism, 1994). Auch hebt *Kowalik* hervor, dass wir die Kategorie des Sozialismus als eine Art Spiegel benötigen, in dem wir die verschiedenen Varianten des Kapitalismus betrachten. *Cohen* setze sich grundsätzlich mit der Frage auseinander, ob sich der Sozialismus erhalten ließe, wenn wir tatsächlich in der Lage wären, ihn zu realisieren. Die Frage, ob der Sozialismus zu realisieren sei, lasse *Cohen* hingegen weitgehend offen. Interessanterweise gehen weder *Hank* noch *Kowalik* näher auf ein zentrales Anliegen *Cohens* ein, das von dem britischen Philosophen als „Gestaltungsproblem“ bezeichnet wird: „Unser Problem liegt darin, dass wir zwar wissen, wie man ein ökonomisches System konstruiert, das auf der Entwicklung – ja sogar der übermäßigen Entwicklung – von Egoismus aufbaut; wir wissen aber nicht, wie wir das Gleiche auch durch das Heranzüchten und Nutzbarmachen menschlicher Großzügigkeit erreichen können.“ Im Unterschied zu *Kowalik* setzt *Hank* sich mit den Erörterungen *Cohens* zu den verschiedenen Modellen sozialistischer Marktwirtschaften fast gar nicht auseinander.

In der Auslegung *Hanks* ergibt sich die Kritik *Cohens* am Kapitalismus vor allem aus dem Umstand, dass die Marktwirtschaft die natürlichen, aber niederen menschlichen Triebe Gier und Angst nutze, um den Markt- und Wohlstandsprozess in Gang zu bringen. Da die kapitalistische Gesellschaft auf Ungleichheit basiere, sei sie im höchsten Maße ungerecht.

Bis hierhin rekonstruiert *Hank Cohens* radikale Marktkritik sachlich und geradezu zustimmend, kehrt dessen Markt- und Kapitalismuskritik allerdings nun recht abrupt und diametral um, indem er polemisch hervorhebt, dass die in Deutschland praktizierte Form der sozialen Marktwirtschaft nichts anderes sei, als eine Vorform und Spielart des Sozialismus. Die große Leistung *Cohens* bestehe darin, den latenten Sozialismus der

heutigen Wohlfahrtsstaaten aufgedeckt zu haben. Somit bezweifelt *Hank*, dass es die freie Marktwirtschaft in reiner Form gibt und postuliert die Existenz einer quasi sozialistischen Marktwirtschaft, die soziale Marktwirtschaft genannt werde.

In der Tat gibt es die soziale Marktwirtschaft in der Bunderepublik zumindest de nomine, und es ist dasjenige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, auf das sich fast alle bundedeutschen und zahlreiche europäische Politiker und Wirtschaftslenker berufen. De nomine also, allerdings nicht wie in Polen verfassungsmäßig verankert. De facto gibt es die soziale Marktwirtschaft in Deutschland sicherlich auch, allerdings in einer Form, die bei Experten und Politikern, je nach Überzeugung und Interessenlage höchst umstritten bleibt. Denn, was dem liberalen Verfechter der freien Marktwirtschaft und Kritiker des Wohlfahrtsstaates bereits zu sozial(istisch) erscheint, werten andere Wirtschaftsexperten – durchaus keine Sozialisten im Sinne *Cohens* – als systematischen Abbau des Sozialstaates und konsequente Umverteilung von unten nach oben.

Mit diesem Exkurs in die sozioökonomische Empirie hat *Hank* freilich die Form der reinen Abstraktion – wie sie für das Traktat *Cohens* so typisch ist – verlassen. Mit der ungemütlichen Wirklichkeit des Casino-Kapitalismus – gefangen in einer Dauerkrise – und den damit verbundenen gesellschaftlichen Dysfunktionen – wie sie von *Mączyńska* in ihrem Vorwort benannt werden – will sich *Hank* nicht weiter beschäftigen. Vielmehr wiederholt er das marktradikale Mantra vom Markt, der die Ungleichheiten durch Wettbewerb korrigiere, von der ausschließlich auf subjektiver Wertschätzung beruhenden Preisbildung, und vom Sozialismus, der die Menschen entmündige und vom staatlichen Paternalismus, der das Leistungsprinzip außer Kraft setze. Denkt man an die aktuellen gravierenden Fehlleistungen unserer Leistungsträger in der Politik, in Banken und Börsen sowie in der Finanzwirtschaft, die hierfür nur sehr zögerlich zur Rechenschaft gezogen werden, so muss das Resümee *Hanks* nachdenklich stimmen, wenn er ausführt, dass „eine Marktwirtschaft der Freiheit“ und nicht „der gegenwärtige, auf halbem Wege stehen gebliebene Sozialismus“ am Ende gerechter sein könnte als der Sozialismus.

Denn die sozioökonomischen Verhältnisse in den marktradikalen USA stellen für Europa und die Europäische Union durchaus kein nachahmenswertes Vorbild dar. Die hässliche Wirklichkeit des real existierenden marktradikalen Kapitalismus hat mit dieser von *Hank* so nachdrücklich empfohlenen und leider mancherorts konkret gewordenen Utopie der „freien Marktwirtschaft“ ebenso wenig zu tun wie der real existierende Sozialismus sowjetischer Prägung mit den hehren Idealen *Cohens*. Beide Autoren befinden sich auf dem Holzweg und es bleibt sehr zu hoffen, dass sich weder das eine noch das andere Modell in seiner reinen Form in der gesellschaftlichen Praxis Deutschlands und Europas durchsetzt. Im Unterschied zu *Hanks* Kommentar bleibt *Cohens* Text jedoch reines Denkmodell, werden Möglichkeiten und Potenzialitäten diskutiert, *Hank* benutzt den Essay *Cohens* hingegen dazu, seine marktradikalen Überzeugungen zu bewerben.

Die beiden polnischen Wirtschaftswissenschaftler *Mączyńska* und *Kowalik* sind in diesem Zusammenhang viel vorsichtiger und distanzierter. Das wird wohl daran liegen, dass sie die Defizite der zentral gesteuerten Planwirtschaft aus eigener Erfahrung kennen, sich kritisch mit den Modellen einer sozialistischen Marktwirtschaft beschäftigt

haben, sich seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten intensiv mit dem Modell der sozialen Marktwirtschaft auseinandersetzen und mit den Folgen der marktradikalen Transformation für die polnische Wirtschaft und Gesellschaft sowohl wissenschaftlich als auch gesellschaftlich konfrontiert bleiben. Als gesellschaftspolitische Verantwortung tragende Ökonomen und Lehrende in einem transformationsgebeutelten Polen und einem krisenerschütterten EUROpa sind sie weder philosophierende Salonsozialisten (*Cohen*) noch geistreich polemisierende Salonkapitalisten (*Hank*), sondern haben sehr viel mit dem sozioökonomischen Mühen des realkapitalistischen Alltags zu tun. Nichtsdestotrotz ist der Essay *Cohens*, ob nun in deutscher oder polnischer Fassung und Interpretation als Denkansatz sehr lesenswert, denn es erinnert uns daran, dass die weltweit herrschenden Kapitalismen historische Phänomene darstellen und dass wir keinesfalls am Ende der Geschichte stehen. Ob ein wie auch immer gearteter Sozialismus wünschenswert, durchsetzbar und möglich ist, bleibt offen. Sicher ist er in seiner freiheitlichen Variante ohne Markt nicht denkbar, wird aber als ein die kapitalistischen Missstände kritisch spiegelndes Gegenmodell weiterhin die Herzen und Hirne zahlreicher Menschen beschäftigen!

Gerhard Schüsselbauer

Mittel-, ost- und südosteuropäische Literatur 2011

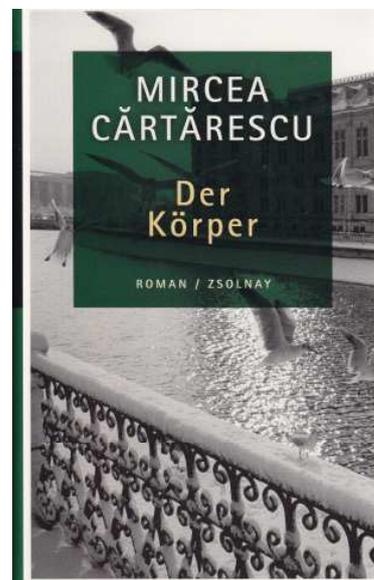
Mircea Cărtărescu, *Der Körper*, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2011, 607 S.

„Den Raum, den ich, allein in der Kälte des Korridors, jetzt gerade anschau, während ich immer tiefer in die Vergangenheit hinabsteige, etwa so, wie man den Stein an der Schleuder immer weiter nach hinten zieht, um ihn dann mit hundertfacher Kraft der Zukunft entgegenzuschleudern.“

Mircea Cărtărescu, geboren 1956 in Bukarest, ist ursprünglich Universitätsdozent für rumänische Literatur, ernährt sich nach eigenen Aussagen hauptsächlich von Nescafé und lebt in einer Plattenbauwohnung in Bukarest. Dem Alltagsleben im kommunistischen Rumänien der 1970er und 1980er sowie dem postkommunistischen Dasein der 1990er setzt er eine ausufernde Einbildungskraft entgegen, die die persönliche Geschichte und diejenige seiner Eltern – besonders die seiner Mutter – wie einen Urknall erscheinen lässt. Er, Mircea, wird damit gleichsam der *Erste Mensch* (Albert Camus), der sich an die Grundwurzeln des Erwerbs von Erkenntnis und Wissen herantastet.

Viele Jahre musste die deutschsprachige Lesergemeinschaft warten, bis die ersten beiden Teile seiner grandiosen Trilogie, die im rumänischen Original *Orbitor* heißt, im Paul Zsolnay Verlag veröffentlicht werden konnte. Den Übersetzern Gerhardt Csejka und Ferdinand Leopold gebührt für ihre Arbeit größte Anerkennung. Die Hauptleistung Cărtărescus besteht darin, ein in der Tat singuläres literarisches Werk geschaffen zu haben, das in der jüngsten europäischen bzw. Weltliteratur seinesgleichen sucht. Gegenwärtig existiert auf europäischer Ebene Vergleichbares lediglich in Form der sagenhaften Trilogie *Dein Gesicht morgen* des Spaniers Javier Marías, der sich ebenso wie Cărtărescu konsequent weigert, eine vordergründige Geschichte zu erzählen, sondern den Leser bedingungslos herausfordert, im Gedanken- und Assoziationsstrom mitzuschwimmen. Vergleiche mit Prousts *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*, dem magischen Realismus eines Gabriel García Márquez in *Hundert Jahre Einsamkeit* oder James Joyce *Ulysses* sind schnell bei der Hand, verbieten sich jedoch ebenso wie die Einordnung in die postmoderne Beliebigkeitsprosa. All diese Versuche sind wegen der Andersgelagertheit und Vielschichtigkeit des Romans zum Scheitern verurteilt oder zielen in die falsche Richtung, denn Cărtărescu gelingt eine beispiellose Rekonstruktion des Ichs in Raum und Zeit in seinem Heimatland Rumänien während des 20. Jahrhunderts. Dadurch wird die eigene Figur zum *pars pro toto* für die Lebenswirklichkeit einer ganzen Generation ohne den einzigartigen individuellen Charakter aufzugeben oder opfern zu müssen, was gleichsam das Hauptziel der kommunistischen Doktrin und Gehirnwäsche von Nicolae Ceaușescus Regime war.

Orbitor – das ist der Teppich der Erinnerung, „vom Heiligen Geist durchdrungener Organe erschafft“, er nimmt uns mit ins Reich der „Illusion“. wo „Weisheit und Wahnsinn“ gleichermaßen herrschen. Den Mikrokosmos Bukarest betrachtet der junge



Mircea zumeist von seinem Fenster aus, „dreiflüglig wie ein Barockaltar“, und entwickelt mythische, byzantinische Bewusstseinsstürme, die Realität und Fantasie in Ungleichzeitigkeiten miteinander vermischen. Die Leib-Seele(-Geist)-Dichotomie eines René Descartes greift Cărtărescu damit paradoxerweise ebenso auf wie den konsequenten Immaterialismus eines George Berkeley („esse est percipi“ – „Sein ist Wahrnehmen bzw. Wahrgenommenwerden“). Damit wird Cărtărescu zum literarischen Paten der abendländischen Philosophie, indem er eine ihrer größten Herausforderungen ins Zentrum seiner Trilogie rückt, die Überwindung der „Leib-Welt-Schranke“. Was sind die Voraussetzungen der Möglichkeiten, dass und wie wir überhaupt etwas erkennen – selbst vor Immanuel Kants Kernfragen machen die Romane Cărtărescus nicht halt.

„Unsere Erinnerungen und Erlebnisse besitzen Einheit ausschließlich von dem Punkt aus, von dem wir die Dinge betrachten, dem rätselhaftesten Wort der Welt: ich.“ Ist das „Ich“ die scheußliche Fratze eines giftigen Dämons“, „wieso sehe ich niemanden, wenn ich in den Spiegel schaue“, „warum habe ich mich mein Leben lang als Mensch ohne Schatten gefühlt?“ Cărtărescu hört nicht auf, den Dingen auf den wahren Grund zu gehen, und das in einer von der rumänischen Securitate beherrschten kryptokommunistischen Diktatur. Das „Ich“ oszilliert zwischen dem „unbewussten Ozean und der eisigen Insel des Bewusstseins, der Neurose der Liebe und dem giftigen Reflex des Hasses“. Der Körper ist niemals frei von seinen Gefühlen, gefangen im „Strudel von Materie und Leere, der die Wahrscheinlichkeitswolke des Lebens ausmacht.“

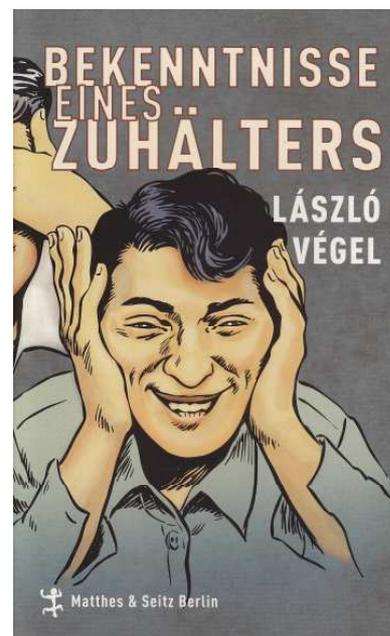
Cărtărescus Erinnerungsblitze sind ein Feuerwerk der Sehnsucht nach Erkenntnis, ein Sturm der Hirnanatomie, gespickt mit nicht wenigen erlesenen Fremdwörtern. Die alogische Konstruktion des Romans, geprägt von einer gewaltigen sprachlichen Vielfalt, ist ein Spiegel der Zerrissenheit des jungen Mircea zwischen der „Körper-Geist-“ und der „Leib-Welt-Schranke“. Beide sind Formen und Grenzen der Existenz, Formen des Verstehens seines Selbst, aber auch Grenzen des Verstehens des Gelesenen für den Leser. Reich, opulent und facettenreich ist der Bilderteppich, den ausbreitet. Mircea Cărtărescu steigt damit in die allererste Riege europäischer Schriftsteller auf, zumal er es vermag, seinen Lesern eine Hochdosis an literarischem Erfindungsreichtum zu verabreichen.

László Végel, *Bekenntnisse eines Zuhälters*, Matthes & Seitz Verlagsgesellschaft mbH, Berlin 2011, 254 S.

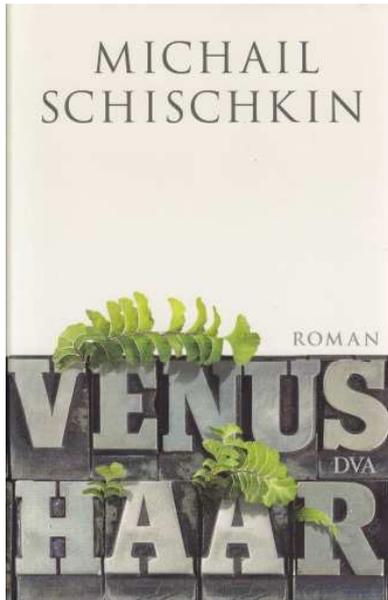
„Solange es geht sollte man sich vorwärtstreiben lassen, egal ob blind oder taub, man sollte sich wie ein Kamikaze benehmen und einfach frustriert in sich hineinlachen. Im Joch verbleiben, solange es geht. Doch es wäre herrlich, einmal so richtig von sich reden zu machen.“

Bereits im berühmten Jahr der Zeitenwende 1968 erschien László Végels Romandebüt *Bekenntnisse eines Zuhälters*. László Végel wurde 1941 geboren und gehört der ungarischsprachigen Minderheit im serbischen Novi Sad (Újvidék/Neusatz) an. Dankenswerterweise brachte nun der Berliner Verlag Matthes & Seitz eine Übersetzung dieses Abgesangs an jede Form der selbstreflektierenden und selbstverliebten Nettigkeitsliteratur heraus, die die deutschsprachige Literaturszene weitgehend dominiert.

Der Protagonist Blue und seine Freunde, Studenten in Zeiten des jugoslawischen Sozialismus in der Vojvodina (Vajdaság), irren durch trostlose Erlebnisse am Rande der kaputten Gesellschaft. Die Geschichte mutet an wie ein Endzeitgemälde lange vor dem Fall des Sozialismus und zeigt schonungslos die Verzweiflung sowie die Deformationen der jungen Gesellschaft. Bar jeglicher Nützlichkeit und vollgestopft mit Verachtung gegenüber der Welt und dem sozialistischen Einheitsbrei verbringen die jungen Erwachsenen ihre Tage mit kleinkriminellen Aktionen, um sich so halbwegs über Wasser zu halten. In einer Welt ohne wahre Liebe und Werte ist der Sex nur eine flüchtige Ware, wie eine verdorrte Auslage in einem schlecht sortierten Lebensmittelladen. Auch das Glück ist eine flüchtige Zufallsbekannte, und als Auswege erscheinen häufig nur Drogen oder gar Selbstmord. Végels Figuren irren völlig apolitisch durch ihr Dasein, trotz der politisch so aufgeheizten Zeiten um das Schicksalsjahr 1968 herum. „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen!“ Die Welt beim Schopfe packen, aber nicht verändern, sondern ihre Schattenseiten brutal ausnutzen. Das ist die hochaktuelle Botschaft einer aggressiven Gesellschaft, für die Werte und rechtsstaatliche Normen nur hohles Geschwafel sind. „Früher oder später käme aber der Schreckenstag doch, da sie mit einemmal den ganzen Dreck um sich herum wahrnehmen und fortan ungeduldig und mit großer Leidenschaft nach der Wahrheit suchen würden, weil sie ihnen als das einzig Erstrebenswerte erscheine.“ Völlig überdreht zeigt sich auch Végels groteske Sicht auf die sozialistische Propaganda: „Hört, ihr Anständigen, ihr Pflichtbewussten, seht und hört, ihr Familienmenschen. Hört ihr nimmermüden Sammler geschichtlicher Anekdoten, ihr nationalen Armleuchter, ihr besonnenen Volksverdummer, ihr Arbeit, Bauern, Intellektuelle, Patrioten und die, die es werden wollen, ihr braven Leute...“ Das Leben dieser jungen Menschen spielt sich ab in einem Teufelskreis, bestehend aus Hilflosigkeit, (Selbst-)Täuschung und Verachtung sich selbst und anderen gegenüber. Végel verabreicht dem Leser mit seinen *Bekenntnissen eines Zuhälters* eine Hochdosis von Sinnentleertheit und Widerwillen auf die Welt, zugleich bietet jedoch auch aber



einen detaillierten Einblick in die Welt von frustrierten jungen Erwachsenen im Dunkelgrau der sozialistischen Pseudo-Einheitsgesellschaft.



Michail Schischkin, *Venushaar*, Deutsche Verlags-Anstalt München 2011, 556 S.

Was also gibt es über unser Reich zu sagen? Es ist ein gelobtes, gastliches, wolkenkratzendes Land. Gemessen an der Fläche, sind drei Jahre im Galopp keine Entfernung. Gemessen an der Zahl der Mücken pro Körper der Bevölkerung in schlaflosen Stunden, sucht es seinesgleichen. Gemessen spaziert die Katze auf der Mauer.“

Hochgelobt wurde Michail Schischkins Roman *Venushaar* nicht nur in der russischen Heimat, sondern auch in der internationalen Literaturszene. Es handelt sich in der Tat um einen raffiniert konstruierten Roman mit mindestens zwei hervorstechenden Erzählebenen. „Dolmetsch“, der namenlose Erzähler, arbeitet als Übersetzer für die Schweizer Einwanderungsbehörde und wird so im Übergangslager für russische Flüchtlinge mit der eigenen Lebensgeschichte konfrontiert. Michail Schischkin, geboren 1961, stammt ursprünglich aus Moskau und emigrierte 1995 ins Exil in die Schweiz. Seine autobiographische Lebensgeschichte legt sich wie eine Blaupause über die Erzählströme. Unzählige Anspielungen auf die russische Literatur (Gogol und Dostojewski) vermischen sich mit der russischen Geschichte von der Oktoberrevolution über den „Großen Vaterländischen Krieg“ bis zu den Tschetschenienkriegen. Die Arbeit des Alter Ego im Schweizer „Ministerium für Paradiesverteidigung“ kreist immer wieder um dieselben Fragen nach dem Leid, dem Verlust der Heimat und der Suche nach dem verlorenen Paradies. Die Flüchtlinge kommen aus dem Kaukasus, waren im Afghanistan-Krieg, in einem Straflager, oder sind gerade aus dem Gefängnis entlassen, gefoltert oder vergewaltigt worden. Schischkin ergründet das ganze Spektrum menschlicher Gräueltaten. Im geht es nicht um den Wahrheitsgehalt der einzelnen Schicksale, sondern um die literarische Wahrhaftigkeit. „Helden und Opfer“, „Okkupanten und Mörder“ – der ewige Kampf des „Guten gegen das versammelte Böse“ zieht sich wie ein roter Faden durch die russische Geschichte des 20. Jahrhunderts. All dies Leid tragen die Flüchtlinge mit in ihr Schweizer Exil. „Verlust und Wiedergewinn, Verzweiflung und neuer Glaube, mit zerschundenen Füßen und angekratzten Seelen“ – so taumeln die Menschen durch ihre Schicksale und nehmen „Erinnerungen wie Inselchen in einem Meer von Ödnis“ wahr. Dem verlorenen Paradies folgt nicht das wiedergewonnene Paradies, sondern die Desillusionierung, das Leben gleicht einem „Weg vom Verstehen zum Nichtverstehen.“ Neben den Geschichten der Flüchtlinge, die eine Reflexion Schischkins über die eigene Vergangenheit verwoben in die russische Historie darstellen, bilden Tagebucheintragen einer russischen Gesangsikone aus der Zeit vor der Oktoberrevolution das zweite Gerüst des Romans. Kunstvoll stilisiert wechseln sich so

spröde Behördensprache mit poetischen Elegien ab. Eine unerfüllte Liebe verzehrt die Sängerin. Ihr „Haupt ist voll Tau und die Locken voll Nachttropfen“. „Venushaar, ein Kräutlein aus der Gattung der Frauenhaarfarne. Gott des Lebens. Sanft schaukelnd im Wind. Es ist wie ein Nicken: Ja, ja fürwahr, dies ist mein Tempel. Meine Erde. Mein Wind. Mein Leben.“ Neben diesen zwei Erzählebenen schwelgt Schischkin in Xenophons *Anabasis* auf der Suche nach der verlorenen Liebe zu seiner Frau und Kindern. Flucht, Rückzug und Entbehrungen sind die Meilensteine auf der Reise durch das Labyrinth der schmerzlichen Erinnerungen. Schischkins Roman verliert sich bisweilen allzu oft in abschweifenden Beschwernissen und überbordenden metaphorischen Anspielungen. Dennoch muss man Michail Schischkin zugute halten, dass er den Mut besitzt, scheinbar unverbundene und unverknüpfbare Elemente zu verweben, um so ein literarisches Kunstprodukt zu schaffen.

Deutsch-polnische Gedenkorte

Theo Mechtenberg

Ein Jahr des Gedenkens an Maximilian Kolbe

Am 21. Oktober 2010 fasste der polnische Senat den Beschluss, das Jahr 2011 in besonderer Weise dem Gedächtnis *Maximilian Kolbes* zu widmen, der vor 70 Jahren im KZ Auschwitz für einen Mithäftling in den Tod ging. Als „moralische Autorität“, als „Mann von heldenhaftem Mut“ und als „Verteidiger der Würde des Menschen“ sei *Maximilian Kolbe* ein bleibendes Vorbild für „schwierige Zeiten“, also durchaus auch für Jetzt und Heute.

Für uns Deutsche ist das *Kolbe*-Jahr in erster Linie die Erinnerung an die dunkelste Epoche unserer Geschichte. Und wir stehen immer noch ratlos vor der Frage: Wie konnte es zu dieser Hybris der selbst ernannten Übermenschen kommen, wie konnte sich überhaupt ein solches Menschen verachtende System wie der Nationalsozialismus etablieren, wie konnten alle diese Grausamkeiten geschehen? Was wir darauf zu antworten wissen, ist letztlich nur eine Annäherung an das Mysterium des Bösen. Dabei erscheint das Böse, äußerlich betrachtet, oftmals geradezu als banal. Um Auschwitz möglich zu machen, genügte es – so *Johannes Paul II.* 1979 in seiner Predigt in Auschwitz – den Menschen „in eine Uniform zu stecken, ihm einen Gewaltapparat und Vernichtungsmittel zur Verfügung zu stellen, es genügte, ihm eine Ideologie zu verpassen, in der die Rechte des Menschen den Erfordernissen des Systems unterworfen werden, so vollständig, dass sie faktisch nicht mehr existieren.“ Uniform, Gewaltapparat, Vernichtungsmittel, Ideologie – das sind die Strukturen des Bösen, denen sich der Mensch nur zu leicht unterwirft, durch die er seine Machtgelüste befriedigen, seine dunkelsten Triebe ausleben kann.

Was ist der Mensch? Auf der einen Seite Lagerführer *Fritzsch*, der in der Pose eines Herrenmenschen die Reihen der zum Appell angetretenen Häftlinge abschreitet und willkürlich zehn von ihnen zu einem schrecklichen Tod bestimmt – als kollektive Strafe für die Flucht eines Mithäftlings. Und auf der anderen Seite der Häftling Nummer 16670, der es wagt, aus der Reihe hervorzutreten und sich mit der Bitte an den Lagerführer wendet, für einen der Selektierten, einen Familienvater, in den Tod gehen zu dürfen. Eine Situation, die uns die ganze Spannweite menschlicher Gesinnung und menschlichen Handelns, im Guten wie im Bösen, vor Augen führt. Der Lagerführer akzeptiert den Tausch. Er lässt *Franciszek Gajowniczek* ins Glied zurück treten und Pater Kolbe mit den übrigen Neun in den Todesbunker abführen.

Betrachtet man die in einem System der Gewalt, der Fremdbestimmung und des Zwangs getroffene frei Entscheidung von *Pater Kolbe*, seine vielfach bezeugte Solidarität mit seinen Mithäftlingen, seinen Einfluss auf seine Leidensgefährten in der Todeszelle, aus der nicht Ausbrüche des Hasses und der Verzweiflung zu vernehmen waren, sondern tröstender Zuspruch, Gebete und geistliche Gesänge, dann gewinnt *Kolbes* Lebenshingabe eine Bedeutung, die weit über seinen Tod hinaus reicht. Die katholische Kirche wurde dieser Bedeutung auf ihre Weise gerecht, indem sie Pater *Maximilian*

Kolbe 1971 als „Bekenner“ selig, 1982 als „Märtyrer“ heilig sprach und den 14. August zu seinem Gedenken bestimmte, den Tag, an dem *Pater Kolbe* 1941 als letzter der zehn Todgeweihten durch eine Giftspritze getötet wurde. Die Kirche hat damit dieses Lebenszeugnis zugleich gegen das Vergessen in der Zeit verankert. Zumal *Kolbes* Heiligsprechung in der Zeit des Kriegsrechts für Polen als moralische Stärkung der verbotenen, im Untergrund wirkenden „Solidarność“ von besonderer Bedeutung war.

Welche unmittelbare Wirkung von *Kolbes* Lebenshingabe ausging, das haben seine Mithäftlinge erfahren, die jene denkwürdige Szene auf dem Appellplatz miterlebten. Einer von ihnen, *Jerzy Bielecki*, schreibt: „In Auschwitz erlebte man die Degradierung des Menschen. Zehntausende erfuhren die Krise des Menschseins an sich selbst. Tierische Instinkte wurden wach [...] Und da traf es uns wie ein Schock: Mitten unter uns ist einer, der in dieser geistigen Finsternis das Banner der Liebe hoch hält. Pater Maximilians Tat wurde für Tausende von Gefangenen zum Beweis dafür, dass es eine wahre Welt gibt und gab. Es war dies ein Schock voller Optimismus, der uns unsere Kraft zurückgab. Zu sagen, Pater Maximilian sei für einen von uns oder für dessen Familie gestorben, ist eine zu simple Erklärung. Dieser Tod war für Tausende die Rettung, und darauf beruht die Größe dieses Sterbens.“

Dass wir überhaupt von dem Kenntnis haben, was an einem der letzten Julitage des Jahres 1941 auf dem Appellplatz geschehen ist und was bald darauf aus der Todeszelle in Block 13 zu hören war, das verdanken wir dem Zeugnis der Mithäftlinge, allen voran *Franciszek Gajowniczek*. Er hat seinen Retter um Jahrzehnte überlebt. Unser Gedenken verdanken wir ihm und den anderen unmittelbaren Zeugen, und indem wir ihr Vermächtnis wahren, werden wir selbst zu Zeugen gegen das Vergessen.

Wir Deutsche sehen in dem Märtyrer von Auschwitz einen Patron der Versöhnung. Bereits in den 1950er Jahren finden sich in der Bundesrepublik erste Aussagen, die *Kolbes* Opfertod in einen Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Versöhnung bringen. Es war dann Kardinal *Julius Döpfner*, der 1971 *Pater Kolbe* in Zusammenhang mit seiner Seligsprechung erstmals ausdrücklich als „Märtyrer der Versöhnung“ bezeichnete. Er stellte damals *Kolbes* Lebenszeugnis in den durch den Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils angestoßenen Prozess der Versöhnung. Wörtlich sagte er: „Pater Kolbe ist ein Märtyrer der Versöhnung. Er treibt uns, von unseren polnischen Brüdern Vergebung für alles Böse zu erbitten, das sie durch Deutsche erleiden mussten, und allem Geist des Aufrechnens zu entsagen. Das politische Mühen um eine dauerhafte Ordnung des Friedens soll in diesem Geist schöpferischer Versöhnung seinen tragenden Wurzelgrund finden.“

Döpfner begründete diese Sichtweise damit, dass *Maximilian Kolbe* „in einer begnadeten inneren Freiheit versöhnende Liebe ausströmte.“ Dazu passt der letzte von *Kolbe* überlieferte Satz: „Der Hass ist keine schöpferische Kraft, schöpferisch ist die Liebe.“ Nach dieser Maxime hat *Kolbe* gelebt, und von dieser Maxime geleitet ist er in Auschwitz in den Tod gegangen. Er hat dem Hass die Liebe entgegen gesetzt und damit, wenn auch nur symbolisch, denn das Morden ging weiter, über Auschwitz den Sieg errungen.

„Der Hass ist keine schöpferische Kraft, schöpferisch ist die Liebe.“ Diese Maxime birgt die Chance zur Versöhnung in sich; vorausgesetzt, wir Deutsche stehen zu unserer Verantwortung für das, was nicht nur im deutschen Namen, sondern von Deutschen, den Polen im Zweiten Weltkrieg angetan wurde. Dieses ungeheure Unrecht bleibt, denn rückgängig können wir die Geschichte nicht machen. Die Opfer bleiben Opfer, die Täter bleiben Täter. Jede Wiedergutmachung ist kaum mehr als ein Zeichen der Umkehr und des guten Willens. Doch solcher Zeichen bedurfte es, um den Prozess der Versöhnung zu ermöglichen. Über vier Jahrzehnte nach diesem denkwürdigen Briefwechsel und 20 Jahre nach Abschluss des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit dürfen wir ihn in Dankbarkeit als gelungen bezeichnen.

Viele Initiativen haben zu diesem Gelingen beigetragen. Eine, die den Namen von Maximilian Kolbe trägt, muss eigens hervorgehoben werden – das „Maximilian-Kolbe-Werk“. Den Anstoß dazu gab, noch vor dem Briefwechsel der Bischöfe, eine Delegation von „Pax Christi“, die sich unter dem Eindruck des Frankfurter Auschwitz-Prozesses zu einer Bußwallfahrt nach Auschwitz entschlossen hatte. Sie traf dort auf ein Ehepaar, das Jahre in deutschen Konzentrationslagern verbracht hatte. Man kam überein, dieses Ehepaar finanziell zu unterstützen und darüber hinaus eine „Solidaritätsspende“ öffentlich anzuregen. Aus diesen Anfängen ging 1973 das „Maximilian-Kolbe-Werk“ hervor, das in seinem fast vierzigjährigen Bestehen Tausende von ehemaligen Lagerhäftlingen nicht nur finanziell unterstützt, sondern menschlich betreut und damit ganz konkret Versöhnung bewirkt hat. So schreibt eine Frau aus Warschau, deren Vater in Auschwitz ermordet wurde, deren Mutter das KZ Ravensbrück überlebte und die vom Kolbe-Werk unterstützt wurde, dann aber doch an den Folgen der Haft vorzeitig verstarb: Jetzt sei sie von der schweren Bürde des Hasses befreit, an der sie über 30 Jahre lang getragen habe.

Theo Mechtenberg

70. Jahrestag der Lemberger Professorenmorde¹

Ein Denkmal zur Erinnerung und Mahnung

Am 22. Juni 2011, dem 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, wurde in Lemberg ein Denkmal zur Erinnerung an die 25 polnischen Professoren feierlich eingeweiht, die wenige Tage nach Einnahme der Stadt durch die deutschen Truppen ermordet worden waren. Es verdankt seine Entstehung der gemeinsamen Initiative der Stadtoberhäupter von Breslau und Lemberg. Beide Städte pflegen seit Jahren eine intensive Partnerschaft, die darin gründet, dass mit dem Verlust der polnischen Ostgebiete nach 1945 große Teile der Lemberger Intelligenz in Breslau ihre neue Heimat fanden und das geistige Leben der niederschlesischen Metropole entscheidend mitbestimmt haben.

Das von *Aleksander Śliwa*, Professor an der Krakauer Kunstakademie, entworfene Denkmal zeigt einen Torrahmen aus weißem Granit. Die beiden Pforten verweisen mit ihren zehn römischen Ziffern auf den Dekalog. Der fünfte, den linken Pfeiler stützende Block ist verschoben und suggeriert den möglichen Einsturz der gesamten Konstruktion: Wer gegen das Gebot, du sollst nicht morden, verstößt, zerstört damit die gesamte, dem Menschen vorgegebene humane Lebensordnung. Der Blick zielt durch das offene Tor über eine Mauer mit einer schwarzen Tafel auf einen von Bäumen umsäumten freien Raum, geeignet als Versammlungsort zum Gedenken an die Opfer der Gewalt. Errichtet wurde das Denkmal auf dem Lemberger Wuleckie-Hügel, an dem Ort, wo die polnischen Professoren in der Nacht vom 4. zum 5. Juli 1941 durch ein Sonderkommando der SS erschossen und verscharrt wurden.

Es hat nicht im Vorfeld an Protesten radikal nationalistischer ukrainischer Kreise gegen die Errichtung eines Denkmals gefehlt, da ein solches ja an die Jahrhunderte lange Zugehörigkeit Lembergs zu Polen erinnert. Doch die abstrakte, jede nationale Assoziation vermeidende, universale Symbolik des Denkmals bot im Grunde keinen Anhaltspunkt nationalistischer Kritik, so dass die feierliche Einweihung unter polnischer und ukrainischer Beteiligung ungestört verlief.

Der Mord an den Lemberger Professoren

Ausgeführt wurden die Morde an den Lemberger Professoren durch ein Sonderkommando der für Galizien zuständigen Einsatzgruppe z. B. V. unter der Befehlsgewalt von *Eberhard Schöngarth*. Anhand von vorgefertigten Listen drangen die SS-Schergen in der Nacht zum 5. Juli 1941 in die Wohnungen der Opfer ein, verhafteten die Professoren sowie in etlichen Fällen deren Söhne und sonstige zufällig anwesende Personen und bereicherten sich zudem an dem, was sie an Wertvollem vorfanden. Doch die Behandlung der Inhaftierten war anders als bei der „Sonderaktion Krakau“, für die gleichfalls *Schöngarth* zuständig war und bei der am 6. November 1939 die in der Aula der Universität versammelten Professoren verhaftet worden waren. Sie wurden zunächst

¹ Die folgenden Ausführungen basieren auf der Beilage „Lwów pamieta, Wrocław pamieta“ (Lemberg gedenkt, Breslau gedenkt), in: Tygodnik Powszechny vom 29. Juni/17. Juli 2011, S. I – VIII.

ins Gefängnis eingeliefert, dann in das KZ Sachsenhausen verfrachtet, aus dem die meisten von ihnen durch internationale Intervention wieder die Freiheit erlangten. Für die Lemberger Professoren dagegen gab es keine Befreiung. Sie sowie die mit ihnen Inhaftierten wurden noch in der gleichen Nacht erschossen. Lediglich der Rektor und Mathematiker Kazimierz Bartel, der im Vorkriegspolen in fünf Regierungen den Posten des Premiers innehatte, wurde Wochen später, am 26. Juli, ermordet, wobei der Liquidierungsbefehl durch Heinrich Himmler persönlich erteilt wurde. Über die Gründe für diesen Aufschub lässt sich nur spekulieren. Möglicherweise wollte man Professor Bartel über seine Monate zuvor in Moskau geführten Gespräche aushorchen, vorausgesetzt, man hatte von ihnen Kenntnis. Oder man wollte ihn zur Kollaboration überreden und hat ihn erst ermordet, als sich aufgrund seiner beharrlichen Weigerung derlei Versuche als wirkungslos erwiesen hatten.

Zusammen mit den 25 Professoren sind insgesamt über 40 Opfer namentlich erfasst. Nimmt man vereinzelte andere Opfer sowie die Zahl der im Juli 1941 erschossenen Lemberger Studenten hinzu, dann kommt man auf rund hundert ermordete Angehörige der polnischen Intelligenz. Gegen sie richtete sich der Vernichtungswille der NS-Besatzer, für den die Lemberger Mordtaten einen weiteren Beleg bilden.

Die Bluttat in der Nacht zum 5. Juli 1941 blieb lange Zeit vor der Öffentlichkeit verborgen. Externe Zeugen gab es keine oder sie hüllten sich in Schweigen. So blieben die Angehörigen der Opfer über deren Schicksal im Ungewissen. Da sie um die „Sonderaktion Krakau“ wussten, hofften sie, dass auch ihre Männer noch am Leben seien. Traurige Gewissheit erhielten sie erst nach der Rückeroberung Lembergs durch die Rote Armee und eine 1944 durchgeführte sowjetische Untersuchung. Diese konnte sich auf Aussagen von Überlebenden der vornehmlich aus jüdischen Häftlingen bestehenden so genannten „Totenbrigade Sonderkommando 1005“ berufen, die 1943 auf dem Lemberger Wuleckie-Hügel zur Exhumierung der Opfer und ihrer anschließenden Verbrennung eingesetzt war, um die Spuren dieses Verbrechens zu tilgen. Doch was als Spurenvernichtung gedacht war, erwies sich als Beweis: Die bei dieser Aktion gefundenen Gegenstände und Dokumente erlaubten die Identifizierung mancher der ermordeten Professoren.

Bluttat ohne Sühne

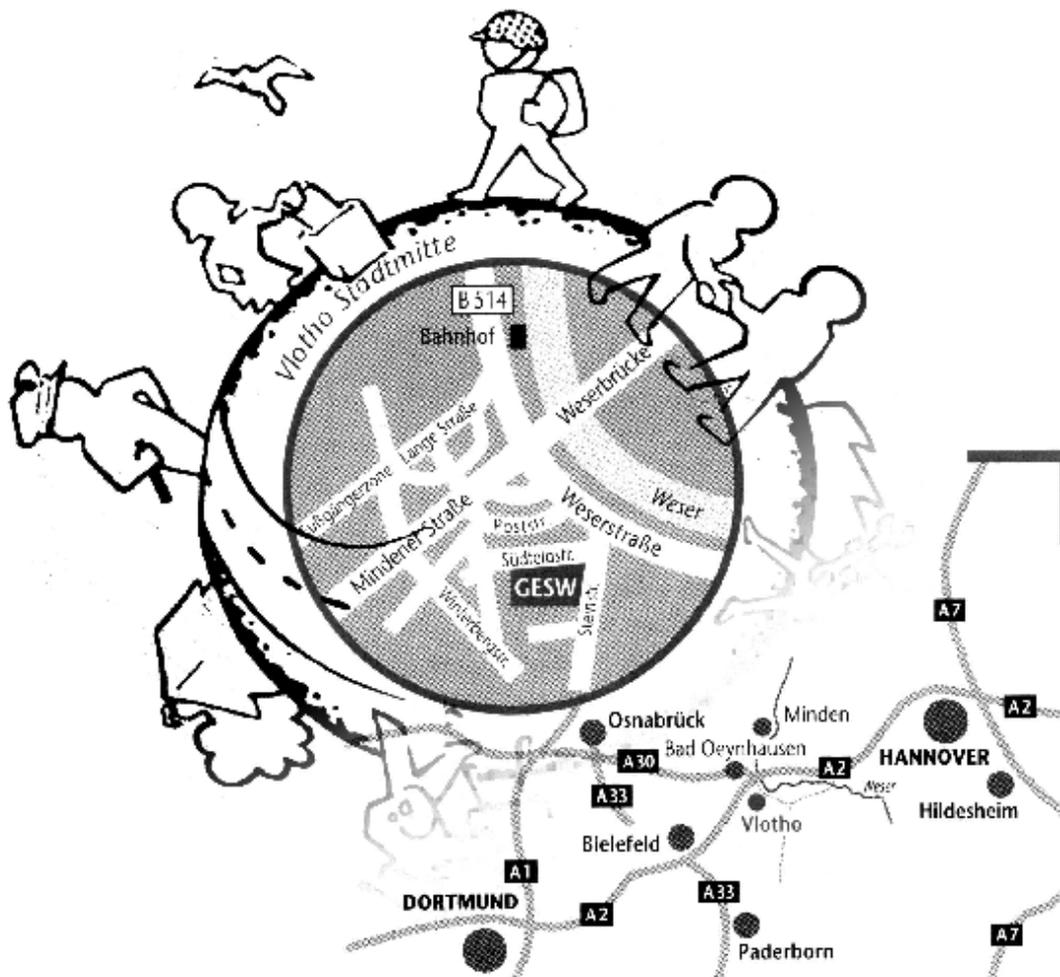
Ogleich die Namen des von *Schöngarth* befehligten Sonderkommandos bekannt waren, so musste sich doch nach dem Krieg keiner der Täter für seine in der Nacht zum 5. Juli 1941 verübte Bluttat verantworten. Zwar wurde *Eberhard Schöngarth* von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt und 1946 in Hameln durch den Strick gerichtet, allerdings nicht für das an den Lemberger Professoren verübte Verbrechen, sondern für die Ermordung eines gefangenen alliierten Piloten.

Da es in der Bundesrepublik im Falle der Lemberger Professorenmorde zu keiner Strafverfolgung kam, sind sie in Deutschland auch kaum bekannt. Erst 2007 erschien aus der Feder von Dieter Schenk eine erste, ihnen gewidmete Publikation. Der Sohn eines ermordeten Professors hatte Schenk unter Berufung auf dessen Veröffentlichungen

gebeten, auch die Umstände dieses Verbrechens zu untersuchen.² Schenk geht in seinem Buch auch der Frage nach, wie sich die deutsche Justiz dieser Schandtät gegenüber verhalten hat. Er dokumentiert ihre Taktik der Verschleppung, Einfrierung und schließlich Einstellung der Ermittlungen seitens der in diesem Falle zuständigen Hamburger Staatsanwaltschaft. Und dies trotz der Proteste und Interventionen von Angehörigen der Mordopfer. Es bei derlei NS-Untaten nicht zur Anklage kommen zu lassen, sei bei der bundesdeutschen Justiz allgemeine Praxis gewesen, und dies vor allem deswegen, weil im Justizapparat viele seiner Beamten selbst in Menschenrechtsverletzungen des Dritten Reiches verwickelt waren und daher kein Interesse an derlei Aufklärungen gehabt hätten. Erst seit jüngerer Zeit würde sich eine junge, unbelastete Generation von Historikern und Juristen vermehrt mit den im Zweiten Weltkrieg verübten Verbrechen befassen. Doch im Falle der Lemberger Professorenmorde kam dieser Einstellungswandel zu spät. Sämtliche an den damaligen Morden beteiligte SS-Männer sind inzwischen verstorben und konnten daher nicht mehr nach Jahrzehnten zur Rechenschaft gezogen werden. Damit bleiben auch viele Details der Lemberger Ereignisse im Juli 1941 für alle Zeit im Dunkeln. Auch dieses schuldhafte Versäumnis belastet die deutsche Justiz.

2 Dieter Schenk, *Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien*, Bonn 2007. Der Autor war von 1980-1988 Kriminaldirektor beim BKA, quittierte dann den Dienst und ist seit 1990 freier Publizist und Schriftsteller. Insbesondere befasst er sich mit den nationalsozialistischen Verbrechen in Polen: *Die Post in Danzig. Geschichte eines deutschen Justizmords*, Hamburg 1995; *Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen*, Bonn 2000; *Wie ich Hitler Beine machte. Eine Danziger Polin im Widerstand*, Gütersloh 2003; Hans Frank. *Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur*, Frankfurt/Main 2006; *Krakauer Burg. Die Machtzentrale des Generalgouverneurs Hans Frank 1939-1945*, Berlin 2010.

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de